

AUSGABE 2023

Tatsachen über Deutschland

KULTUR

WIRTSCHAFT

WISSENSCHAFT

GESELLSCHAFT

AUSSENPOLITIK





Inhalt

AUF EINEN BLICK 4

Föderale Republik	7
Wahlen in Deutschland	8
Politisches System	10
Bundesregierung	11
Parlament und Parteien	12
Bundespräsidenten und Bundeskanzler	14
Grundgesetz, Wappen und Symbole	16
Bevölkerung	18
Geografie und Klima	20

STAAT UND POLITIK 22

Die Politik der Bundesregierung	25
Föderaler Staatsaufbau	28
Zahlen und Fakten	32
Vielfältige Teilhabe	35
Lebendige Erinnerungskultur	36

PARTNER IN EUROPA UND IN DER WELT 38

Gemeinsame Verantwortung	41
Anwalt europäischer Integration	44
Engagement für Frieden und Sicherheit	48
Zahlen und Fakten	52
Einsatz für Menschenrechte	54
Nachhaltige Entwicklung fördern	58

KLIMA UND UMWELT 60

Vorreiter in der Klimapolitik	63
Generationenprojekt Energiewende	67
Zahlen und Fakten	70
Internationale Klimakooperationen	72
Mobilität der Zukunft	74
Lebenswichtige Vielfalt	76

WIRTSCHAFT UND DIGITALISIERUNG 78

Innovative Wirtschaft	81
Globaler Akteur	84
Zahlen und Fakten	88
Mittelstand und Industrie 4.0	91
Attraktiver Arbeitsmarkt	94

BILDUNG UND FORSCHUNG 96

Starker Wissensstandort	99
Ambitionierte Spitzenforschung	102
Dynamische Hochschullandschaft	105
Engagierte Wissenschaftsdiplomatie	108
Zahlen und Fakten	110
Duale Ausbildung	112
Attraktives Schulsystem	114

VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT 116

Bereichernde Vielfalt	119
Zuwanderung und Integration	122
Plurale Lebensformen	126
Zahlen und Fakten	128
Freie Religionsausübung	130
Starker Sozialstaat	132
Familien und Gleichberechtigung	134
Engagierte Zivilgesellschaft	136

KULTUR UND MEDIEN 138

Lebendige Kulturation	141
Kultureller Dialog	144
Freiheit von Kunst und Kultur	146
Garantierte Medienfreiheit	148
Zahlen und Fakten	150
Attraktive Sprache	152

LEBEN IN DEUTSCHLAND 154

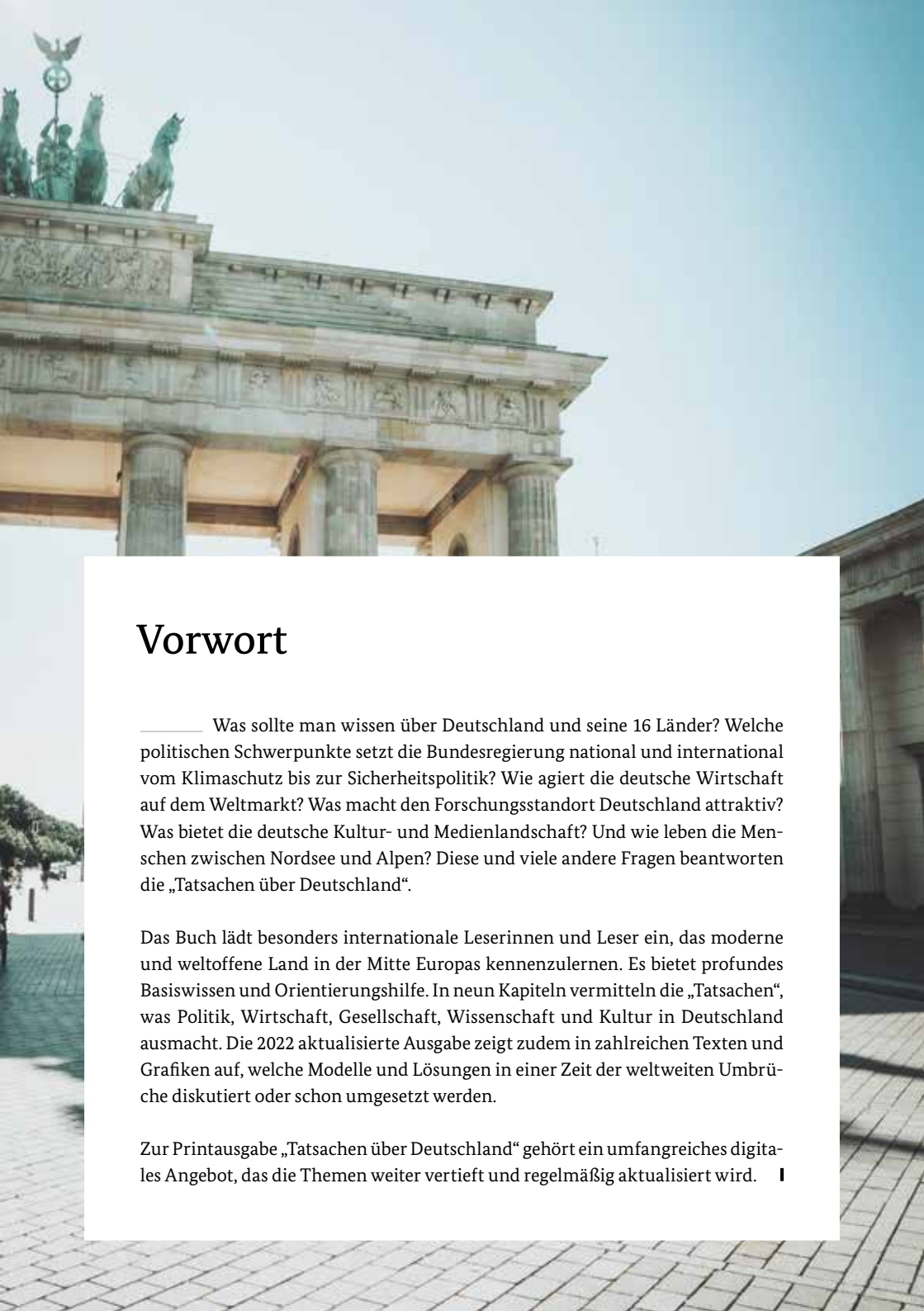
Land der Vielfalt	157
Entspanntes Genießen	160
Urbane Lebensqualität	163
Sportliche Herausforderungen	164
Beliebtes Reiseziel	166
Zahlen und Fakten	168

DEUTSCHLAND IM NETZ ENTDECKEN 170

BILDNACHWEISE 172

REGISTER 173

IMPRESSUM 176



Vorwort

Was sollte man wissen über Deutschland und seine 16 Länder? Welche politischen Schwerpunkte setzt die Bundesregierung national und international vom Klimaschutz bis zur Sicherheitspolitik? Wie agiert die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt? Was macht den Forschungsstandort Deutschland attraktiv? Was bietet die deutsche Kultur- und Medienlandschaft? Und wie leben die Menschen zwischen Nordsee und Alpen? Diese und viele andere Fragen beantworten die „Tatsachen über Deutschland“.

Das Buch lädt besonders internationale Leserinnen und Leser ein, das moderne und weltoffene Land in der Mitte Europas kennenzulernen. Es bietet tiefes Basiswissen und Orientierungshilfe. In neun Kapiteln vermitteln die „Tatsachen“, was Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur in Deutschland ausmacht. Die 2022 aktualisierte Ausgabe zeigt zudem in zahlreichen Texten und Grafiken auf, welche Modelle und Lösungen in einer Zeit der weltweiten Umbrüche diskutiert oder schon umgesetzt werden.

Zur Printausgabe „Tatsachen über Deutschland“ gehört ein umfangreiches digitales Angebot, das die Themen weiter vertieft und regelmäßig aktualisiert wird. |

Auf einen Blick

FÖDERALE REPUBLIK

Die Bundesrepublik Deutschland liegt im Herzen Europas und ist ein weltoffenes, demokratisches Land. Der Föderalismus prägt Deutschland. Über den Bundesrat, die zweite Kammer, wirken die 16 Länder an der Gesetzgebung mit.

POLITISCHES SYSTEM

Die Bundesrepublik ist eine parlamentarische Demokratie. Ranghöchster Repräsentant des Landes ist der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin, die größte politische Gestaltungsmacht hat aber der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin.

PARLAMENT & PARTEIEN

Der Deutsche Bundestag wird alle vier Jahre gewählt. Im Parlament sind seit der Bundestagswahl 2021 sieben Parteien vertreten.

GRUNDGESETZ

Die 146 Artikel der deutschen Verfassung stehen über allen anderen deutschen Rechtsnormen.

IN DER MITTE EUROPAS

Deutschland teilt seine Grenzen mit neun Staaten. Kein anderes europäisches Land hat mehr Nachbarn.



Seit ihrer Gründung

1949

hatte die Bundesrepublik
eine Bundeskanzlerin und
acht Bundeskanzler.

Im
Deutschen
Bundestag
sitzen aktuell

736

ABGEORDNETE.

DEUTSCHLAND AUF EINEN BLICK

7 Tatsachen

Mit

357.588 km²

ist Deutschland
das viertgrößte
Land der EU.

HAUPTSTADT
IST

BERLIN

mit fast

3,8 MIO.

Einwohnerinnen
und Einwohnern.

**83 MILLIONEN
MENSCHEN**

leben in Deutschland.

Deutschland
besteht aus

16

Bundesländern.

MIT 9 STAATEN

teilt Deutschland
in der Mitte Europas
seine Grenzen.

FÖDERALE REPUBLIK

DIE 16 LÄNDER



Deutschland ist ein föderaler Bundesstaat. Sowohl der Bund als auch die 16 Länder verfügen über jeweils eigene Kompetenzen. Die Zuständigkeit für die Bereiche der Inneren Sicherheit, Schule, Hochschule, Kultur sowie der kommunalen Verwaltung liegt bei den Ländern. Gleichzeitig setzen die Verwaltungen der Länder nicht nur ihre eigenen Gesetze um, sondern auch die des Bundes. Die Regierungen der Länder sind über ihre Vertretung im Bundesrat direkt an der Gesetzgebung des Bundes beteiligt.

STARKE ROLLE DER LÄNDER

Der Föderalismus in Deutschland ist mehr als ein staatliches System, er bildet die dezentrale kulturelle und wirtschaftliche Struktur des Landes ab und wurzelt tief in der Tradition. Jenseits ihrer politischen Funktion sind die Länder auch Abbild ausgeprägter regionaler Identitäten. Ihre starke Stellung wurde 1949 im Grundgesetz festgeschrieben.

Mit der Wiedervereinigung wurden 1990 fünf neue Länder gegründet: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Mit 17,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste Land, Bayern mit 70.540 Quadratkilometern das von der Fläche her größte; mit rund 4.100 Einwohnern je Quadratkilometer hat Berlin, die Hauptstadt, die höchste Bevölkerungsdichte. Eine Besonderheit sind die drei Stadtstaaten. Ihr Staatsgebiet beschränkt sich jeweils auf die Großstädte Berlin, Bremen/Bremerhaven und Hamburg. Das kleinste Land ist Bremen mit 420 Quadratkilometern und 680.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Das Saarland war nach dem Zweiten Weltkrieg ein teilsoveränes Land unter dem Protektorat Frankreichs und wurde erst am 1. Januar 1957 als zehntes Bundesland in das damalige Bundesgebiet eingegliedert. |

WAHLEN IN DEUTSCHLAND

Freie und faire Wahlen sind Grundvoraussetzung für jede Demokratie. Im deutschen Grundgesetz ist festgeschrieben, dass die Abgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden. Das bedeutet unter anderem, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig etwa von ihrem Geschlecht oder ihrem Einkommen ein Stimmrecht haben, ihre Wahlentscheidung nicht beeinflusst werden darf – und jede Stimme gleich viel zählt. Sicherergestellt werden muss zudem, dass jede Wählerin und jeder Wähler unbeobachtet allein abstimmen kann.

Der Deutsche Bundestag wird alle vier Jahre gewählt. In den 16 Bundesländern finden in der Regel alle fünf Jahre Wahlen statt. Dazu kommen Kommunalwahlen, zum Beispiel für die Stadtparlamente. Der Bundespräsident wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern durch die Bundesversammlung, die aus den Abgeordneten des Bundestags sowie Vertreterinnen und Vertretern der Landesparlamente besteht.



Wahlbriefe mit Stimmzetteln



VOLK

wählt

Wahlberechtigt sind alle deutschen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen ab 18 Jahre. Sie wählen die Abgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl.

wählt



LANDESPARLAMENTE

Die Wahlperiode der Landesparlamente beträgt in der Regel fünf Jahre. Ihre Befugnisse und Organisation regeln die Landesverfassungen.

stellen
Mitglieder

wählen



LANDESPARLAMENTE

Die Landesregierungen werden von den jeweiligen Landesparlamenten in geheimer Abstimmung gewählt und können von diesen auch gestürzt werden.

stellen
Mitglieder



BUNDESTAG

Das Parlament ist auf vier Jahre gewählt und hat 598 Abgeordnete. Hinzu kommen Überhangmandate und Ausgleichsmandate. Dem Bundestag obliegen die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung.



**BUNDESKANZLER/
BUNDESKANZLERIN**

Der Kanzler oder die Kanzlerin wird in geheimer Wahl vom Bundestag gewählt. Er/Sie bestimmt die Richtlinien der Politik und steht dem Kabinett vor.



BUNDESREGIERUNG

Die Regierung besteht aus dem Bundeskanzler oder der Bundeskanzlerin sowie den Bundesministern und Bundesministerinnen. Jeder Minister und jede Ministerin leitet sein/ihr Ressort eigenverantwortlich.



BUNDESVERSAMMLUNG

Die Bundesversammlung tritt allein zur Wahl des Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin zusammen und wählt diesen oder diese in geheimer Wahl für eine Amtszeit von fünf Jahren.



BUNDESRAT

Die Länderkammer besteht aus 69 von den Landesregierungen entsandten Mitgliedern. In vielen Bereichen bedürfen Gesetze der Zustimmung des Bundesrates.



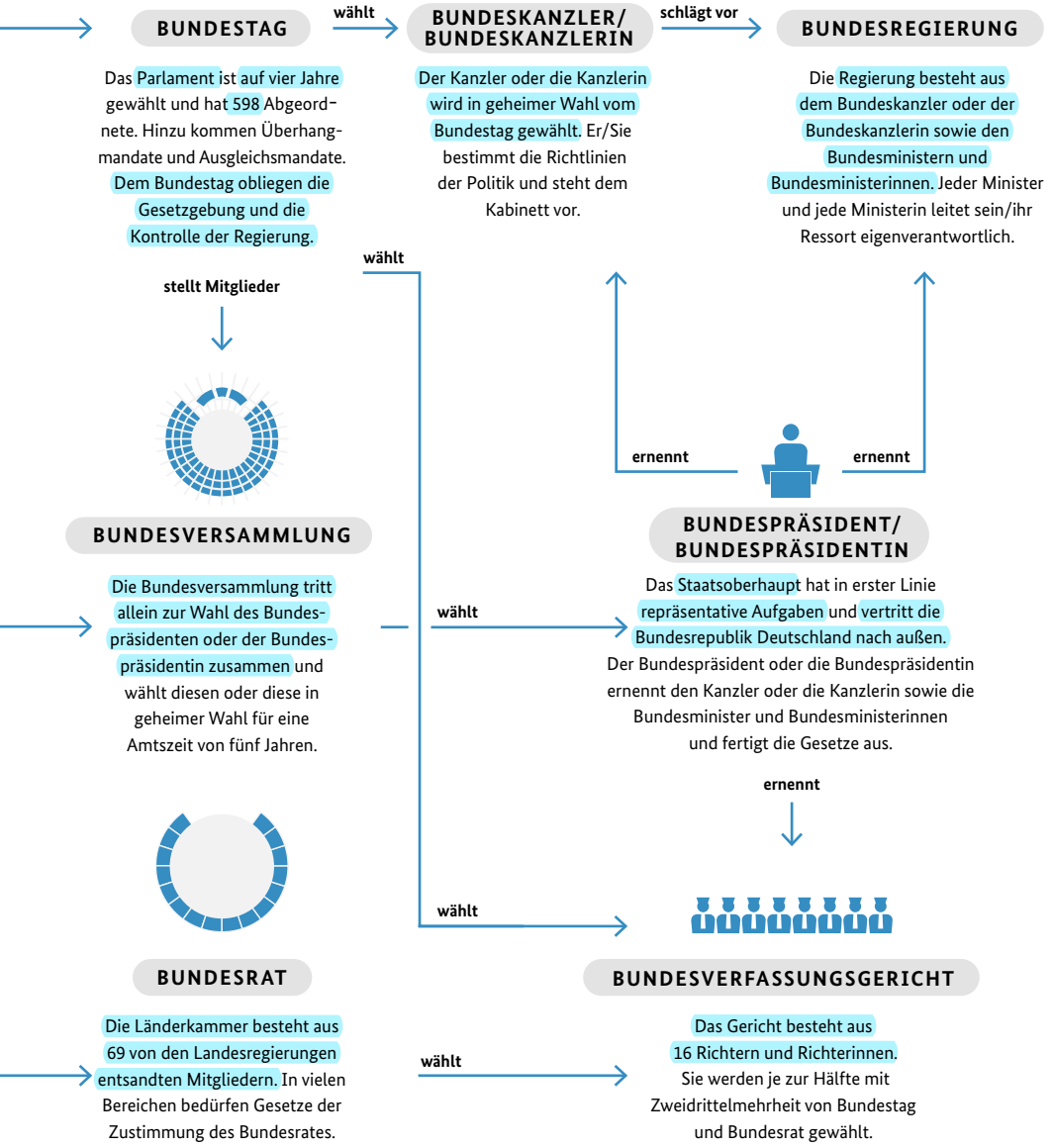
**BUNDESPRÄSIDENT/
BUNDESPRÄSIDENTIN**

Das Staatsoberhaupt hat in erster Linie repräsentative Aufgaben und vertritt die Bundesrepublik Deutschland nach außen. Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin ernennt den Kanzler oder die Kanzlerin sowie die Bundesminister und Bundesministerinnen und fertigt die Gesetze aus.



BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Das Gericht besteht aus 16 Richtern und Richterinnen. Sie werden je zur Hälfte mit Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat gewählt.



POLITISCHES SYSTEM

Die **Bundesrepublik Deutschland** ist ein Bundesstaat und als parlamentarische Demokratie organisiert. Das Grundgesetz legt fest, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Diese Macht überträgt das Volk für die Dauer einer Wahlperiode den Parlamenten (Bundestag und Landtage).

Die **Staatsgewalt** ist auf die gesetzgebende Gewalt (Legislative), die ausführende (Exekutive) und die für die Rechtsprechung zuständige Gewalt (Judikative) verteilt. Diese Gewaltenteilung ist fester Bestandteil jeder Demokratie und in Deutschland im Grundgesetz, der Verfassung, verankert. Zur Legislative zählen die Parlamente, zur Exekutive die Regierungen. Eine zentrale Rolle kommt der Judikative zu, weil die Richterinnen und Richter an den Gerichten der Länder und der Bundesgerichte unabhängig sind und allein auf Grundlage der Gesetze entscheiden. Das höchste deutsche Gericht ist das Bundesverfassungsgericht, das über die Einhaltung des Grundgesetzes wacht. An die Rechtsprechung der 16 Verfassungsrichterinnen und -richter sind alle übrigen Staatsorgane gebunden.

Der **Bundespräsident** oder die **Bundespräsidentin** ist der protokollarisch ranghöchste Repräsentant bzw. die protokollarisch ranghöchste Repräsentantin Deutschlands. Protokollarisch an zweiter Stelle steht der Bundestagspräsident oder die Bundestagspräsidentin. Vertreten wird der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin durch den Bundesratspräsidenten oder die Bundesratspräsidentin – ein Amt, das im jährlichen Turnus eine Ministerpräsidentin oder ein Ministerpräsident der 16 Länder innehat. Das Amt mit der größten politischen Gestaltungsmacht ist das des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin, der oder die auch die Richtlinien der Politik bestimmt. Der Präsident oder die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, des höchsten deutschen Gerichts, gehört ebenfalls zu den hohen Repräsentanten. |



Dr. Frank-Walter Steinmeier,
Bundespräsident seit März 2017



Olaf Scholz, SPD, Bundeskanzler
seit Dezember 2021



Bärbel Bas, SPD, Bundestagspräsidentin
seit Oktober 2021



Prof. Dr. Stephan Harbarth,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts

BUNDESREGIERUNG



Das Bundeskanzleramt in Berlin wurde 2001 bezogen.

Der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin steht an der Spitze der Bundesregierung. Zusammen mit den Bundesministerinnen und -ministern bildet er oder sie die Bundesregierung, das **Kabinett**. Neben der Richtlinienkompetenz des Kanzlers bzw. der Kanzlerin gilt das Ressortprinzip, nach dem die Minister und Ministerinnen ihren Bereich im Rahmen der Richtlinien eigenständig leiten, sowie das Kollegialprinzip, wonach die Bundesregierung mit Mehrheitsbeschluss über Streitfragen entscheidet. Die Anzahl der Ministerinnen und Minister ist im Grundgesetz nicht festgelegt. Es kann während einer Amtszeit auch zu Neubesetzungen von Ministerämtern kommen.

Das Bundeskabinett besteht seit Ende 2021 neben dem Kanzler Olaf Scholz aus 15 Fachministern und -ministerinnen und dem Chef des Bundeskanzleramtes. Die Bundesministerien sind die höchsten Bundesbehörden

in den Ressorts. Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.

Regierungssitz ist die Bundeshauptstadt Berlin. Vor der deutschen Wiedervereinigung 1990 war Bonn die Hauptstadt. Im Juni 1991 entschied der Bundestag, dass Berlin Parlaments- und Regierungssitz wird. **Sechs Bundesministerien** behielten jedoch ihren Hauptsitz in Bonn, alle Ministerien haben Dienststellen in beiden Städten. Bonn trägt zudem als zweites politisches Zentrum die Bezeichnung Bundesstadt. |

PARLAMENT UND PARTEIEN

Der Deutsche Bundestag wird alle vier Jahre von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern ab dem 18. Lebensjahr in freier, geheimer und direkter Wahl gewählt. Der Bundestag ist das Parlament. Die Hälfte der mindestens 598 Bundestagsmandate wird durch die Wahl von Landeslisten der Parteien (Zweitstimmen) zugeteilt, die andere durch die Wahl von Personen in 299 Wahlkreisen (Erststimmen). Das Wahlsystem macht es für eine einzelne Partei schwer, allein die Regierung zu bilden – das Parteienbündnis ist die Regel. Um die Mehrheitsbilder nicht durch die Präsenz kleiner Parteien zu komplizieren, schließt sie eine Sperrklausel, die Fünf-Prozent-Hürde, von der Vertretung im Bundestag aus.

Den Parteien kommt in Deutschland eine herausragende Position zu. Sie wirken bei der politischen Willensbildung mit und sind unerlässlich für demokratische Wahlen. Das Grundgesetz räumt ihnen deshalb in Deutschland auch einen verfassungsrechtlichen Status ein. Will eine Partei die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik beseitigen, kann sie durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden. Die Hürden dafür sind aber sehr hoch.

Im 20. Deutschen Bundestag sind sieben Parteien mit 736 Abgeordneten vertreten: SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und Die Linke. Im Bundestag bilden CDU und ihre nur in Bayern antretende Schwesterpartei CSU seit der ersten Bundestagswahl 1949 eine gemeinsame Fraktion.

Die derzeitige Bundesregierung wird getragen von einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP, mit Olaf Scholz (SPD) als Bundeskanzler, Robert Habeck (Grüne) als Vizekanzler und Annalena Baerbock (Grüne) als Bundesaußenministerin. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner ist Bundesfinanzminister. CDU, CSU, Linke und AfD bilden die Opposition im Parlament. |

PARTEIEN



Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD)
Wahlergebnis 2021: 25,7 %



Christlich-Demokratische Union
Deutschlands (CDU)
Wahlergebnis 2021: 18,9 %



Bündnis 90/Die Grünen
Wahlergebnis 2021: 14,8 %



Freie Demokratische Partei (FDP)
Wahlergebnis 2021: 11,5 %



Alternative für Deutschland (AfD)
Wahlergebnis 2021: 10,3 %



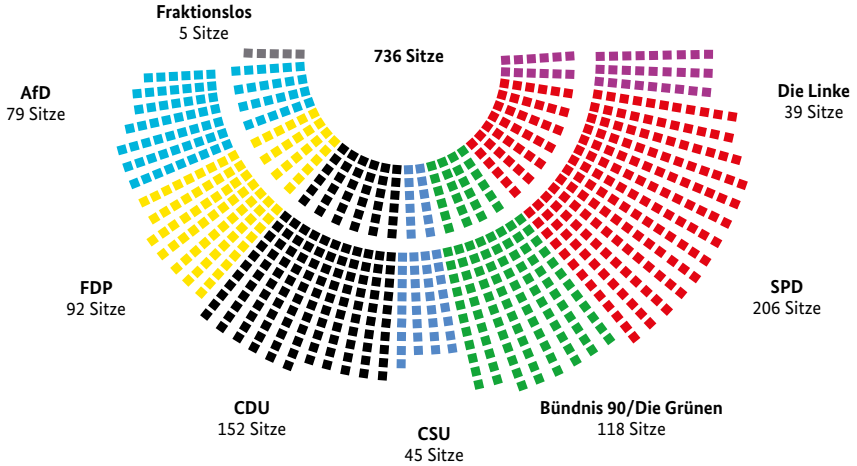
Christlich-Soziale Union (CSU)
Wahlergebnis 2021: 5,2 %



Die Linke
Wahlergebnis 2021: 4,9 %

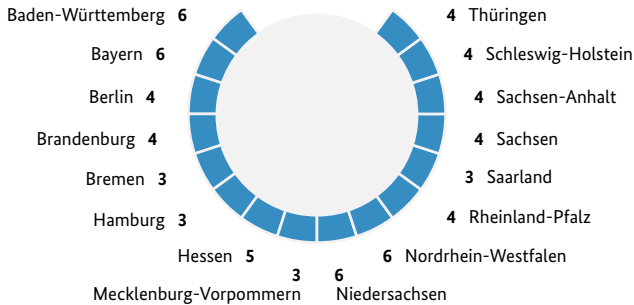
BUNDESTAG

Der Bundestag hat **mindestens 598 Mitglieder**. Hinzu kommen in der Regel sogenannte Überhang- und Ausgleichsmandate. Der 2021 gewählte 20. Bundestag umfasst **736 Abgeordnete**.



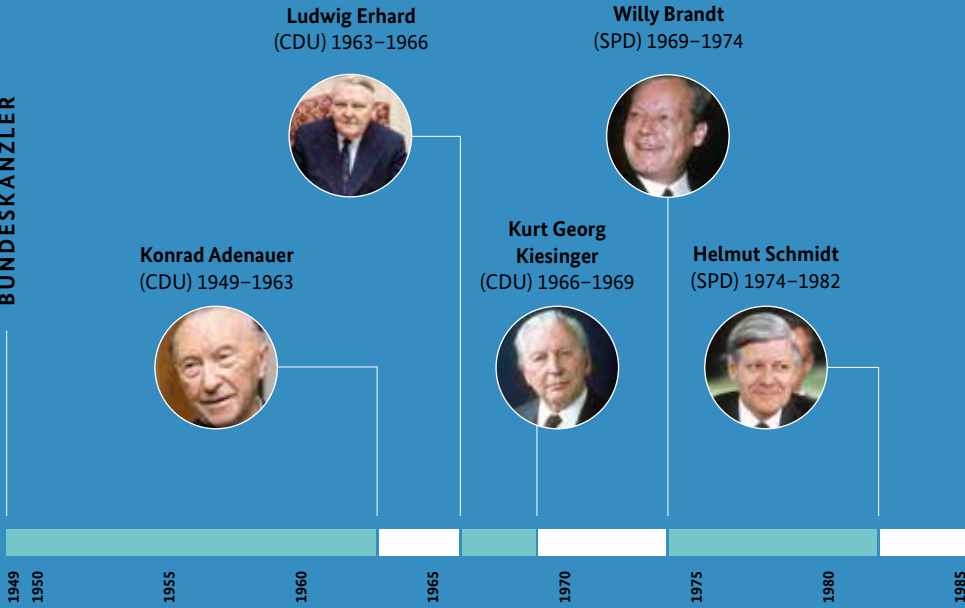
BUNDES RAT

Der Bundesrat ist eines von fünf ständigen Verfassungsorganen. Er ist die **Vertretung der Länder**. Dem Bundesrat gehören **69 Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen an**. Jedes Land hat mindestens drei, die einwohnerstärkeren Länder haben bis zu sechs Stimmen.

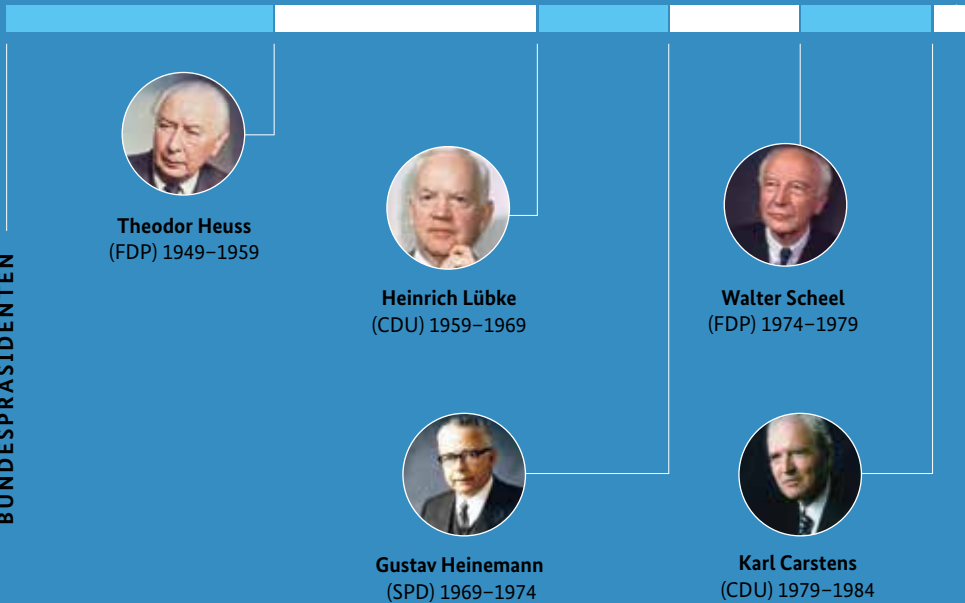


BUNDESPRÄSIDENTEN UND BUNDESKANZLER

BUNDESKANZLER



BUNDESPRÄSIDENTEN



Helmut Kohl
(CDU) 1982–1998



Gerhard Schröder
(SPD) 1998–2005



Angela Merkel
(CDU) 2005–2021



Olaf Scholz
(SPD) seit 2021



1990

1995

2000

2005

2010

2015

2020

Richard von Weizsäcker
(CDU) 1984–1994



Johannes Rau
(SPD) 1999–2004



Christian Wulff
(CDU) 2010–2012



**Frank-Walter
Steinmeier**
(SPD) seit 2017



Roman Herzog
(CDU) 1994–1999



Horst Köhler
(CDU) 2004–2010



Joachim Gauck
(parteilos) 2012–2017



BUNDESADLER



Das **traditionsreichste deutsche Staatssymbol** ist der **Bundesadler**. Bundespräsidentin oder Bundespräsident, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht und Bundestag führen unterschiedlich gestaltete Adler. Auch auf **Münzen und Nationaltrikots deutscher Sportverbände** finden sich jeweils anders abgebildete Adler.

FLAGGE



Das Grundgesetz legt die **Farben Schwarz-Rot-Gold** für die Bundesflagge fest. Damit knüpfte man 1949 an die Fahne der ersten deutschen Republik von 1919 an. Die Nationalsozialisten hatten sie abgeschafft und durch das Hakenkreuz ersetzt.

WÄHRUNG



Seit dem **1. Januar 2002** ist der **Euro in Deutschland das alleinige Zahlungsmittel**. Er löste die seit 1948 genutzte D-Mark ab. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Sitz in der deutschen Finanzmetropole Frankfurt am Main.

GRUNDGESETZ



Das 1949 in Bonn verabschiedete Grundgesetz war zunächst als Provisorium gedacht. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde es als dauerhafte Verfassung übernommen. Die **146 Artikel** des Grundgesetzes stehen über allen anderen deutschen Rechtsnormen und legen die grundlegenden staatlichen System- und Wertentscheidungen fest.

NATIONALFEIERTAG



Der **3. Oktober** wurde als **Tag der Deutschen Einheit** im Einigungsvertrag 1990 zum gesetzlichen Feiertag in Deutschland bestimmt. Der Tag der Deutschen Einheit ist im Übrigen der einzige gesetzliche Feiertag, der durch Bundesrecht festgelegt ist.

DOMAIN



Die Domain **.de** ist die am weitesten verbreitete in Deutschland und die weltweit beliebteste länderspezifische Domain. Über die internationale Vorwahl +49 sind 99,9 Prozent der Haushalte über Festnetz oder Mobiltelefon erreichbar.

NATIONALHYMNE


Die deutsche Nationalhymne besteht ausschließlich aus der dritten Strophe des „Deutschlandliedes“ von **August Heinrich Hoffmann von Fallersleben** (1841). Die **Melodie der Hymne komponierte Joseph Haydn** 1796/1797.



Ei - nig - keit und Recht und Frei - heit
Da - nach lasst uns al - le stre - ben



für das deut - sche Va - ter - land!
brü - der - lich mit Herz und Hand!




Ei - nig - keit und Recht und Frei - heit



sind des Glü - ckes Un - ter - pfand.



Blüh im Glan - ze die - ses Glü - ckes,



blü - he, deut - sches Va - ter - land!

BEVÖLKERUNG

_____ Für die demografische Entwicklung sind drei Trends kennzeichnend: eine niedrige Geburtenrate, die steigende Lebenserwartung und die Alterung der Gesellschaft. Die höchste Geburtenrate verzeichnete Deutschland 1964 mit 1,36 Millionen Neugeborenen; seitdem befindet sich das Land in einem Geburtentief. Nach einem kurzen Anstieg zwischen 2014 und 2016 sank die Geburtenrate 2020 das vierte Jahr in Folge, mit einer Geburtenziffer von 1,53 Kindern je Frau liegt Deutschland im EU-Durchschnitt. Dennoch ist die Kindergeneration seit 35 Jahren um etwa ein Drittel kleiner als die Elterngeneration – die Gruppe der 50-Jährigen ist heute doppelt so groß wie die der Neugeborenen. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung. Sie beträgt bei Männern durchschnittlich 79 Jahre, bei Frauen 83 Jahre.

Der demografische Wandel mit gravierenden Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die So-

zialsysteme wird abgeschwächt durch die Einwanderung. Knapp über 27 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen (22,3 Millionen) haben einen Migrationshintergrund. Von ihnen besitzen mehr als die Hälfte einen deutschen Pass. Die Angehörigen von vier nationalen Minderheiten sind als „alteingesessen“ anerkannt und werden besonders geschützt und gefördert: die dänische Minderheit (50.000) und die friesische Volksgruppe (60.000) in Norddeutschland, die Lausitzer Sorben (60.000) entlang der deutsch-polnischen Grenze sowie die deutschen Sinti und Roma (70.000). |

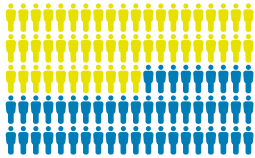


In Deutschland leben mehr als 83 Millionen Menschen.

GESCHLECHTERVERTEILUNG

42 Mio. 41 Mio.

Frauen Männer



LEBENSERWARTUNG

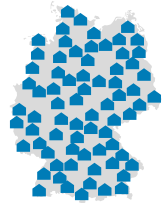
83 Jahre 79 Jahre

Frauen Männer

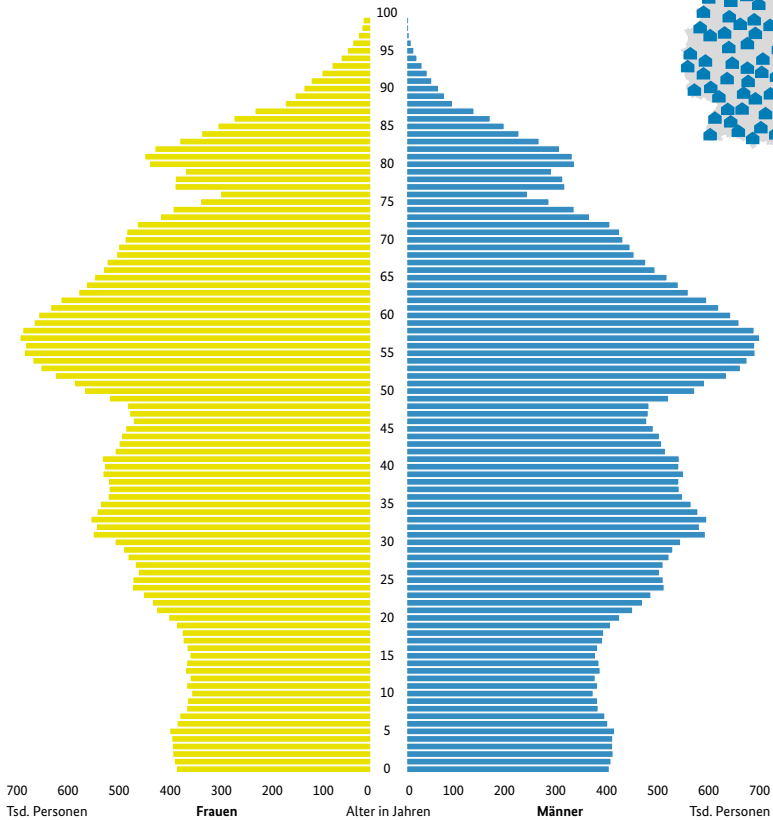


HAUSHALTE

40,7 Mio.



ALTERSAUFBAU



Quelle: Statistisches Bundesamt

GEOGRAFIE UND KLIMA

Deutschland liegt in der Mitte Europas. Es teilt seine Grenzen mit neun Staaten. Kein anderes europäisches Land hat mehr Nachbarn. Im Norden hat Deutschland Zugang zur Ostsee und zur Nordsee. Im Süden grenzt es an die Alpen. Die höchste Erhebung bildet die in Bayern gelegene Zugspitze mit 2.962 Höhenmetern. Der tiefste Punkt an Land liegt mit 3,54 Metern unter Normalhöhennull bei dem Ort Neuendorf-Sachsenbande im Bundesland Schleswig-Holstein. Mit 357.588 Quadratkilometern ist Deutschland nach Frankreich, Spanien und Schweden das viertgrößte Land der Europäischen Union (EU). Knapp ein Drittel seiner Gesamtfläche ist mit Wald bedeckt. Seen, Flüsse und andere Gewässer machen mehr als zwei Prozent seiner Fläche aus. Der längste Fluss ist der Rhein. Im Südwesten bildet er die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, weiter nördlich liegen Bonn, Köln und Düsseldorf an seinem Ufer. Die Elbe, der zweitlängste Strom, verbindet Dresden, Magdeburg und Hamburg und mündet in die Nordsee.

LAGE

Mitteleuropa



FLÄCHE

357.588 km²



HÖCHSTER BERG

Zugspitze

2.962 m



HAUPTSTADT

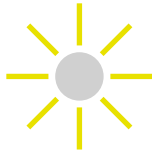
Berlin

891,70 km²



SONNENSTUNDEN
2021

1.650



REGEN
2021

805 l/m²



KÜSTE

2.442 km



LÄNGSTER FLUSS

Rhein

865 km in Deutschland



WALDFLÄCHE

106.699 km²



In Deutschland herrscht ein gemäßigtes Klima. Die durchschnittliche Temperatur lag im Juli 2021 bei 18,3 Grad Celsius, im Januar 2021 bei 0,6 Grad. Die jüngsten Winter fielen in Deutschland besonders mild, die Sommer besonders heiß aus. Mit einer Mitteltemperatur von 10,5 Grad war das Jahr 2018 das wärmste seit Beginn regelmäßiger Aufzeichnungen im Jahr 1881. Das Jahr 2020 war das zweitwärmste. Die höchsten gemessenen Temperaturen lagen bei über 40 Grad. **I**

Staat und Politik

DIE POLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Seit Ende 2021 ist Olaf Scholz Bundeskanzler. Die von ihm geführte Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP will Deutschland unter anderem zu einem klimaneutralen Industrieland umbauen. Ein Überblick.

FÖDERALER STAATSAUFBAU

Der Föderalismus prägt Deutschland. Die 16 Länder zeichnen eine hohe Eigenständigkeit aus, zudem wirken sie an wichtigen bundespolitischen Entscheidungen mit. Eine zentrale Rolle im Staatsaufbau spielt das Bundesverfassungsgericht als „Hüter des Grundgesetzes“.

VIelfÄLTIGE TEILHABE

Den politischen Parteien kommt eine zentrale Bedeutung bei der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu. Zugleich bestehen zahlreiche weitere Mitwirkungsmöglichkeiten, etwa bei Volksbegehren oder bei Bürgerräten.

LEBENDIGE ERINNERUNGSKULTUR

Die Erinnerung an die Gräueltaten und Verbrechen des Nationalsozialismus wird in Deutschland unter anderem in zahlreichen Gedenkstätten wachgehalten. Auch an das Unrecht des DDR-Systems wird erinnert.



Das Grundgesetz besteht aus
146 Artikeln.

Die in den Artikeln 1 bis 19 festgeschriebenen
Grundrechte dürfen nicht verletzt werden.

Olaf Scholz ist der

9.

BUNDESKANZLER
der Bundesrepublik
Deutschland.

STAAT UND POLITIK

7 Tatsachen

Der

Deutsche Bundestag
wird in der Regel alle

4 Jahre
neu gewählt.

Im 20. Deutschen
Bundestag gibt es

SECHS
FRAKTIONEN.

Die Bundesregierung
bilden SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und FDP.

Bei der Bundestagswahl
im September 2021 lag die

WAHLBETEILIGUNG
BEI 76,6 PROZENT.

12.

Bundespräsident
ist Frank-Walter
Steinmeier.

Der Bundesrat als
„Parlament der

Landesregierungen“ hat
69
Mitglieder.

Die Politik der Bundesregierung

Seit Ende 2021 regiert in Deutschland eine Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit Bundeskanzler Olaf Scholz an der Spitze. Die nächste Bundestagswahl steht 2025 an.

Am 8. Dezember 2021 wählte der Deutsche Bundestag den SPD-Politiker Olaf Scholz zum neunten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er löste die CDU-Politikerin Angela Merkel ab, die Deutschland 16 Jahre regiert hatte. Die seither amtierende Bundesregierung bilden drei Parteien: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und die Freie Demokratische Partei (FDP). Vizekanzler sowie Wirtschafts- und Klimaschutzminister ist Robert Habeck, Außenministerin ist Annalena Baerbock. Beide gehören der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Bundesfinanzminister ist der FDP-Politiker Christian Lindner. Das Bundeskabinett besteht ins-

gesamt aus 15 Fachministerinnen und -ministern sowie dem Chef des Bundeskanzleramts.

Die drei Regierungsparteien verfügen seit der Bundestagswahl vom 26. September 2021 im Deutschen Bundestag über 416 der insgesamt 736 Sitze. Die Opposition bilden die im Bundestag als Union zusammengeschlossene Christlich Demokratische Union (CDU) und die Christlich Soziale Union (CSU) aus Bayern, die Linke sowie die Alternative für Deutschland (AfD). Eine Koalition aus den drei Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist ein Novum für Deutschland, zuvor regierten fast nur Bündnisse aus zwei politischen Partnern. Vor dem Regierungswechsel 2021 bildeten Union und SPD die Regierung.

KOALITIONSVERTRAG LEGT SCHWERPUNKTE FEST

Grundlage für die Zusammenarbeit der amtierenden Regierung ist der Koalitionsvertrag, auf den sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vor der Wahl von Scholz zum Bundeskanzler einigten. Unter der Überschrift



Bundeskanzler Olaf Scholz



Außenministerin Baerbock, Wirtschaftsminister Habeck, Bundeskanzler Scholz, Finanzminister Lindner

„Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ skizziert der Vertrag die zentralen Vorhaben der Bundesregierung in der vier Jahre umfassenden Legislaturperiode des Parlaments. Die nächste Bundestagswahl findet voraussichtlich im Herbst 2025 statt.

KLIMANEUTRALES INDUSTRIELAND BIS 2045

Einen inhaltlichen Schwerpunkt legt die Bundesregierung auf den Umbau von Industrie und Wirtschaft, damit Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. Bundeskanzler Scholz sprach in seiner ersten Regierungserklärung von der „größten Transformation unserer Industrie und Ökonomie seit mindes-

tens 100 Jahren“. Konkret hat sich die Regierung unter anderem eine rasche und umfassende Energiewende vorgenommen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass bis 2030 in Deutschland 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien stammen.

Auch angesichts der Herausforderungen durch Globalisierung und Digitalisierung sieht die Regierung großen Handlungsbedarf. Kanzler Scholz versprach



„Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Damit liegt vor uns die größte Transformation unserer Industrie und Ökonomie seit mindestens 100 Jahren.“

Bundeskanzler Olaf Scholz

zugleich: „Wir werden neue Sicherheit durch Wandel schaffen und werden für Sicherheit im Wandel sorgen.“ Die Bundesregierung beschloss unter anderem, den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland auf 12 Euro zu erhöhen. Darüber hinaus sicherte sie eine Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen sowie stabile Renten zu. Um die Innovationsstärke Deutschlands zu sichern, fließen jedes Jahr mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Bis 2025 soll der Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben auf mindestens 3,5 Prozent steigen. Deutschland will zugleich noch attraktiver für Fachkräfte aus dem Ausland werden. Dazu trägt unter anderem ein modernes Einwanderungsrecht bei.

Die Bundesregierung will zudem erstmals eine umfassende „Nationale Sicherheitsstrategie“ erarbeiten. Zu den Schwerpunkten gehören unter anderem die Sicherheit vor Gewalt und Krieg sowie die Resilienz der Demokratie. Zur Umsetzung hat das Auswärtige Amt einen Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft angestoßen.

WELTWEIT VERLÄSSLICHER PARTNER

Die Bundesregierung setzt außenpolitisch auf die Tradition einer engen Zusammenarbeit mit Deutschlands Partnern in der ganzen Welt. „Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur in internationaler Kooperation und gemeinsam in einer starken Europäischen Union bewältigen“, heißt es im Koalitionsvertrag. „Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik.“



Föderaler Staatsaufbau

Deutschland ist eine parlamentarische und föderale Demokratie. Das in der öffentlichen Wahrnehmung präsenteste Verfassungsorgan, der Deutsche Bundestag, wird von den wahlberechtigten Bürgern und Bürgerinnen alle vier Jahre direkt gewählt. Die wichtigsten Aufgaben des Bundestags sind die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierungsarbeit. Für die Dauer der Legislaturperiode wählt der Bundestag in geheimer Wahl den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Er oder sie hat innerhalb der Bundesregierung die Richtlinienkompetenz, legt also verbindlich die Grundzüge der Politik fest. Der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin bestimmt die Bundesminister und -ministerinnen und aus deren Reihe einen Vizekanzler oder eine Vizekanzlerin.

Faktisch entscheiden jedoch die an der Regierung beteiligten Parteien, welche Personen die ihnen in den Koalitionsverhandlungen zugesprochenen Ressorts besetzen. Zerbricht eine Koalition, kann auch der Kanzler oder die Kanzlerin vor Ablauf der vierjährigen Wahlperiode stürzen, denn der Bundestag hat das Recht, das Regierungsoberhaupt jederzeit abzuwählen. Allerdings muss das Parlament gleichzeitig durch ein sogenanntes „konstruktives Misstrauensvotum“ einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin bestimmen. Eine Zeit ohne gewählte Regierung im Amt kann es also nicht geben.

KOALITIONSREGIERUNGEN SIND IN DEUTSCHLAND DIE REGEL
Entscheidend für den Charakter des Parlaments ist das System der

Das Reichstagsgebäude in Berlin ist der Sitz des Deutschen Bundestags.

Im September 2021 haben die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger den 20. Deutschen Bundestag gewählt. Die Bundestagswahlen finden in der Regel alle vier Jahre statt.

personalisierten Verhältniswahl. Auch kleinere Parteien sind dadurch im Deutschen Bundestag proportional zu ihren Wahlergebnissen vertreten. Bis auf eine Ausnahme wurde die Bundesregierung deshalb jeweils durch Bündnisse mehrerer bei der Wahl konkurrierender Parteien gebildet, in den meisten Fällen kam es dabei zu Koalitionen aus zwei Fraktionen.

Seit Ende 2021 bilden die drei Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die Regierung. An der Spitze steht der Sozialdemokrat Olaf Scholz als neunter Bundeskanzler der Bundesrepublik seit 1949. Er löste Kanzlerin Angela Merkel von der CDU ab. Auch alle vorherigen Kanzler gehörten entweder der SPD oder der CDU an.

Damit eine Zersplitterung im Parlament verhindert und eine Regierungsbildung vereinfacht wird, müssen Parteien mindestens fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen (oder drei Direktmandate) auf sich vereinen, um im Bundestag vertreten zu sein (Fünf-Prozent-Hürde). Im 20. Deutschen Bundestag gibt es sechs Fraktionen, dabei bilden die Christlich Demokratische Union (CDU) und die nur in Bayern antretende Christlich-Soziale Union (CSU) eine gemeinsame Fraktion.

Der föderale Charakter Deutschlands zeigt sich durch die große Eigenständigkeit der 16 Länder, insbesondere in Angelegenheiten der Polizei, des Katastrophenschutzes, der Justiz, der Bildung und der Kultur. Die Städte Berlin, Hamburg und Bremen sind aus historischen Gründen auch gleichzeitig Bundesländer. Einzigartig ist die enge Verzahnung zwischen den Ländern und dem Zentralstaat, woraus sich für die Landesregierungen vielfältige Möglichkeiten der bundespolitischen Mitwirkung ergeben.

GROSSE VIELFALT AN KOALITIONEN IM BUNDES RAT

Dies geschieht vor allem über den Bundesrat, der zweiten Kammer, die sich aus Mitgliedern der Landesregierungen zusammensetzt, ebenfalls mit Sitz in Berlin. Bevölkerungreiche Länder sind im Bundesrat stärker repräsentiert als kleinere Länder. Auch Parteien, die auf Bundesebene die Opposition stellen oder gar nicht im Bundestag vertreten sind, können über die Beteiligung an Landesregierungen Einfluss auf die Bundespolitik ausüben, denn zahlreiche Bundesgesetze und Verordnungen bedürfen der Zustimmung durch den Bundesrat.

Da es keinen einheitlichen Wahltermin für die Landtage gibt und die Legislaturperioden variieren, kann

es parallel zur Legislaturperiode im Bundestag zu mehrfach wechselnden Kräfteverhältnissen im Bundesrat kommen. Klar abgrenzbare politische Blöcke mit einheitlichem Abstimmungsverhalten gibt es in der Länderkammer immer weniger, da in den 16 Bundesländern seit einigen Jahren eine große Vielfalt an Koalitionen besteht. Von den im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien waren im Jahr 2022 außer der AfD alle in mindestens einem Bundesland an einer Landesregierung beteiligt. In Baden-Württemberg stellten die Grünen den Ministerpräsidenten, in Thüringen die Linkspartei.

DER BUNDESPRÄSIDENT IST DER ERSTE BÜRGER IM STAAT

Das protokollarisch höchste Amt bekleidet der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin. Er oder sie wird nicht vom Volk, sondern von einer eigens dafür einberufenen Bundesversammlung gewählt. Sie besteht zur Hälfte aus den Abgeordneten des Bundestages, zur anderen Hälfte aus Mitgliedern, die von den Landesparlamenten proportional zu der dortigen Sitzverteilung gewählt werden. Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin übt das Amt über

fünf Jahre aus, eine Wiederwahl ist einmal möglich. Seit 2017 ist Frank-Walter Steinmeier Bundespräsident. Nach Ende seiner ersten Amtszeit wurde er 2022 mit einer großen Mehrheit wiedergewählt. Er war als SPD-Politiker von 2005 bis 2009 und von 2013 bis 2017 Bundesaußenminister. Steinmeier ist der zwölfte Bundespräsident seit 1949.

Obwohl der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin in erster Linie repräsentative Aufgaben hat, kann er bzw. sie auch seine bzw. ihre Unterschrift unter Gesetze verweigern, wenn er bzw. sie Zweifel an deren Verfassungsmäßigkeit hat. Den größten Einfluss können die Präsidenten aber über öffentliche Reden ausüben, denen hohe Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Bundespräsidenten hal-

WEGMARKEN

1949

Am 23. Mai verabschiedet der Parlamentarische Rat, den Vertreter der Länder aus den westlichen Besatzungszonen bilden, in Bonn das Grundgesetz. Am 14. August wird der erste Bundestag gewählt.

1961

Die Führung der DDR riegelt in Berlin mit Mauer und Stacheldraht die Übergänge von Ost nach West ab. Auf Flüchtlinge wird geschossen. Die staatliche Einheit Deutschlands scheint auf absehbare Zeit unerreichbar.

1989/1990

In der DDR führen friedliche Proteste zum Sturz des Regimes. Am 9. November wird die Grenze zum Westen geöffnet. Nach den ersten freien Wahlen am 18. März tritt die DDR am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik bei.

ten sich parteipolitisch zurück, greifen dennoch aktuelle Themen auf und mahnen zuweilen Regierung, Parlament oder Bevölkerung zum Handeln. Manche Reden wurden später als historisch eingestuft, etwa im Jahr 1985 die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum Jahrestag des Weltkriegsendes, in der er den 8. Mai 1945 einen „Tag der Befreiung“ nannte. Auch der amtierende Bundespräsident Steinmeier wandte sich in Reden oder Fernsehansprachen etwa zur Corona-Pandemie direkt an die Bevölkerung.

DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT IN KARLSRUHE

Über viel Einfluss verfügt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, das in der Öffentlichkeit sehr hohes Ansehen genießt.

Es gilt als „Hüter des Grundgesetzes“ und liefert durch seine maßgeblichen Entscheidungen eine verbindliche Auslegung des Verfassungstextes. In zwei Senaten richtet es über Kompetenzstreitigkeiten zwischen Verfassungsorganen und kann Gesetze für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklären. Jedem Bundesbürger und jeder Bundesbürgerin steht der Weg zum Verfassungsgericht offen, wenn er oder sie sich durch ein Gesetz in den Grundrechten verletzt sieht.



Das Bundesverfassungsgericht tagt in Karlsruhe.

1999

Bundestag und Bundesregierung ziehen nach Berlin. Die Parlamentsgebäude stehen auf beiden Seiten des ehemaligen Mauerstreifens. Bonn bleibt der Standort einiger Ministerien und Bundesbehörden.

2005

Am 22. November wird die CDU-Politikerin Angela Merkel erste Bundeskanzlerin Deutschlands. Sie ist außerdem die erste Ostdeutsche in diesem Amt, das sie 16 Jahre bis zum Regierungswechsel 2021 innehat.

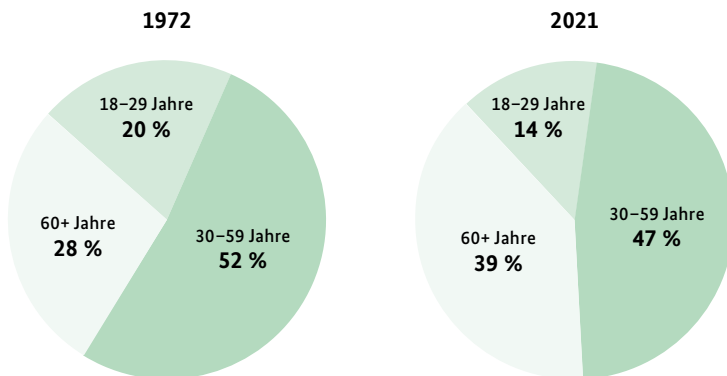
2021

Erstmals bilden SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP die Bundesregierung. An der Spitze der Regierung steht als neunter Kanzler Deutschlands der Sozialdemokrat Olaf Scholz.

Zahlen und Fakten zu Wahlen und Parlamenten

ALTERSSTRUKTUR DER WAHLBERECHTIGTEN

Der demografische Wandel zeigt sich auch in der Wählerschaft: Der Anteil der älteren Wahlberechtigten ist innerhalb von 50 Jahren deutlich angewachsen.



Quelle: Bundeswahlleiter

FRAUEN IM BUNDESTAG

256



Frauen wurden 2021 in den Bundestag gewählt –
38 mehr als nach der Wahl 2017.

47,3 Jahre

Durchschnittsalter der Bundestagsabgeordneten nach der Wahl 2021

11 Prozent

der Abgeordneten haben einen Migrationshintergrund.

23 Jahre

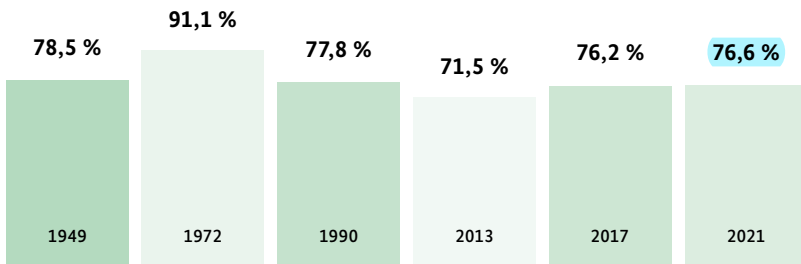
alt war 2021 die jüngste Bundestagsabgeordnete.

„Demokratie lebt vom Einmischen und Mitmachen. Wer mitmacht, wird gehört. Wer nicht wählt, lässt andere für sich entscheiden.“

BUNDESPRÄSIDENT
FRANK-WALTER STEINMEIER VOR DER BUNDESTAGSWAHL 2021

BETEILIGUNG AN BUNDESTAGSWAHLEN

Die Wahlbeteiligung an Bundestagswahlen ist in den vergangenen Jahren wieder leicht gestiegen. Den höchsten Wert gab es bei den Wahlen 1972.





WAHLBERECHTIGTE

61,2 Millionen

Bürgerinnen und Bürger waren bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 wahlberechtigt. Rund 46,9 Millionen Menschen gaben ihre Stimme für eine Partei ab, dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 76,6 Prozent.

Vielfältige Teilhabe

Den politischen Parteien wird eine zentrale und privilegierte Stellung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eingeräumt. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, heißt es in Artikel 21 des Grundgesetzes. Damit einher geht die Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie: Vorsitzende, Gremien sowie Kandidatinnen und Kandidaten werden auf Parteitag von Delegierten der Parteibasis in geheimer Abstimmung gewählt. Zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie haben die Parteien in jüngster Zeit bei relevanten Entscheidungen ihre Mitglieder direkt befragt.

Die Parteien bleiben im Kern Ausdrucksformen der Gesellschaft, gleichwohl verlieren sie an Kohäsionskraft. Hinter CDU/CSU und SPD stehen rund eine Million Parteimitglieder – bezogen auf die gut 61 Millionen Wahlberechtigten entspricht das einem Anteil von 1,6 Prozent. Auch die Wahlbeteiligung ist tendenziell rückläufig. Während die Wahlentscheidungen der 1970er- und 1980er-Jahre durchgängig hohe und höchste Wahlbeteiligungen erzielten (91,1 Prozent 1972), erreichten die Bundestagswahlen 2017 und 2021 nur 76,2 beziehungsweise 76,6 Prozent.

Den mit Abstand höchsten Anstieg bei der Wahlbeteiligung im Jahr 2021 gab es mit einem Plus von 3,9 Prozentpunkten in der Gruppe der 21- bis 29-Jährigen. Für junge Menschen besitzen Partizipationsmöglichkeiten in zivilgesellschaftlichen Initiativgruppen oder

Nichtregierungsorganisationen aber oft eine höhere Attraktivität. Zunehmend gewinnen die sozialen Medien als Plattformen für politische Artikulations- und Aktionsformen an Bedeutung. Auch über direktdemokratische Verfahren wie Referenden beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess. In Ländern und Kommunen sind die Möglichkeiten zur direkten Demokratie in den vergangenen Jahren vermehrt praktiziert und genutzt worden.

Auch sogenannte Bürgerräte gewinnen an Bedeutung, um die Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Diese Räte befassen sich in der Regel mit konkreten Fragestellungen und erarbeiten Handlungsempfehlungen für die Politik. Regierungen und Parteien suchen zudem das Gespräch mit den Menschen. So initiierte Außenministerin Annalena Baerbock für die Erarbeitung einer ersten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ auch Bürgerdialoge. **I**

Lebendige Erinnerungskultur

Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wird in Deutschland in vielfältiger Weise wachgehalten. Die Auseinandersetzung mit Krieg und Gewaltherrschaft, mit ideologisch motivierten Verbrechen und politischem Unrecht im 20. Jahrhundert und das Gedenken an die Opfer der Verfolgung spielen in der Erinnerungskultur eine wichtige Rolle. Insbesondere der Erhalt der Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen soll dazu beitragen, die Verbrechen des Nationalsozialismus auch im Bewusstsein kommender Generationen zu halten.

ZENTRALE ORTE DER ERINNERUNG

Ein wichtiger Teil der lebendigen Erinnerungskultur sind die zahlreichen Gedenk- und Erinnerungsstät-

STOLPERSTEINE

In vielen deutschen und anderen europäischen Städten erinnern in den Boden eingelassene sogenannte Stolpersteine daran, dass an dieser Stelle Bürgerinnen und Bürger gewohnt haben, die unter den Nationalsozialisten verfolgt, deportiert oder vertrieben wurden. Die etwa 10 mal 10 Zentimeter großen würfelförmigen Betonblöcke sind an ihrer Oberseite mit Messing beschlagen und mit einer Inschrift mit Namen und Lebensdaten zum Gedenken an das Opfer versehen. Die Stolpersteine liegen in mehr als 1.200 Kommunen in Deutschland.

ten in ganz Deutschland. Mitten in Berlin etwa erinnert das Denkmal für die ermordeten Juden Europas an die bis zu sechs Millionen jüdischen Opfer des Holocausts.

Das Gedenken an Diktatur und Krieg, aber auch an Wiederaufbau und Deutsche Einheit sind oft eng miteinander verbunden. So gedachte Deutschland im Mai 2020 dem Ende des Zweiten Weltkriegs und damit dem Ende der Nazi-diktatur vor 75 Jahren, im Oktober 2020 feierte das Land dann 30 Jahre Deutsche Einheit. Ein knappes Jahr später, im August 2021, gedachte Deutschland des Mauerbaus 60 Jahre zuvor.

Bereits in den großen Jubiläumsjahren 2014 und 2015, in denen sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal und der Fall der Mauer zum 25. Mal jährte, war das Gedenken vor allem von Dankbarkeit geprägt. Sie galt den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition für die Befreiung 1945, aber auch der Chance zum Wiederaufbau und zur Wiedervereinigung 1990. Die Dankbarkeit galt ebenso jenen, die als überlebende Opfer des Holocausts Zeugnis ablegten über die Verbrechen – und dem demokratischen Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die Hand reichten.

Dem Widerstand gegen die Nazi-diktatur gewidmet ist die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im



Sichtbare Erinnerung an die von den Nationalsozialisten ermordeten Juden: ein Stolperstein

Bendlerblock im Berliner Bezirk Mitte. Sie befindet sich am historischen Ort des gescheiterten Umsturzversuches der Gruppe um Graf Stauffenberg vom 20. Juli 1944. Die Gedenkstätte dokumentiert, wie sich Einzelne und Gruppen 1933 bis 1945 gegen die nationalsozialistische Diktatur gewehrt und ihre Handlungsspielräume genutzt haben.

DAS UNRECHT DES DDR-SYSTEMS

Auch soll die Erinnerung an die kommunistische Diktatur

während der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ, 1945–1949) und der DDR (1949–1990) für jene Generationen lebendig gehalten werden, die die Teilung Deutschlands und das DDR-System nicht erlebt haben. Beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR wurden ab Herbst 1990 Akten gesichtet, sortiert und Betroffenen sowie Forschenden zugänglich gemacht. Mitte 2021 ging die Zuständigkeit für die Unterlagen an das Bundesarchiv über. In einer Dauerausstellung in dem Gebäude der ehemaligen Zentrale der Staatssicherheit der DDR (Stasi) im Berliner Bezirk Lichtenberg werden Mittel und Arbeitsweise der Stasi zur Bespitzelung, Kontrolle und Einschüchterung der Bevölkerung anschaulich dargestellt. |

Partner in Europa und in der Welt

GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Multilaterale Zusammenarbeit kennzeichnet deutsche Außenpolitik. Das gemeinsame Handeln in der Europäischen Union, aber auch das transatlantische Bündnis mit den USA prägen die Politik. Deutschland ist aber auch darüber hinaus eng vernetzt. Ein Überblick.

ANWALT EUROPÄISCHER INTEGRATION

Deutschland gehört zu den sechs Gründerstaaten der Europäischen Union. Als Motor des europäischen Integrationsprozesses gilt die deutsch-französische Freundschaft.

ENGAGEMENT FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT

Bei UN- oder NATO-Einsätzen übernimmt Deutschland weltweit Verantwortung. Zivile Instrumente haben dabei stets Vorrang. Die Bundesregierung engagiert sich auch für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE

Im Rahmen der Vereinten Nationen oder auch im Europarat setzt sich Deutschland weltweit aktiv für den Schutz und die Fortentwicklung der Menschenrechte ein.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN

Die deutsche Entwicklungspolitik orientiert sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der globalen Ernährungssicherung.



101 Freiwillige

erhalten am 12. November 1955
ihre Ernennungsurkunden als Soldaten.

–
Der Tag gilt als
Gründungstag der Bundeswehr.

96

ABGEORDNETE

im 705 Sitze umfas-
senden Europäischen
Parlament kommen aus
Deutschland.

PARTNER IN EUROPA UND IN DER WELT

7 Tatsachen

Weltweit
unterhält
Deutschland
226
Auslands-
vertretungen.

Die
17
ZIELE

für nachhaltige
Entwicklung
der Agenda 2030
sind Leitfaden für
die deutsche
Entwicklungspolitik.

Der
ÉLYSÉE-VERTRAG

aus dem Jahr 1963 markiert einen
Meilenstein für die deutsch-französische
Freundschaft und den europäischen
Integrationsprozess.

Deutschland
ist weltweit der
zweitgrößte
Geberstaat
für humanitäre
Hilfe.

Rund
30

UN-ORGANISATIONEN
haben ihren Sitz in
Deutschland.

Gemeinsame Verantwortung

Deutschland baut auf internationale Zusammenarbeit und tritt gemeinsam mit seinen Partnern in Europa und in der Welt für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ein.

Deutschland ist sich als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und größter Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU) seiner internationalen Verantwortung bewusst. In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sucht die Bundesregierung dabei die enge Zusammenarbeit mit ihren demokratischen Partnern, um gemeinsame Werte zu verteidigen sowie globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel und der Corona-Pandemie zu begegnen. Zentraler Ankerpunkt ist dabei das Friedens- und Freiheitsprojekt der EU, dessen Zukunft Deutsch-

land als Gründungsmitglied aktiv mitgestaltet. Eine historisch enge Partnerschaft verbindet Deutschland dabei mit Frankreich, die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit gilt als ein Motor der Europäischen Union. Das sogenannte Weimarer Dreieck bietet ein wichtiges Forum für die Zusammenarbeit von Deutschland mit Frankreich und Polen. Dazu kommt die feste Verankerung Deutschlands in der Wertegemeinschaft des transatlantischen Bündnisses mit den USA.

Deutschland ist in der internationalen Politik auch darüber hinaus intensiv und vielfältig vernetzt. Das Land unterhält diplomatische Beziehungen zu fast 200 Staaten und ist Mitglied in vielen ver-



Außenministerin Annalena Baerbock bei einem EU-Treffen in Brüssel



Bundeskanzler Olaf Scholz mit US-Präsident Joe Biden beim G7-Gipfel 2022 in Deutschland

schiedenen multilateralen Organisationen und informellen internationalen Koordinierungsgruppen wie der „Gruppe der Sieben“ (G7). Außenministerin ist seit Dezember 2021 Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen). Im Auswärtigen Dienst, dessen Zentrale sich in Berlin befindet, arbeiten rund 12.000 Beschäftigte. Insgesamt unterhält Deutschland 226 Auslandsvertretungen.

Das vorrangige Ziel der deutschen Außenpolitik ist der Erhalt von Frieden und Sicherheit in der Welt. Zu den Grundkoordinaten gehört die umfassende

Integration in die Strukturen der multilateralen Zusammenarbeit. Konkret bedeutet dies: konstruktive Partnerschaften mit den Mitgliedsstaaten der EU und den transatlantischen Partnern, das Eintreten für das Existenzrecht Israels, die aktive und engagierte Mitwirkung in den Vereinten Nationen (VN) und im Europarat sowie die Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur im

Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

EINSATZ FÜR MENSCHENRECHTE

Fundament deutscher Außenpolitik sind die Menschenrechte. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Dafür setzt sich Deutschland auch weltweit gemeinsam mit seinen Partnern ein. Dies ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern liegt auch im außenpolitischen Interesse, weil die Wahrung von Menschenrechten zu Frieden und stabiler Entwicklung beiträgt.

Der von Deutschland vertretene erweiterte Sicherheitsbegriff umfasst neben Fragen der Krisenprävention, Abrüstung und Rüstungskontrolle nachhaltige wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte. Dazu gehören eine Globalisierung mit Chancen für alle, grenzüberschreitender Umwelt- und Klimaschutz, der Dialog zwischen den Kulturen sowie Offenheit gegenüber Gästen und Einwanderern. Dieses umfassende Verständnis schließt das Bekenntnis der Bundesregierung zur Verwirklichung einer feministischen Außenpolitik ein, die auf die Stärkung der Rechte, Ressourcen und Repräsentanz

von Frauen und marginalisierter Gruppen sowie der Förderung von Diversität zielt.

Multilateral eingebettet hat Deutschland auch die gewachsene Verantwortung, die dem Land nach der Wiedervereinigung 1990 zugefallen ist, angenommen: Deutschland trägt durch vielfache und kontinuierlich gesteigerte Anstrengungen zur Stabilisierung in Krisenregionen und zur politischen Lösung von Konflikten bei. Zudem beteiligt es sich am Erhalt von friedenssichernden Strukturen und leistet mit der Entsendung von Personal in VN-mandatierte Friedensmissionen einen Beitrag zur Krisenbewältigung.

Deutschland leistet zudem humanitäre Hilfe bei Krisen, Konflikten oder Naturkatastrophen, um Menschen in einer akuten Notlage zu helfen. Dabei arbeitet Deutschland mit Organisationen der VN, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie Nichtregierungsorganisationen zusammen. In der Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich Deutschland an den Nachhaltigkeitszielen, die in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen festgeschrieben sind. Zu den 17 Zielen zählen der Kampf gegen Hunger und Armut, Klimaschutz oder die Gleichberechtigung der Geschlechter.

DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT 2022

Im Jahr 2022 stand die Bundesrepublik zum siebten Mal an der Spitze der G7, der Gruppe der sieben führenden Industrienationen und Demokratien. Zusammen mit seinen Partnern Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan, Kanada und den USA stellte sich Deutschland seiner Verantwortung während dieser G7-Präsidentschaft, für die sich die Bundesregierung in ihrem Programm als Ziel „Fortschritt für eine gerechte Welt“ gesetzt hatte. Schwerpunkte waren unter anderem die künftige Weltordnung, der Klimaschutz, globale Gesundheit sowie soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung. **I**

Anwalt europäischer Integration

Kein Land in Europa hat mehr Nachbarn als Deutschland. Mit neun Staaten teilt Deutschland seine Grenze, acht davon gehören zur Europäischen Union (EU). Die europäische Integration bildet für Deutschland die Grundlage für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Trotz des EU-Austritts Großbritanniens Ende Januar 2020 bleibt die weitere Entwicklung und Stärkung der Union, zumal unter komplexen und vielfach krisenhaften Bedingungen, eine zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik.

Das historische Projekt der EU, begonnen in den frühen 1950er-Jahren, umfasst heute rund 450 Mil-

lionen Unionsbürgerinnen und -bürger in 27 Mitgliedsstaaten. Die deutsche Europapolitik hat sich in allen Etappen der europäischen Einigung als treibende Kraft etabliert und das Zusammenwachsen Europas aktiv mitgestaltet. Mit Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission rückte im Dezember 2019 eine Deutsche an die Spitze der Gemeinschaft.

Deutschland gehörte zusammen mit Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zu den sechs Gründerstaaten der EU, die am 25. März 1957 die Römischen Verträge schlossen. Diese Vertragsunterzeichnung gilt als Geburtsstunde der Europäischen Union. Offiziell gegründet wurden damals die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom).

EUROPAPARLAMENT

Das Europäische Parlament hat im Jahr 2022 seinen 70. Geburtstag gefeiert. Am 10. September 1952 fand im französischen Straßburg die erste Sitzung der „Gemeinsamen Versammlung“ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl statt – dies gilt als Geburtsstunde des Parlaments. Seit 1979 finden alle fünf Jahre Europawahlen statt. Die rund 450 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 27 EU-Staaten entscheiden dann direkt über die Sitzverteilung im Europaparlament. Von den insgesamt 705 Abgeordneten kommen 96 aus Deutschland.

GEMEINSAMER

EUROPÄISCHER MARKT

Im Rahmen der europäischen Integration wurde der größte gemeinsame Markt der Welt geschaffen, charakterisiert durch die in den Römischen Verträgen formulierten vier Grundfreiheiten: den freien Warenverkehr unter den EU-Staaten, die Freiheit des Personenverkehrs, die Dienstleistungsfreiheit im EU-Gebiet sowie den freien Kapitalverkehr. Die



Breite Unterstützung für Europa: Die Europäische Union genießt auch starken Rückhalt in der Bevölkerung.

Größe und die Wirtschaftsleistung des gemeinsamen europäischen Marktes machen die EU zu einem zentralen Akteur der Weltwirtschaft. Für die deutsche Wirtschaft ist der europäische Binnenmarkt von zentraler Bedeutung, weil die europäischen Länder zu den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands gehören.

Als stärkste Volkswirtschaft der EU trägt Deutschland nicht zuletzt in Phasen wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen besondere Verantwortung.

Dies zeigte sich schon während der Finanz- und Schuldenkrise. Die Euro-Staaten richteten einen Rettungsfonds ein, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Auch in der Corona-Pandemie standen die EU-Staaten zusammen und einigten sich auf ein milliardenschweres Wiederaufbaupaket. Der Plan „NextGenerationEU“ ging auf eine deutsch-französische Initiative zurück.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT ALS MOTOR

Frankreich ist Deutschlands wichtigster Partner in Europa. Parallel zur europäischen Integration bauten die beiden Länder nach dem Zweiten Weltkrieg eine enge Zusammenarbeit auf, die heute oft als Modell für die Aussöhnung zweier Völker betrachtet wird. Beide

Länder gehörten 1957 zu den sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dem Kern der heutigen EU. Die deutsch-französische Freundschaft, 1963 besiegelt mit dem Élysée-Vertrag, wird von engen Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften und von vielen deutsch-französischen Institutionen getragen.

Der im Januar 2019 unterzeichnete „Vertrag von Aachen“ knüpft an den Élysée-Vertrag an und richtet die deutsch-französischen Beziehungen für zukünftige Herausforderungen neu aus. Deutschland und Frankreich vereinbarten darin unter anderem eine starke gemeinsame Arbeit an der Fortentwicklung der Europäischen Union, zusammen mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten, und einer noch weitergehenden Förderung der gelebten Gemeinsamkeiten der Deutschen, Französinnen und Franzosen.

ENGE ZUSAMMENARBEIT IM WEIMARER DREIECK

Zusammen mit Polen bilden Deutschland und Frankreich das Weimarer Dreieck. Es wurde 1991 von den damaligen Außenministern der drei Länder ins

Leben gerufen. Der Name geht darauf zurück, dass sie sich damals an Goethes Geburtstag in Weimar trafen. In einer gemeinsamen Erklärung hoben die Minister die maßgebliche Verantwortung Deutschlands, Frankreichs und Polens für den europäischen Integrationsprozess hervor. Im Jahr 2004 wurde Polen zusammen mit neun anderen mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union aufgenommen.

PARTNER BEI EU-ERWEITERUNGEN

Deutschland unterstützt die Integration weiterer Mitglieder in die EU. Die Union wurde in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach vergrößert. Von besonderer Bedeutung auch für Deutschland war die EU-Osterweiterung im Jahr 2004. Mit Großbritannien

WEGMARKEN

1957

Der europäische Einigungsprozess beginnt. Mit den Römischen Verträgen gründen Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

1979

Die Bürgerinnen und Bürger sind zur Europawahl aufgerufen: Erstmals werden die Abgeordneten des Europaparlaments direkt gewählt. Zuvor waren sie von den nationalen Parlamenten entsandt worden.

1993

Europas Einigung wird an den Grenzen sichtbar: Im luxemburgischen Schengen vereinbaren Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten das Ende der Grenzkontrollen zwischen den Ländern. Weitere Staaten folgen.

ist Ende Januar 2020 zum ersten Mal ein Mitgliedsstaat aus der EU ausgetreten. Deutschland setzt dennoch weiterhin auf enge Beziehungen zu Großbritannien und sieht sich in besonderer Verantwortung für die Gestaltung des künftigen Verhältnisses des Landes zur EU.

EINSATZ FÜR GEMEINSAMES EUROPÄISCHES HANDELN

In allen zentralen Politikbereichen arbeitet Deutschland eng mit seinen europäischen Partnern zusammen. Gemeinsame Antworten auf die Klimakrise zu finden gehört dabei zu den zentralen Aufgaben der EU. Ende 2019 stellte die EU-Kommission den „European Green Deal“ vor. Ziel ist es, bis 2050 als erster Kontinent klimaneutral zu werden. Deutschland will die Umsetzung

dieses Ziels aktiv voranbringen und selbst schon 2045 Klimaneutralität erreichen.

Die Bundesregierung setzt sich auch für eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ein. Das Aufgabenspektrum reicht dabei von der Krisenprävention über die Konfliktbewältigung bis zur Stabilisierung nach einem Konflikt. Deutschland initiierte schon während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2020 den sogenannten Strategischen Kompass, der der gemeinsamen Politik eine klare Richtung geben soll.

Die deutsche Europapolitik wird getragen von dem Wissen über die historische Bedeutung der Europäischen Union als Friedensprojekt. Im Jahr 2012 wurde die Union mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Das Nobelkomitee erklärte damals, die EU habe aus einem „Kontinent der Kriege“ einen „Kontinent des Friedens“ gemacht. Für die Bundesregierung bleibt diese Aufgabe zentral, wie auch Bundeskanzler Olaf Scholz im Jahr 2022 betonte: „Diese zentrale Mission der Europäischen Union, die Wahrung des inneren Friedens Europas, hat nichts an ihrer Aktualität verloren.“

2002

Europa gibt sich eine Währung. In zunächst zwölf Ländern der EU wird der Euro als Bargeld eingeführt; als Buchgeld gibt es ihn schon seit 1999. Sitz der neu etablierten Europäischen Zentralbank (EZB) ist Frankfurt am Main.

2019

Die Europäische Kommission legt den europäischen Green Deal vor. Europa soll bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden. Deutschland treibt den Prozess voran und will selbst schon 2045 Klimaneutralität erreichen.

2020

Als Reaktion auf die Corona-Pandemie bringt die EU ein beispielloses milliardenschweres Wiederaufbaupaket auf den Weg. Die Initiative für den Plan „NextGenerationEU“ kam aus Deutschland und Frankreich.

Engagement für Frieden und Sicherheit

Der weltweite Einsatz für Frieden und Sicherheit, für Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten sind Grundkonstanten der deutschen Außenpolitik und ergeben sich aus dem Grundgesetz. Deutschland stellt sich der Aufgabe einerseits aus historischer Verantwortung, andererseits liegen Krisenprävention und Konfliktbewältigung auch deshalb im deutschen Interesse, weil die Auswirkungen von Krisen weltweit und damit auch in Deutschland zu spüren sind. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine untergräbt dabei die internationale Sicherheit und Stabilität in Europa schwerwiegend.

Basis für das außenpolitische Handeln Deutschlands ist seine multilaterale Einbindung. So finden Einsätze der Bundeswehr immer im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit oder Verteidigung statt, dies sind zuvorderst internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (VN), die Europäische Union (EU) oder die Nordatlantische Allianz (NATO). Zudem bedürfen Stationierungen der Bundeswehr im Ausland der Zustimmung des Deutschen Bundestags. Die Bundeswehr wird deshalb auch als Parlamentsarmee bezeichnet.

Für die Bundesregierung haben zivile Instrumente dabei stets Vorrang. Wichtigstes Ziel ist, Krisen und Konflikte frühzeitig zu erkennen und möglichst zu entschärfen, bevor sie eskalieren. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind zentrale Bestandteile deutscher Außenpolitik.

Seit 2017 bilden die unter Federführung des Auswärtigen Amts erarbeiteten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ die Richtschnur beim Einsatz für Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Eine zentrale Aufgabe sieht die Bundesregierung darin, die Zusammenhänge zwischen der Klimakrise und Fragen von Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung noch stärker zu beachten, um klimabedingte Konflikte frühzeitig zu erkennen. Zunehmend im Fokus stehen neue Bedrohungen für die weltweite Sicherheit im Cyberraum. Die Bundesregierung begegnet diesen vielfältigen Herausforderungen mit einer neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“, die im Jahr 2022 unter anderem im Rahmen eines breiten gesellschaftlichen Dialogs erarbeitet wird. Dabei wird der Strategie ein umfassender Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt, der alle Aspekte der menschlichen Sicherheit in den Blick nimmt.

VERANTWORTUNG IN DER NATO

In der NATO (North Atlantic Treaty Organization) ist Deutschland seit der Gründung der Bundeswehr 1955 politisch wie militärisch integriert. Die feste Verankerung in das nordatlantische Verteidigungsbündnis gehört zur „DNA“ der deutschen Außenpolitik. Die Bundeswehr ist einer der

wesentlichen Truppensteller der NATO. Deutschland beteiligt sich beispielsweise seit 1999 an der NATO-Sicherheitstruppe KFOR im Kosovo. In Litauen trägt die Bundeswehr darüber hinaus führend als sogenannte Rahmennation zur Sicherung der NATO-Ostflanke bei. Dies geschieht im Rahmen der Mission enhanced Forward Presence (eFP), die der Sicherung der osteuropäischen Staaten dient. Deutschland unterstützt die enge Kooperation von NATO und Europäischer Union und setzt sich konsequent dafür ein, die Folgen des Klimawandels für die Sicherheitspolitik noch stärker zu berücksichtigen.

Im Kontext des russischen Angriffskriegs brachte die deutsche Regierung 2022 das Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg. Damit modernisiert Deutschland die Ausrüstung der Bundeswehr und stärkt die Landes- und Bündnisverteidigung. Somit kommt Deutschland auch seinen Verpflichtungen vom NATO-Gipfel in Wales 2014 sowie zuletzt im Juni 2022 in Madrid nach und investiert langfristig in notwendige militärische Fähigkeiten.

VERLÄSSLICHES UND GESCHÄTZTES MITGLIED DER VEREINTEN NATIONEN

Seit ihrer Aufnahme in die VN 1973 ist die Bundesrepublik ein engagiertes, verlässliches und geschätztes Mitglied der Weltorganisation. Deutschland ist der viertgrößte Beitragszahler für den regulären Haushalt der VN. Im Jahr 2021 lag der Anteil Deutschlands am Etat mit rund 176 Millionen US-Dollar bei 6,1 Prozent. Dazu kamen für den Zeitraum Juli 2021 bis Juni 2022



Außenministerin Baerbock spricht mit einer VN-Mission beteiligten Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten in Mali.

Die Bundeswehr beteiligt sich unter anderem an der friedenssichernden UNIFIL-Mission vor der libanesischen Küste.



Die Korvette „Erfurt“ bricht zum UNIFIL-Einsatz auf.

rund 400 Millionen US-Dollar für die Haushalte der einzelnen Friedensmissionen. Deutschland unterstützt die Missionen unter anderem in Form von Stabilisierungsmaßnahmen, diplomatischen Vermittlungsbemühungen und Krisennachsorge, beteiligt sich aber auch mit Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten sowie qualifiziertem Personal. Die Bundeswehr ist beispielsweise Teil einer der ältesten friedenserhaltenden Einsätze der VN, der UNIFIL-Mission, die den Frieden zwischen Libanon und Israel sichern soll. Der Einsatz hilft konkret etwa dabei, die libanesischen Regierung bei der Sicherung der Seegrenzen und der Verhinderung des Waffenschmug-

gels zu unterstützen. Deutsche Soldatinnen und Soldaten engagieren sich zudem in der Ausbildung der Marine des Landes.

Darüber hinaus sind die VN in Deutschland mit Niederlassungen sehr präsent. Schon 1951 eröffnete ein Außenbüro des Flüchtlingskommissariats UNHCR in Bonn. Inzwischen gibt es rund 30 VN-Organisationen in Deutschland, insbesondere auf dem VN-Campus



in Bonn, wo mehr als 20 Einrichtungen ihren Sitz haben.

Eine weitere zentrale Säule für Frieden und Sicherheit ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Deutschland intensiv und in vielfältiger Form unterstützt. Die OSZE ist 1995 aus der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorgegangen. Grundlegendokument der

OSZE ist die 1975 unterzeichnete Schlussakte von Helsinki, in der die Unverletzlichkeit der Grenzen und die friedliche Lösung von Streitigkeiten als Prinzipien der europäischen Sicherheitsordnung vereinbart wurden. Die Organisation umfasst heute 57 Teilnehmerstaaten aus Europa, Nordamerika sowie Zentralasien und ist damit die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation. Zur Prävention von Konflikten und zur Förderung der Demokratisierung unterhält die OSZE in vielen Ländern ständige Missionen und schickt zum Beispiel, auch von Deutschland unterstützt, regelmäßig Wahlbeobachter in ihre Teilnehmerstaaten.

Zur zivilen Krisenprävention und weltweiten Friedenskonsolidierung trägt auch das 2002 von Bundesregierung und Bundestag gegründete Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) bei. Das im Auftrag des Auswärtigen Amts agierende ZIF trainiert zivile Expertinnen und Experten oder vermittelt Personal für Friedens- und Wahlbeobachtungseinsätze. Innerhalb von 20 Jahren wurden so rund 6.000 Wahlbeobachterinnen und -beobachter entsandt.

ENGAGEMENT FÜR ABRÜSTUNG UND RÜSTUNGSKONTROLLE

Einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Sicherheit leistet Deutschland mit seinem Engagement im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die Bundesrepublik verfolgt das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen, das Fundament bildet dabei der nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV). Deutschland setzt sich darüber hinaus für die Universalität und Durchsetzung relevanter internationaler Verträge und Abkommen ein, etwa für das Chemiewaffenübereinkommen, das die Norm des Nicht-Einsatzes von Chemiewaffen kodifiziert. Deutschland engagiert sich zudem intensiv für die weltweite Ächtung von Minen und Streumunition. Konkret unterstützt die Bundesregierung Maßnahmen des humanitären Minen- und Kampfmittelräumens und der Opferfürsorge. **I**

Zahlen und Fakten zur deutschen Außen- und Entwicklungspolitik

DEUTSCHLAND IST EIN WELTWEIT VERLÄSSLICHER PARTNER

Gründungsstaat der **Europäischen Union**

Viertgrößter Beitragszahler der **Vereinten Nationen**

Seit 1955 Mitglied der **NATO**

Internationale Zusammenarbeit in **G7** und **G20**

DIE 27 EU-MITGLIEDSSTAATEN

Deutschland gehörte zusammen mit Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zu den sechs Gründerstaaten der EU. Im Jahr 2022 zählt die Union 27 Länder, weitere Staaten hoffen auf eine baldige EU-Mitgliedschaft.



„Wir befinden uns nicht in einem Sprint, sondern in einem Langstreckenlauf. Wir müssen die globale Ernährungssicherheit auf der Agenda behalten – für die Männer, Kinder und Frauen, die weltweit Not leiden.“

AUSSENMINISTERIN
ANNALENA BAERBOCK

Globale Ernährungssicherheit



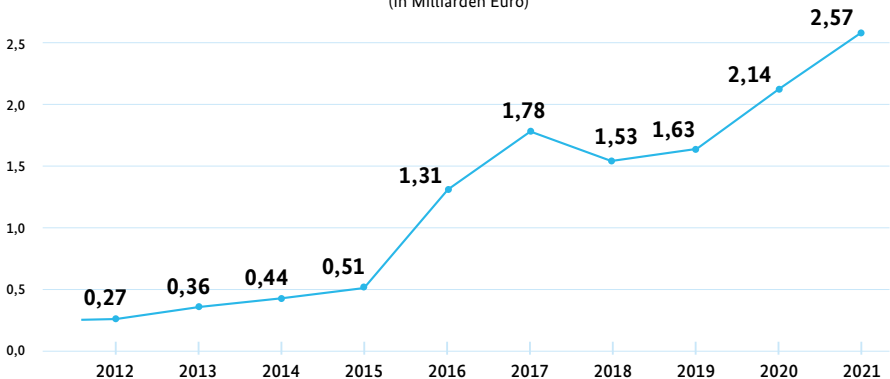
Rund

2 MILLIARDEN EURO

jährlich investiert das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in die weltweite Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung.

BUNDESREGIERUNG BAUT HUMANITÄRE HILFE AUS

Deutschland ist weltweit der zweitgrößte Geberstaat
(in Milliarden Euro)



Quelle: Auswärtiges Amt

Einsatz für Menschenrechte

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dies ist der klare Auftrag des Artikels 1 des Grundgesetzes, in dem sich Deutschland zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“ als „Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekennt. Diese Verpflichtung wird von Deutschland auch in seinen auswärtigen Beziehungen ernst genommen. Schutz und Stärkung von Menschenrechten spielen im außenpolitischen und internationalen Kontext eine besondere Rolle, denn häufig sind systematische Menschenrechtsverletzungen der erste Schritt in Konflikte und Krisen. Als Mitglied des Europarats und gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (VN) setzt sich Deutschland weltweit dafür ein, die Menschenrechtsstandards zu schützen und fortzuentwickeln.

VEREINTE NATIONEN

198 Millionen

US-Dollar trägt Deutschland im Jahr 2022 zum regulären Haushalt der Vereinten Nationen bei. Damit ist die Bundesrepublik mit einem Anteil von rund sechs Prozent am Budget der viertgrößte Beitragszahler nach den USA, China und Japan.

ENGAGEMENT IN DEN VEREINTEN NATIONEN

Deutschland ist Vertragsstaat aller bedeutenden Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und ihrer Zusatzprotokolle. Die Staaten schufen damit auf Grundlage der VN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ein umfassendes Vertragssystem zum Schutz der Menschenrechte. Zu den von Deutschland ratifizierten rechtsverbindlichen Abkommen gehören der Zivilpakt, der Sozialpakt, die Anti-Rassismus-Konvention, die Frauenrechtskonvention, die Anti-Folter-Konvention, die Kinderrechtskonvention, die Behindertenrechtskonvention sowie die Konvention gegen Verschwindenlassen.

Die in den Verträgen festgeschriebenen Rechte und Verpflichtungen des Staates sind geltendes Recht in Deutschland. Die Bundesregierung unterstützt zugleich weltweit etwa den Schutz vor Diskriminierung und Rassismus, engagiert sich gegen die Todesstrafe, für politische Teilhabe und Rechtsschutz, verteidigt die Religions- und Weltanschauungsfrei-



Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen in Genf

heit, kämpft gegen den Menschenhandel und drängt zum Beispiel auch auf die Durchsetzung des Rechts auf Wohnen und des Rechts auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung. Die Regierung setzt sich zudem für eine VN-Konvention für LSBTI-Rechte ein. Ein weiterer aktueller Schwerpunkt der deutschen Menschenrechtspolitik ist der Schutz der Menschenrechte im digitalen Zeitalter. Innerhalb der Vereinten Nationen unterstützt die Bundesregierung aktiv die Arbeit des VN-Menschenrechtsrats und engagiert sich

für eine weitere Stärkung des Hochkommissariats für Menschenrechte.

ENGAGEMENT IM EUROPARAT

Deutschland ist eines der aktivsten Länder im Europarat, der sich für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in ganz Europa einsetzt. Der Rat hat 46 Mitgliedsstaaten, darunter die 27 Staaten der Europäischen Union. Mit wegweisenden Übereinkommen, wie vor allem der Europäischen Menschenrechtskonvention, trägt der Europarat zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums bei und überwacht die Einhaltung von verbindlichen gemeinsamen Standards und Werten auf dem europäischen Kontinent. Eine zentrale Institution des Europarats zur



Durchsetzung dieser Rechte in Europa ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im französischen Straßburg. Alle Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten können sich bei Verletzungen ihrer durch die Menschenrechtskonvention geschützten Rechte an den EGMR wenden. Deutschland tritt nachdrücklich dafür ein, dass alle Vertragsstaaten die Entscheidungen des Gerichtshofs umsetzen. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag in den Niederlanden ist zuständig für die völkerstrafrechtliche Ahndung schwerer internationaler Verbrechen, wie Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord. Deutschland spricht sich für eine universelle Anerkennung des IStGH aus.

MENSCHENRECHTSPOLITIK UND HUMANITÄRE HILFE

Im Auswärtigen Amt besteht seit 1998 das Amt des oder der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe. Die Beauftragten sind zentrale Ansprechpartner für den Menschenrechtsschutz, engagieren sich auf internationaler Ebene in den Gremien der EU, der OSZE,

des Europarats oder der Vereinten Nationen, nehmen aber auch eine wichtige Position bei der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Menschenrechtspolitik ein. Sie fungieren intern als unabhängige Berater und Beraterinnen und begleiten relevante Prozesse innerhalb der gesamten Bundesregierung.

Parlamentarisch begleitet und kontrolliert wird die deutsche Menschenrechtspolitik ebenfalls seit 1998 durch den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags. Als staatlich finanzierte, aber unabhängige Instanz wurde 2001 zudem das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin gegründet. Es soll als nationale Menschenrechtsinstitution im Sinne der Pariser Prinzi-

Lebensmittelversorgung in Mosambik:
Hilfsorganisationen engagieren sich weltweit.

„Die Menschen weltweit zählen in ihrer größten Not auf unsere Hilfe – und es ist unsere Verantwortung als Weltgemeinschaft, sie nicht im Stich zu lassen.“

Außenministerin Annalena Baerbock

pien der VN zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte durch Deutschland im In- und Ausland beitragen.

HUMANITÄRE HILFE FÜR MENSCHEN IN AKUTER NOT

Die Bundesregierung unterstützt mit ihrer humanitären Hilfe weltweit Menschen, die durch Naturkatastrophen, kriegsrische Auseinandersetzungen oder andere Krisen und Konflikte in akute Not geraten sind oder bei denen ein entsprechendes konkretes Risiko besteht. Dabei kommt es nicht auf die Ursachen der Notlage an. Humanitäre Hilfe ist Ausdruck ethischer Verantwortung und der Solidarität mit Menschen in Not. Sie orientiert sich am Bedarf der Notleidenden und basiert auf den humanitären Prinzipien der Menschlichkeit,

Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Deutschland übernimmt weltweit Verantwortung für Menschen in Not und setzt sich aktiv für die Stärkung und Weiterentwicklung des internationalen humanitären Systems ein. Konkret zeigt sich dies auch im finanziellen Engagement Deutschlands: Die Bundesrepublik ist weltweit der zweitgrößte Geberstaat für humanitäre Hilfe. Von 2018 bis 2021 erhöhte die Bundesregierung die Mittel um rund 70 Prozent auf 2,57 Milliarden Euro. Sie reagierte damit auf einen weltweit steigenden Bedarf. Gründe dafür waren bewaffnete Konflikte, der Klimawandel und vor allem im Jahr 2020 die Corona-Pandemie. Die Bundesregierung macht sich auch international für mehr Engagement der Weltgemeinschaft stark.

Grundlage der humanitären Hilfe bildet die im April 2019 veröffentlichte „Strategie des Auswärtigen Amts zur humanitären Hilfe im Ausland“. Wichtige Partner sind die VN-Organisationen, die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sowie weitere Nichtregierungsorganisationen. |



Wasserversorgung ist zentral für humanitäre Hilfe.



Beratung auf einem Baumwollfeld in Indien

Nachhaltige Entwicklung fördern

Die deutsche Entwicklungspolitik als Baustein einer globalen Struktur- und Friedenspolitik trägt dazu bei, die Lebensbedingungen in den Partnerländern zu verbessern. Ziel ist es, den Hunger und die Armut weltweit zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Richtschnur der Entwicklungspolitik ist die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde. Kern sind die

17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals/SDGs) für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Die SDGs reichen von der Beseitigung des Hungers über gleichberechtigten Bildungszugang für alle über Geschlechtergleichheit bis zu Maßnahmen für den Klimaschutz und zur Friedensförderung.

Die Bundesregierung ist bei der Umsetzung der Entwicklungsagenda ein starker und verlässlicher Partner. Als zweitgrößter



ERSTES LAND EUROPAS MIT EINEM ENTWICKLUNGSMINISTERIUM

Deutschland, das nach dem Zweiten Weltkrieg selbst durch den Marshall-Plan der USA Unterstützung in Milliardenhöhe erhielt, setzt schon seit Jahrzehnten auf eine aktive Entwicklungspolitik und richtete 1961 als erstes Land Europas ein Entwicklungsministerium ein. Die deutsche Politik setzt auf Förderung der Selbsthilfe und eine breite Zusammenarbeit nicht nur mit Regierungen, sondern auch mit Bürgerinnen und Bürgern, der Privatwirtschaft sowie staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) versteht sich als Transformationsministerium, das weltweit den Umbau hin zu einer nachhaltigen, klima- und naturverträglichen Wirtschaftsweise voranbringt und zugleich Frieden, Freiheit und Menschenrechte stärkt. Wichtige Aufgaben der deutschen Entwicklungspolitik sind die Bekämpfung von Hunger und Armut, der Schutz des Klimas und der Artenvielfalt, Gesundheit und Bildung, Geschlechtergleichstellung, faire Lieferketten, die Nutzung der Digitalisierung und des Technologietransfers sowie die Stärkung von Privatinvestitionen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung weltweit.

Geber für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit übernimmt Deutschland Verantwortung als aktiver Gestalter globaler Partnerschaften. Deutschland erreichte wiederholt das Ziel der Vereinten Nationen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Projekte in den Partnerländern werden von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH sowie der KfW Bankengruppe und von anderen Organisationen betreut.

WELTWEITER EINSATZ FÜR ERNÄHRUNGSSICHERUNG

Eine zentrale Herausforderung bleibt der weltweite Kampf gegen den Hunger. Das BMZ investiert jährlich rund zwei Milliarden Euro in die weltweite Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Afrika. Deutschland ist zudem das zweitgrößte Geberland des Welt-ernährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP, World Food Programme).

Klima und Umwelt

VORREITER IN DER KLIMAPOLITIK

Deutschland will im Klimaschutz auf nationaler und internationaler Ebene Zeichen setzen. Umwelt- und Naturschutz nehmen bereits seit Jahren einen hohen Stellenwert ein. Ein Überblick.

GENERATIONENPROJEKT ENERGIEWENDE

Der komplette Abschied von Öl, Gas und Kohle gehört zu den zentralen Vorhaben der deutschen Politik. Dafür werden die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut.

INTERNATIONALE KLIMAKOOPERATIONEN

Ob auf Weltklimakonferenzen oder in bilateralen Abkommen: Deutschland engagiert sich auf internationaler Ebene für den Klimaschutz und steht dabei besonders zu seiner Verantwortung gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern.

MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Vom Ausbau der Elektromobilität bis zur Stärkung des Bahnverkehrs: Deutschland setzt auf nachhaltige und innovative Mobilitätsangebote.

LEBENSWICHTIGE VIELFALT

Deutschland setzt sich im eigenen Land und weltweit für den Schutz der biologischen Vielfalt ein.



Aus erneuerbaren Energien
sollen bis 2030 rund

80 %

des Strombedarfs stammen.

**RUND
48.000
TIERARTEN**

leben in
Deutschland.

KLIMA UND UMWELT

7 Tatsachen

Mindestens
**15 MIO.
ELEKTRO-
AUTOS**
soll es bis 2030 in
Deutschland geben.

Umweltschutz
ist seit

1994

als Staatsziel im
Grundgesetz
verankert.

Die Natur kann sich in

16 NATIONALPARKS

ungestört entwickeln.

Deutschland
trägt mit mehr als

**5
MILLIARDEN
EURO**

pro Jahr zur
internationalen
Klimafinanzierung bei.

**DAS
1,5-GRAD-ZIEL**

des Pariser
Klimaschutz-
abkommens hat
oberste Priorität
für die deutsche
Klimaschutzpolitik.

Vorreiter in der Klimapolitik

Deutschland räumt dem Klimaschutz oberste Priorität ein. National und international ist dabei der Ausbau der erneuerbaren Energien ein zentrales Ziel.

Deutschland will bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland sein. Damit gehört die Bundesrepublik international zu den Vorreitern im Kampf gegen die Klimakrise. Der Schlüssel für einen Erfolg ist die angestrebte Energiewende, also der schnelle Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien. Bereits beschlossen hat Deutschland den Ausstieg aus der Atomenergie und aus der Kohleverstromung. Anfang 2022 intensivierte die Bundesregierung die Maßnahmen für die Energiewende weiter, um auch möglichst schnell unabhängig von fossilen Energieimporten zu werden.

Richtschnur für die deutsche Klimaschutzpolitik sind die Klimarahmenkonvention UNFCCC, das Übereinkommen von Paris aus 2015, aber auch die Agenda 2030



Landwirtschaft und Natur im Einklang

und der Grundsatz der Klimagerechtigkeit. Mit dem Übereinkommen von Paris setzte sich die Staatengemeinschaft das Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad zu beschränken. Die Bundesregierung schreibt diesem Klimaschutzziel „oberste Priorität“ zu. Dafür will sie die soziale Marktwirtschaft zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft umbauen. Darüber hinaus nimmt der Umwelt- und Naturschutz in Deutschland schon seit Jahrzehnten einen hohen Stellenwert ein. Insbesondere der Kampf gegen das Artensterben steht ganz oben auf der Agenda der Regierung.

KLARE ZIELE IM DEUTSCHEN KLIMASCHUTZGESETZ

Seit Mai 2021 sind eindeutige Vorgaben zum Klimaschutz in einem Gesetz verankert. Dieses sieht vor, dass Deutschland den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 senkt. Bis 2040 sollen es 88 Prozent sein, 2045 soll Deutschland schließlich Treibhausgasneutralität erreichen. Das bedeutet: Es besteht ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und deren Abbau.

Seit 1990 konnten die Treibhausgasemissionen in Deutschland schon deutlich verringert werden. Die Emissionen sanken bis 2021 um fast 40 Prozent auf

762 Millionen Tonnen. Bis 2030 muss der Wert mindestens auf 438 Millionen Tonnen fallen.

WEICHEN FÜR ENERGIEWENDE GESTELLT

Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, das die Bundesregierung in den 2020er-Jahren entscheidend voranbringen will. Bis 2030 sollen 80 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien wie Wind- oder Solarenergie stammen. Der ursprünglich bis 2038 vorgesehene Kohleausstieg soll ebenfalls bereits in diesem Jahrzehnt gelingen. Die Kohleverstromung gilt als einer der größten Verursacher klimaschädlicher CO₂-Emissionen. Schon Ende 2011 beschloss Deutschland, schrittweise aus der Atomenergie auszuweisen. Die letzten Atomkraftwerke sollen spätestens 2023 endgültig vom Netz gehen.

Auch aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen soll die Energiewende so rasch wie möglich umgesetzt werden. Die Bundesregierung will den Umbau der Energieversorgung unter anderem durch

schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren etwa für Windkraft- oder Solarenergieanlagen unterstützen. Deutschland investiert zugleich bis 2026 insgesamt mehr als 200 Milliarden Euro in den Klimaschutz.

VERLÄSSLICHER PARTNER IN DER KLIMAPOLITIK

Deutschland setzt stark auf weltweite Zusammenarbeit beim Klimaschutz. Denn die angestrebte Begrenzung des Temperaturanstiegs kann die Staatengemeinschaft nur mit vereinten Kräften erreichen. Ein zentraler Baustein ist dabei der „Green Deal“ der Europäischen Union. Damit will Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Deutschland unterstützt dafür unter anderem eine Reform des EU-Emissionshandels und einen steigenden CO₂-Preis, der Anreize für mehr Klimaschutz geben soll.

Die Bundesregierung will zugleich über Europa hinaus weitere Klimapartnerschaften mit anderen Ländern schließen, insbesondere mit wichtigen Schwellenländern. Diese dienen beispielsweise dazu, andere Staaten beim Ausstieg aus der Kohleverstromung zu unterstützen. Im Auswärtigen Amt wurde nach der Bundestagswahl 2021 die Klimaaußenpolitik neu verankert. Außenministerin Annalena Baerbock beschreibt deren grund-

INSEKTENSCHUTZ

Fast drei Viertel aller Tierarten in Deutschland sind Insekten. Sie sind für das Ökosystem unverzichtbar. Sie sorgen für die Bestäubung und Vermehrung von Pflanzen, für Nährstoffkreisläufe, den Abbau organischer Masse, biologische Schädlingskontrolle, Gewässerreinigung und den Erhalt fruchtbarer Böden. Es gibt aber immer weniger Insekten, das sogenannte Insektensterben betrifft sowohl die Gesamtmenge wie auch die Artenvielfalt. Das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ des Bundesumweltministeriums soll diese Entwicklung stoppen.

sätzliches Ziel so: „Alle Werkzeuge in die Hand zu nehmen für mehr Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung für alle Länder auf dieser Erde.“ In der Klimakrise sieht sie zudem die „sicherheitspolitische Frage unserer Zeit“. Klimaaußenpolitik sei deshalb integraler Bestandteil einer Sicherheitsstrategie: „Jede Tonne weniger CO₂, jedes Zehntelgrad weniger an Erderwärmung ist ein Beitrag zur menschlichen Sicherheit.“

UMWELTSCHUTZ ALS STAATSZIEL


Deutschland setzt sich zudem national und international für Naturschutz und biologische Vielfalt

ein. Der Naturschutz ist schon seit 1994 als Staatsziel im Grundgesetz, der deutschen Verfassung, verankert. Den Erhalt der Biodiversität – also die Vielfalt an Genen, Arten und Lebensräumen – will die Bundesregierung beispielsweise mit einem „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ stärken. Für das Programm, mit dessen Hilfe natürliche Ökosysteme wie Wälder, Auen oder Moore geschützt oder wiederhergestellt werden sollen, stehen bis 2026 insgesamt vier Milliarden Euro zur Verfügung.

Aktiv setzt sich Deutschland auch für den Artenschutz ein, etwa im Rahmen des Washingtoner Artenschutzabkommens. Dieses Übereinkommen schützt gefährdete Tier- und Pflanzenarten vor übermäßiger Ausbeutung durch internationalen Handel. Weltweit sind mehr als eine Million Arten vom Aussterben bedroht, viele davon bereits in den kommenden Jahrzehnten.



Das UNESCO-Biosphärenreservat Spreewald bei Berlin hilft der Natur und erholungssuchenden Menschen.

A photograph showing a large array of dark solar panels mounted on a structure. In the foreground, there are several tall, thin plants with clusters of small purple flowers, which are slightly out of focus. The sky is blue with some light clouds.

PHOTOVOLTAIK

2,2 Millionen

Solaranlagen gab es im März 2022 in Deutschland. Die große Mehrzahl steht auf den Dächern von Privathäusern. Jedes zehnte Haus in Deutschland hatte eine eigene Photovoltaikanlage. Sie lieferten fast 10 Prozent des in Deutschland produzierten Stroms.

Generationenprojekt Energiewende

Die Energiewende wird in Deutschland mit hoher Priorität vorangetrieben. Im Zentrum stehen dabei die Steigerung der Energieeffizienz und der möglichst schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien.

Statt aus Öl, Kohle, Gas oder Atomkraft soll der Strom in Deutschland künftig vorwiegend aus Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse stammen. Schon im Jahr 2030 sollen mindestens 80 Prozent des deutschen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Diese grundlegende Umstellung der Energieversorgung ist zentrale Voraussetzung dafür, Deutschland bis 2045 zu einem klimaneutralen Industrieland zu entwickeln. Eine zusätzliche Herausforderung liegt dabei darin, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien auch den erwarteten Anstieg des Strombedarfs, etwa durch eine höhere Elektromobilität, abdecken muss.

Zugleich will Deutschland aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen möglichst schnell unabhängig von Erdöl- und Erdgasimporten werden. Als rohstoffarmes Land musste die Bundesrepublik fossile Energieträger zu großen Teilen aus anderen Ländern importieren. Der rasche Umstieg auf erneuerbare Energien dient deshalb auch dazu, die damit einhergehenden Abhängigkeiten zu verringern und letztlich komplett abzubauen. Das Generationenprojekt Energiewende soll künftig eine saubere, bezahlbare und sichere Energieversorgung garantieren.

ABSCHIED VON KOHLE- UND ATOMENERGIE BESCHLOSSEN

Deutschland hat früh den Ausstieg sowohl aus der Atomkraft als auch aus der Kohleverstromung eingeleitet. Schon im Jahr 2000 vereinbarte die damalige Bundesregierung mit den deutschen Energieunternehmen einen Atomausstieg. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima 2011 wurde das reguläre Ende der Atomkraft für Ende 2022 festgelegt. Die letzten Kraftwerke sollen nun spätestens 2023 vom Netz gehen.

Ein im Jahr 2020 beschlossenes Gesetz legt zudem fest, dass Deutschland spätestens 2038 aus der Kohleverstromung aussteigt. Die betroffenen Kohleregionen in Deutschland erhalten Hilfen für den notwendigen Strukturwandel. Die seit Ende 2021 amtierende Bundesregierung strebt an, den Kohleausstieg idealerweise schon bis 2030 abzuschließen.

FRÜHE WEICHENSTELLUNGEN BEI ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die Förderung der regenerativen Energien begann in Deutschland schon in den 1990er-Jahren; im Jahr 2000 wurde sie dann mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fest verankert. Bestandteil

war auch die sogenannte EEG-Umlage, mit der die erhöhten Kosten des Ökostromausbaus anteilig auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt wurden. Die Bundesregierung schaffte die Umlage 2022 ab, um die Stromkunden bei den stark steigenden Energiekosten zu entlasten.

Auch dank staatlicher Förderung stammt heute schon ein großer Teil des Stroms aus erneuerbaren Energien. Im ersten Halbjahr 2022 lag der Anteil bei rund 49 Prozent. Die Bundesregierung will den Ausbau in den 2020er-Jahren massiv beschleunigen. Das bedeutet konkret: Es entstehen neue Windkraftanlagen an Land und vor allem auch auf See. Alle geeigneten Dachflächen sollen für die Solarenergie genutzt werden, geplant sind zudem mehr Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen.

Die Energiewende erfordert jedoch nicht nur neue Anlagen, sondern auch ein passendes Stromnetz. So sind mehrere hundert Kilometer lange Stromtrassen notwendig, um den vor allem im Norden gewonnenen Strom aus Windkraft in den Süden Deutschlands zu transportieren, wo große Industriebetriebe angesiedelt sind. Das Bundesministerium für Wirtschaft- und Klimaschutz schreibt dem Ausbau der überregionalen Netze und auch der lokalen Verteilernetze eine „zentrale Bedeutung für eine erfolgreiche Energiewende“ zu.

GRÜNER WASSERSTOFF ALS ZENTRALER BESTANDTEIL DER ENERGIEWENDE

Als unverzichtbar für eine erfolgreiche Energiewende gilt der Einsatz von grünem Wasserstoff, der mithilfe von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird. Wichtig ist dies vor allem für eine nachhaltige Industrie: So kann grüner Wasserstoff in Bereichen eingesetzt werden, in denen eine Elektrifizierung absehbar nicht möglich oder schwierig ist, beispielsweise in der Stahl- und in der Chemieindustrie, außerdem im Flug- oder Schiffsverkehr.

Deutschland setzt bei seiner Wasserstoffstrategie stark auf internationale Zusammenarbeit, weil signifikante Mengen importiert werden müssen. Denn grüner Wasserstoff wird am besten dort produziert, wo für die Herstellung genügend erneuerbare Energie aus Sonne oder Wind zur Verfügung steht. Die Bundesregierung baut deshalb beispielsweise auf strategische Partnerschaften, etwa mit Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens (MENA-Region), in Süd- und Westafrika sowie mit Australien. Zugleich fördert Deutschland die Forschung und Entwicklung im Bereich grüner Wasserstoff, um mit modernen und zukunftsweisenden Klimaschutztechnologien zum internationalen Vorreiter zu werden.

ENERGIE EFFIZIENTER NUTZEN

Deutschlands Energie soll aber nicht nur grüner produziert, sondern auch effizienter und sparsamer genutzt werden. Denn es gilt das Motto: „Die sauberste und günstigste Energie ist die, die gar nicht erst verbraucht wird.“ Der Primärenergieverbrauch ging schon deutlich zurück: Im Jahr 2020 lag der Rückgang im Vergleich zum Jahr 2008 bei gut 17 Prozent, bis 2050 soll der Verbrauch um 50 Prozent sinken.

Deutliches Einsparpotenzial besteht im Gebäudebereich. Denn dort werden rund 35 Prozent der



Die größten Windparks in Deutschland stehen in der Nordsee.

gesamten Endenergie verbraucht, etwa durch Heizungen und Warmwasser. Deutschland unterstützt Bürgerinnen und Bürger mit staatlicher Förderung bei der energetischen Gebäudesanierung. Seit dem Jahr 2000 nahmen bereits mehr als fünf Millionen Eigentümerinnen und Eigentümer eine solche Sanierung vor, indem sie etwa eine alte Heizungsanlage austauschten oder energiesparende Fenster einbauten.

Auch die Digitalisierung trägt zu einer erfolgreichen Energiewende

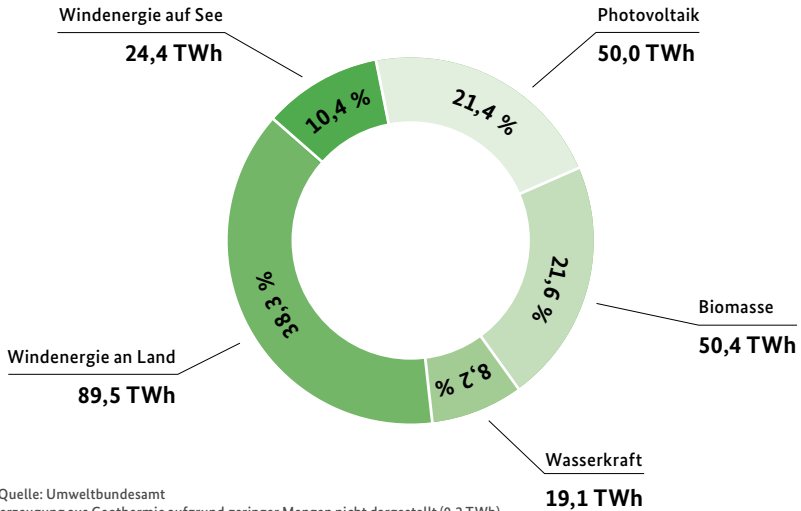
bei, etwa durch die Einführung von intelligenten Messsystemen. Sogenannte Smart Meter lösen zunehmend die analogen Stromzähler ab. Ein Vorteil: Der Zähler zeigt den tatsächlichen Stromverbrauch und auch die tatsächliche Nutzungszeit an. So können Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel besser erkennen, wie sie am besten Strom einsparen können.

Intelligente Messsysteme helfen zudem dabei, im Netz Erzeugung und Verbrauch von Strom richtig aufeinander abzustimmen. Sie tragen zum Beispiel mit dazu bei, dass genügend Strom fließt, wenn künftig immer mehr Bürgerinnen und Bürger am Abend und in der Nacht ihre Elektroautos gleichzeitig an der Steckdose laden. **I**

Zahlen und Fakten zur Energiewende

STROM AUS SONNE, WIND UND WASSER

Große Mengen der Bruttostromerzeugung stammen aus Photovoltaik, Windenergie oder auch Wasserkraft.



2021. Quelle: Umweltbundesamt
Stromerzeugung aus Geothermie aufgrund geringer Mengen nicht dargestellt (0,2 TWh)

WINDENERGIE



28.000

Onshore-Windenergieanlagen standen 2021 in Deutschland.

SOLARENERGIE



4,7 Millionen

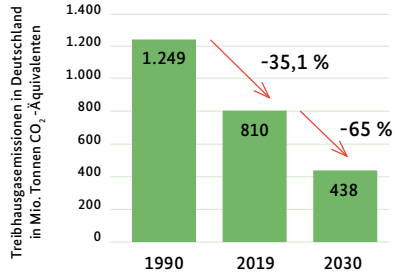
Anlagen für Solarstrom und Solarwärme gab es 2021 in Deutschland.

„Wir haben uns verpflichtet: Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Damit liegt vor uns die größte Transformation unserer Industrie und Ökonomie seit mindestens 100 Jahren.“

BUNDESKANZLER
OLAF SCHOLZ

KLARE KLIMASCHUTZZIELE

Deutschland will bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland werden.

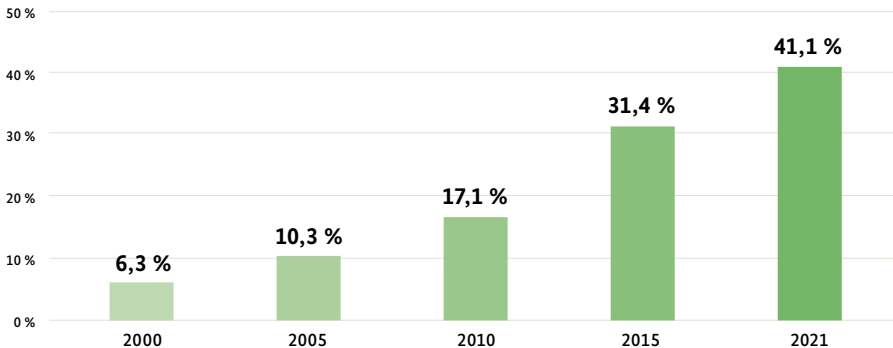


Bis 2030 will Deutschland seinen Ausstoß von Treibhausgasen um 65 Prozent gegenüber 1990 senken.

Bis 2040 sind mindestens 88 Prozent Reduktion angestrebt, bis 2045 soll Treibhausgasneutralität erreicht werden.

AUSBAU ERNEUERBARER ENERGIEN

Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil am Bruttostromverbrauch deutlich gestiegen.



Quelle: Umweltbundesamt

Internationale Klimakooperationen

Die Klimakrise erfordert weltweite Zusammenarbeit, weil kein Staat und keine Region dieser globalen Herausforderung allein begegnen kann. Deutschland engagiert sich schon seit Jahrzehnten auch auf internationaler Ebene für den Klimaschutz. Um die Anstrengungen zu verstärken, hat das Auswärtige Amt die Zuständigkeit für die internationale Politik übernommen und sich zum Ziel gesetzt, die internationale Klimakooperation als Querschnittsaufgabe zu verankern.

IMPULSGEBER BEI WELTKLIMAKONFERENZEN

Ein zentraler Hebel in der internationalen Klimapolitik sind die Weltklimakonferenzen (COP) unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC). Deutschland war bereits Impulsgeber beim Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro und für das Kyoto-Protokoll 1997. Ein großer Durchbruch gelang mit dem Pariser Klima-

abkommen 2015, in dem sich erstmals alle Staaten völkerrechtlich dazu verpflichteten, nationale Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contribution, NDC) zu erarbeiten und umzusetzen. Die Weltgemeinschaft setzte sich außerdem zum Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Deutschland will mit einer aktiven Klimaaußenpolitik dazu beitragen, die Ziele des Abkommens umzusetzen. Dafür setzt sich die Bundesregierung etwa im Rahmen des Petersberger Klimadialogs ein, zu dem jährlich hochrangige Staatenvertreter und -vertreterinnen aus aller Welt in Deutschland zusammenkommen, um die Weichen für erfolgreiche Verhandlungen bei den Weltklimakonferenzen

WEGMARKEN

1971

Umweltpolitik rückt in den Fokus. Die Bundesregierung verabschiedet das erste Umweltprogramm. 1986 wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegründet.

1994

Umweltschutz wird als Staatsziel im Grundgesetz verankert. In Artikel 20a heißt es: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere.“

1995

Drei Jahre nach dem wegweisenden Erdgipfel in Rio de Janeiro findet die erste UN-Klimakonferenz (COP1) in Berlin statt. Deutschland gehört seit den Anfängen zu den Impulsgebern bei den Weltklimakonferenzen.

zu stellen. Die Bundesregierung unterstützt auch aktiv die Arbeit des Weltklimarates (IPCC), dessen Berichte den weltweit aktuellen Stand der Klimaforschung zusammenfassen sowie bewerten und somit eine wichtige Basis für eine wissenschaftsbasierte Klimapolitik darstellen.

UNTERSTÜTZUNG VON ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Deutschland steht zu seiner Verantwortung, Entwicklungsländer bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen. Die Industriestaaten haben sich verpflichtet, dafür insgesamt jährlich 100 Milliarden Dollar ab 2020 zu mobilisieren. Deutschland steuerte 2020 etwa fünf Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln bei, bis spätestens 2025 soll der Beitrag auf sechs Milliarden Euro steigen. Insgesamt

summierten sich die öffentlichen Beiträge, miteingerechnet zum Beispiel Entwicklungs- und Förderkredite, 2020 sogar auf knapp acht Milliarden Euro.

Deutschland treibt zudem aktiv Klimakooperationen mit anderen Ländern voran und unterstützt zum Beispiel Staaten im Rahmen der 2016 gegründeten NDC-Partnerschaft dabei, ihre nationalen Klimaschutzziele zu erreichen.

Deutschland nutzte auch seine G7-Präsidentschaft im Jahr 2022 dafür, sich für internationale Zusammenarbeit beim Klimaschutz einzusetzen. Auf deutsche Initiative verständigten sich die G7-Staaten auf die Gründung eines Klimaclubs, der grundsätzlich allen Ländern offenstehen soll. Darüber hinaus bekannten sich die G7 dazu, mit Indien, Indonesien, Vietnam und dem Senegal Energiewendepartnerschaften voranzutreiben, die sogenannten Just Energy Transition Partnerships (JETP). Diese Partnerschaften mit klimapolitischen Schlüsseländern im globalen Süden stellen einen wichtigen Hebel zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens dar. Eine solche Partnerschaft hat Deutschland zusammen mit anderen Staaten bereits mit Südafrika. **I**

2000

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz tritt in Kraft. Darin wird unter anderem der Vorrang für Strom aus erneuerbaren Energien bei Einspeisung und Netzanschluss gesetzlich verankert. Das EEG wird zum Meilenstein.

2011

Nach dem Reaktorunfall von Fukushima in Japan wird ein beschleunigter Atomausstieg beschlossen. Das reguläre Ende aller Atomkraftwerke wird für Ende 2022 festgeschrieben. Spätestens 2023 sollen die letzten Kraftwerke vom Netz gehen.

2021

In einem neuen Klimaschutzgesetz schreibt die Bundesregierung fest, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral werden soll. Mit ambitionierten Vorgaben bis 2030 will die Bundesrepublik auch international ein Zeichen setzen.



Mobilität der Zukunft

Der Umbau des Mobilitätsystems gehört zu den zentralen Voraussetzungen, um die Klimaschutzziele in Deutschland und weltweit zu erreichen. Die klimaschädlichen Emissionen im Verkehrssektor müssen dafür noch in den 2020er-Jahren deutlich sinken. Die Bundesregierung will Deutschland deshalb zum Leitmarkt für Elektromobilität machen, aber auch die Arbeit an alternativen Kraftstoffen fördern sowie Bahn- und Radverkehr massiv ausbauen. Das langfristige Ziel ist die vollständige Dekarbonisierung des Mobilitätsbereiches.

Die deutsche Regierung hat sich dafür unter anderem vorgenommen, die Zahl der vollelektrischen Autos bis 2030 auf mindestens 15 Millionen zu erhö-

hen. Die Bundesregierung fördert dazu auch mit einem Umweltbonus den Kauf von batteriebetriebenen Elektroautos. Parallel dazu wird die Ladesäuleninfrastruktur ausgebaut. Auch die deutsche Autoindustrie treibt den Wandel voran. Bis 2025 werden die im Verband der Automobilindustrie (VDA) organisierten Hersteller und Zulieferer nach Verbandsangaben 150 Milliarden Euro in Elektromobilität, neue Antriebe und Digitalisierung investieren. Die deutschen Hersteller bieten schon mehr als 80 verschiedene E-Modelle an.

FÖRDERUNG DER BATTERIEZELLFERTIGUNG

Als Schlüsselindustrie für die Elektromobilität gilt die Batterie-zellfertigung, weil nur leistungs-

Wasserstoffbetriebene Züge lösen Diesel-lokomotiven ab.

Die Bundesregierung will Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität machen. Das langfristige Ziel ist die vollständige Dekarbonisierung des gesamten Mobilitätsbereiches.

fähige Batterien lange Reichweiten und schnelles Aufladen von E-Autos ermöglichen. Die Bundesregierung will Deutschland zu einem „Zentrum für Forschung, Fertigung und Recycling von Batteriezellen“ machen. Bei der Förderung der Batteriezellfertigung arbeitet Deutschland eng mit anderen EU-Staaten im Rahmen von sogenannten „Wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“ (IPCEI) zusammen, an denen auch zahlreiche deutsche Unternehmen beteiligt sind. Allein durch die IPCEI-Projekte werden bis 2030 mehr als 13 Milliarden Euro in Deutschland investiert, rund drei Milliarden Euro sind im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz für den Aufbau der Batteriezellproduktion bis 2031 eingeplant.

NATIONALE WASSERSTOFFSTRATEGIE

Bei der Energiewende und damit auch als wichtiger Baustein für eine nachhaltige Mobilität spielt Wasserstoff eine Schlüsselrolle. Grüner Wasserstoff ist ein vielfältig einsetzbarer Energieträger und wird als „Erdöl von morgen“ bezeichnet. Er kann etwa im Schwerlast-, Luft- und Seeschiffverkehr genutzt werden, weil in diesen Bereichen ein batterieelektrischer Antrieb oft nicht geeignet ist. Die Bundesregierung verabschiedete schon 2020 eine nationale Wasserstoffstrategie, um unter anderem die Forschung in diesem Bereich zu unterstützen. Zudem baut Deutschland strategische Wasserstoff-Partnerschaften in Europa und weltweit auf.

AUSBAU DES RAD- UND BAHNVERKEHRS

Einen wichtigen Beitrag zur Mobilität von morgen soll auch die Bahn leisten. Die Bundesregierung hat sich unter anderem vorgenommen, den Schienengüterverkehr bis 2030 auf 25 Prozent zu steigern und die Verkehrsleistung im Personenverkehr zu verdoppeln. Auch der Radverkehr wird gestärkt, dazu soll unter anderem das Radwegenetz ausgebaut und modernisiert werden.



Immer mehr Fahrzeuge tanken Strom.

Lebenswichtige Vielfalt

Deutschland ist ein Land mit großer biologischer Vielfalt. Rund 48.000 Tierarten sowie 9.500 Pflanzen- und mehr als 14.000 Pilzarten sind hier heimisch. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein offizielles Staatsziel, es wurde 1994 im Grundgesetz verankert. Jeweils 16 Nationalparks und UNESCO-Biosphärenreservate mit ganz unterschiedlichem Charakter zwischen Nordsee und Alpen schützen Umwelt und Natur. Dazu kommen Tausende Naturschutzgebiete.

Deutschland ist auch Vertragsstaat der wichtigsten internationalen Abkommen zur Biodiversität und an

zahlreichen zwischenstaatlichen Abkommen und Programmen beteiligt, die Naturschutz zum Ziel haben. Mit der Ratifikation der Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen haben sich die Regierungen von 196 Ländern verpflichtet, die Vielfalt des Lebens auf der Erde zu schützen. Deutschland beschloss erstmals 2007 eine „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“. Die Bundesregierung betrachtet den Erhalt der Artenvielfalt als „eine Menschheitsaufgabe und eine ethische Verpflichtung“ und unterstützt aktiv die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie, die unter anderem den gesetzlichen Schutz von mindestens 30 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meeresgebiete der EU vorsieht.

NATIONALPARK WATTENMEER

Die deutsche, dänische und niederländische Nordseeküste ist ein einzigartiges Biotop, Wattenmeer genannt. Bei Ebbe bilden sich hier riesige Schlickflächen, die Hunderttausenden Zugvögeln Nahrung bieten. Das UNESCO-Welterbe der Menschheit beherbergt allein auf deutschem Gebiet drei Nationalparks und drei Biosphärenreservate. Hinzu kommen ein dänischer und ein niederländischer Nationalpark. So werden die drei Länder gemeinsam ihrer Aufgabe gerecht, diese einzigartige Naturlandschaft zwischen Meer und Land für alle Menschen zu erhalten.

LEBENSÄUERE FÜR NATUR UND TIERE BEWAHREN

Von den einheimischen Tierarten in Deutschland sind 35 Prozent bestandsgefährdet, von den Pflanzenarten sind es 26 Prozent. Zu den Gegenmaßnahmen zählt etwa, die Zerstörung von Lebensräumen durch Siedlungs- und Straßenbau und Schadstoffeinträge unter anderem aus der Intensivlandwirtschaft und Überdüngung zu vermindern. Der Flächenverbrauch für Siedlungsbau und neue Verkehrswege soll bis 2030 auf weniger als 30 Hektar pro Tag sinken. Angestrebt wird zudem, auf zwei

Prozent des Bundesgebietes „Wildnis“ zuzulassen und fünf Prozent der Wälder einer natürlichen Entwicklung zu überlassen.

SCHUTZ DER MEERE VERBESSERN

Mit einer „Nationalen Meeresstrategie“ will die Bundesregierung den Meeresschutz stärken. Meere sind reich an biologischer Vielfalt, liefern Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel, doch durch Verschmutzung und Plastikmüll sind sie weltweit gefährdet. Für einen effektiven Meeresschutz sollen bestimmte Zonen in der deutschen Nord- und Ostsee be-

sonders geschützt werden. Als großen Erfolg wertete die deutsche Regierung 2022 auch den Beschluss der UN-Umweltversammlung UNEA, bis 2024 ein rechtlich bindendes Abkommen zu schließen, das den umweltgerechten Umgang mit Plastik von der Herstellung über den Gebrauch bis hin zu Wiederverwertung oder Entsorgung im Müll regelt.

Unverzichtbar für die Ökosysteme sind Insekten, allerdings sind deren Zahl und auch die Vielfalt jahrelang dramatisch zurückgegangen. Im Kampf gegen das Insektensterben wurde 2021 ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen. Dadurch werden unter anderem Biotope wie Streuobstwiesen als Lebensraum für Insekten besser geschützt. Zudem soll der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft verringert werden, das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat soll ab Ende 2023 verboten werden. |



Forschung gestaltet Zukunft: Wie kommen Wälder mit zunehmender Trockenheit zurecht?

Wirtschaft und Digitalisierung

INNOVATIVE WIRTSCHAFT

Deutschland gehört weltweit zu den stärksten Wirtschaftsnationen. Diese Stärke fußt insbesondere auf Innovationsfreude, Exportorientierung und einem starken Mittelstand. Die Bundesregierung setzt auf das Leitbild einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Ein Überblick.

GLOBALER AKTEUR

Deutschland ist besonders stark im Export. Durch zahlreiche Abkommen sichert das Land die stabilen Handelsbeziehungen mit seinen Partnern. Gleichzeitig achtet es auf Einhaltung der Menschenrechte und fördert die Demokratie weltweit.

MITTELSTAND UND INDUSTRIE 4.0

Der Mittelstand mit zahlreichen „Hidden Champions“ bildet das Herzstück der deutschen Wirtschaft. Aber auch große Konzerne mit weltweitem Ruf bestimmen das Bild. Der starke industrielle Sektor ist auf dem Weg in die Zukunft.

ATTRAKTIVER ARBEITSMARKT

Der deutsche Arbeitsmarkt ist stabil und bietet internationalen Fachkräften sehr gute Karrierechancen. Jobsuche, Einreise und Aufenthalt in Deutschland werden durch viele neue Gesetze und Maßnahmen immer attraktiver.



Das Bruttoinlandsprodukt
in Deutschland betrug 2021 rund

**3,6 BILLIONEN
EURO.**

324

**AUSBILDUNGS-
BERUFE**

stehen zur Auswahl.

WIRTSCHAFT UND DIGITALISIERUNG

7 Tatsachen

Rund

99 %

der deutschen
Unternehmen gehören
dem Mittelstand an.

Mit rund

26.000

**ANGEMELDETEN
PATENTEN**

war Deutschland
2021 Europameister
im Erfinden.

Deutschland ist die

**VIERTGRÖSSTE
VOLKSWIRTSCHAFT**

der Welt nach den
USA, China und Japan.

Rund

45 MIO.
MENSCHEN

sind erwerbstätig.

Deutschland
gehört zu den

TOP DREI

der Exportnationen
weltweit.

Innovative Wirtschaft

Deutschland ist die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, sie zeichnet sich durch Innovationsstärke, Exportorientierung und einen starken Mittelstand aus. Die Bundesregierung will eine sozial-ökologische Marktwirtschaft etablieren.

Deutschland ist die größte Volkswirtschaft der Europäischen Union (EU) und nach den USA, China und Japan die viertgrößte der Welt. Die Bundesrepublik ist dabei in der weltweiten Wirtschaft eng vernetzt: Sie gehört regelmäßig zu den drei größten Export-, aber auch Importnationen der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2021 bei rund 3,6 Billionen Euro. Deutschland exportierte in dem Jahr Waren im Wert von rund 1.375 Milliarden Euro und importierte zugleich Waren im Wert von mehr als 1.200 Milliarden Euro. Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands sind die Länder der EU, die USA und China. Zu den auf dem Weltmarkt

besonders erfolgreichen Branchen gehören die Automobilindustrie, der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Chemieindustrie. Deutschland verfügt zugleich über eine vielfältige und aktive Start-up-Szene. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bildet der Mittelstand, zu dem viele weltweit erfolgreiche Hidden Champions aus allen Regionen Deutschlands zählen.

Als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung gilt die Innovationsstärke deutscher Unternehmen. Um diese zu sichern und zu stärken, investiert Deutschland mehr als drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Von den mehr als 100 Milliarden Euro Gesamtausgaben pro Jahr entfallen dabei mehr als zwei Drittel auf die Wirtschaft. Deutschland fördert zudem gezielt neue und disruptive Technologien,



Frankfurt am Main – eine der großen Finanzmetropolen der Welt

Innovationen und Geschäftsmodelle. Dafür wurden in den letzten Jahren unter anderem die Bundesagentur für Sprunginnovation (SprinD GmbH, 2019) und die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI, 2021) geschaffen. Bereits 2018 hat die Bundesregierung ihre KI-Strategie verabschiedet, im Sommer 2022 beschloss sie eine entsprechende Start-up-Strategie.

VON DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN MARKTWIRTSCHAFT

Seit 1949 bildet das Modell der sozialen Marktwirtschaft die Basis der deutschen Wirtschaftspolitik. Dieses in der Nachkriegszeit vom späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard entwickelte Konzept hat Deutschland auf einen erfolgreichen Entwicklungspfad geführt. Es garantiert freies unternehmerisches Handeln und bemüht sich gleichzeitig um sozialen Ausgleich.

Die Bundesregierung will die bewährte soziale Marktwirtschaft zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterentwickeln. Klimaschutz wird als zentraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik angesehen – dies zeigt sich schon daran, dass es seit der Bundestagswahl im Jahr 2021 erstmals ein Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gibt. An dessen Spitze rückte Robert Habeck (Bündnis 90/ Die Grünen).

ERFOLGSMODELL MITTELSTAND UND EUROPAS WICHTIGSTER FINANZPLATZ

Geprägt wird die deutsche Wirtschaft von einem starken Mittelstand. Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind mittelständische Firmen. Sie stellen auch mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze bereit und beschäftigen rund 80 Prozent der Auszubildenden. Sie sichern damit die duale Berufsausbildung, die theoretisches Wissen an Berufsschulen und praktische Ausbildung in Betrieben miteinander verbindet. Dieses Modell genießt weltweit einen exzellenten Ruf und wird von vielen Ländern übernommen.

Darüber hinaus prägen den Wirtschaftsstandort auch international erfolgreiche Großkonzerne. Viele von ihnen sind im deutschen Börsenindex DAX an der Frankfurter Börse gelistet, dem wichtigsten Finanzplatz in Kontinentaleuropa. In Frankfurt am Main hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Sitz, die als EU-Institution unter anderem über die Preisstabilität des Euro wacht.

STABILER UND ATTRAKTIVER ARBEITSMARKT

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich in der Vergangenheit auch in Krisenzeiten wie etwa während der Corona-Pandemie als robust erwiesen. Deutschland zählt in der Europäischen Union zu den Ländern mit der höchsten Beschäftigungsquote und der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist sehr gering. Trotz der Einschränkungen durch Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2021 im Durchschnitt bei nur 5,7 Prozent. Als hilfreiches Instrument erwies sich dabei das Kurzarbeitergeld. Dabei kommt der Staat vorübergehend für einen großen Teil des Gehaltsausfalls auf, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens in Kurzarbeit gehen. Dies ermöglicht es, dass Beschäftigte trotz

einer Krise ihren Job behalten und Unternehmen ihr Personal nicht verlieren.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Deutschland setzt deshalb zum einen darauf, die Rahmenbedingungen etwa durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder weiter zu verbessern. Zum anderen helfen gesetzliche Regelungen wie ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz dabei, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen.

DIGITALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Deutschland steht wie fast jeder Staat weltweit vor der Herausforderung, die Digitalisierung des Wirtschaftsstandorts voranzutreiben und zugleich den digitalen Wandel in der Arbeitswelt zu gestalten. Dazu wird unter anderem durch Breitband und 5G-Mobilfunk die digitale Infrastruktur ausgebaut. Deutschland fördert mit der Technologieentwicklung des Internet of Things (IoT) gezielt den Wandel zur Industrie 4.0, in der sich Produktionsprozesse eng mit den Kommunikationsmöglichkeiten des Internets verzahnen. Zudem will die Bundesregierung im Zuge der Start-up-Strategie Deutschland zu einem führenden Standort in Europa machen. Viele Maßnahmen und Initiativen etwa in den Bereichen Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sollen die Rahmenbedingungen zur Gründung verbessern und die Finanzierung von Start-ups vereinfachen.



Eine hochwertige Ausbildung und eine stetige Weiterbildung qualifizieren Fachkräfte für gute Jobs.

Der Nord-Ostsee-Kanal (Kiel Canal) ist eine der großen Verkehrsadern Europas.



Globaler Akteur

Deutschland ist eine starke, weltweit eng vernetzte Exportnation. Die Bundesregierung setzt sich für offene Märkte sowie einen fairen und freien Handel auf der Grundlage klarer und verlässlicher Regeln ein. Neben der multilateralen Handelsliberalisierung stehen dabei die Freihandelsabkommen der Europäischen Union im Vordergrund. Die deutsche Wirtschaftsdiplomatie ruht wesentlich auf drei Säulen: den 226 deutschen Auslandsvertretungen, den Büros der 140 Auslandshandelskammern (AHK), Delegationen und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft in 92 Ländern sowie der Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing Germany Trade and Invest (GTAI).

Sie unterstützen mittelständische Unternehmen gezielt dabei, Auslandsmärkte zu erschließen.

STARKE EXPORTORIENTIERUNG

Deutschland ist mit der Weltwirtschaft stark verflochten. Jeder zweite Euro wird mit dem Export verdient. In den jährlichen Rankings der Welthandelsorganisation (WTO) gehört Deutschland nach China und den USA regelmäßig zu den drei größten Export-



nationen weltweit. Die wichtigsten Ausfuhr­güter sind Kraftwagen und -teile mit einem Volumen von 210 Milliarden Dollar im Jahr 2021 sowie Maschinen (196 Milliarden Dollar) und chemische Erzeugnisse (137 Milliarden Dollar). Auf diese drei Gruppen sowie auf Produkte der Datenverarbeitung/Optik entfallen knapp die Hälfte des deutschen Exports. Die Partnerländer in der EU sind der wichtigste Zielmarkt, es folgen die USA und die Volksrepublik China. Die meisten Einfuhren kamen 2021 aus China, den Niederlanden und den USA. Kontinuierlich nimmt die Bedeutung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den asiatischen Staaten zu. Fast die Hälfte aller deutschen Unternehmen hat im Ausland investiert, mehr als sieben Millionen Menschen sind im Ausland bei deutschen Firmen angestellt.

VERFECHTER DES FREIHANDELS

Bei der Gestaltung der Regeln für den internationalen Handel ist Deutschland stark engagiert. Neben der multilateralen Handelsliberalisierung unter dem Dach der Welthandelsorganisation WTO liegt ein Hauptaugenmerk auf bilateralen Freihandelsabkommen (FTA) der Europäischen Union. Mit rund einem Dutzend Partnerstaaten hat die EU bereits Abkommen geschlossen; mit zahlreichen weiteren Ländern sollen FTAs folgen. So hat das 2019 in Kraft getretene Abkommen der EU mit Japan den weltweit größten Wirtschaftsraum geschaffen. Weitere Beispiele sind das europäisch-kanadische Wirtschafts- und Handelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) oder das Freihandelsabkommen mit Vietnam. Angestrebt wird auch ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Vereinigung südostasiatischer Länder (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN).

EUROPÄISCHE LOGISTIK-DREHSCHIEBE

Deutschland ist Umschlagplatz für europäische und weltweite Güterströme. Durch kein anderes Land der

In den jährlichen Rankings der WTO gehört Deutschland regelmäßig zu den drei größten Exportnationen hinter den USA und China.

EU werden mehr Güter transportiert. In der Logistik sind drei Millionen Menschen beschäftigt. Ein Tor zur Welt ist der Hamburger Hafen, in dem jedes Jahr rund neun Millionen Standardcontainer umgeschlagen werden. Der Frankfurter Flughafen lag 2021 mit rund 2,2 Millionen Tonnen Luftfracht mit Abstand auf Platz eins der europäischen Airports.

MENSCHENRECHTE UND WIRTSCHAFT

In der deutschen Handelspolitik spielt die Achtung und Förderung der Menschenrechte weltweit eine zentrale Rolle. Ende 2016 beschloss die deutsche Regierung den „Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung“ (NAP). Er basiert auf den 2011 verabschiedeten „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ der Vereinten Nationen. Der NAP verankert die Verantwortung deutscher Unternehmen für die Wahrung der Menschenrechte in ihren weltweiten Lieferketten, indem er einheitliche und überprüfbare Standards festlegt. Zur Umsetzung des NAP haben sich Branchendialoge und -initiativen entwickelt, wie der Branchendialog der Automobilindustrie, die unter Beteiligung von Unternehmen, Verbänden und Zivilgesellschaft umfangreiche Empfehlungen zur Umsetzung der

VN-Leitprinzipien erarbeitet haben, oder das Textilbündnis, in dem neben der Bundesregierung Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Wirtschaftsverbände gemeinsam Standards für eine soziale, ökologische und korruptionsfreie Textil- und Bekleidungsbranche entwickeln.

EINSATZ FÜR NACHHALTIGE LIEFERKETTEN

Gemeinsam mit internationalen Organisationen wie der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der internationalen Arbeitsorganisation ILO, der OECD und auch in multilateralen Foren wie den G7, G20 und beim Asien-Europa-Treffen (ASEM) setzt sich die Bundesregierung für gleiche Wettbewerbsbedingungen und nachhaltige Lieferketten ein. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Verantwortung deutscher

WEGMARKEN

1950

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das zerstörte Land zügig wieder aufgebaut. Die Wirtschaft entwickelte sich in den 1950er- und 1960er-Jahren so rasant, dass vom Wirtschaftswunder gesprochen wurde.

1964

Der Industrie fehlten bald Arbeitskräfte. 14 Millionen „Gastarbeiter“ wurden im Ausland angeworben, der Millionste kam 1964. Drei Millionen blieben. Heute hat ein Viertel der mehr als 83 Millionen Einwohner einen Migrationshintergrund.

1990

Nach der Wiedervereinigung bekam die eigens gegründete Treuhandanstalt die Aufgabe, die Betriebe aus der DDR-Planwirtschaft an die soziale Marktwirtschaft heranzuführen. Genannt wurde dies Aufbau Ost.

Unternehmen für ihre Lieferketten. Eine Überprüfung der Umsetzungen der Empfehlungen des NAP 2018/2019 ergab, dass freiwillige Maßnahmen allein für eine flächendeckende Anwendung von Sorgfaltspflichten nicht ausreichend sind. Die Bundesregierung brachte daher das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) auf den Weg, das Unternehmen dazu verpflichtet, menschenrechtliche Risiken in ihren Lieferketten zu identifizieren und zu bekämpfen sowie Betroffenen von Rechtsverletzungen den Weg zu Wiedergutmachung zu öffnen. Das Gesetz betrifft Firmen mit Sitz in Deutschland sowie Niederlassungen ausländischer Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten. Es tritt Anfang 2023 für Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten, 2024 für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten

in Kraft. Dabei tragen die Unternehmen eine Verantwortung für die Sicherheit am Arbeitsplatz, angemessene Löhne, das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit, das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, den Schutz der Rechte indigener Völker und den Schutz der Umwelt entlang ihrer Lieferketten.

Die Bundesregierung engagiert sich außerdem für eine europäische Regelung für Sorgfaltspflichten. Diese soll neben menschenrechtlichen auch Umwelt- und Klimaschutzpflichten enthalten.



Ziel deutscher Politik: faire Arbeitsbedingungen

2016

Im Dezember wird ein „Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ verabschiedet. Das 2021 von der Regierung auf den Weg gebrachte Lieferkettengesetz soll den Schutz von Menschenrechten in globalen Lieferketten sichern.

2020

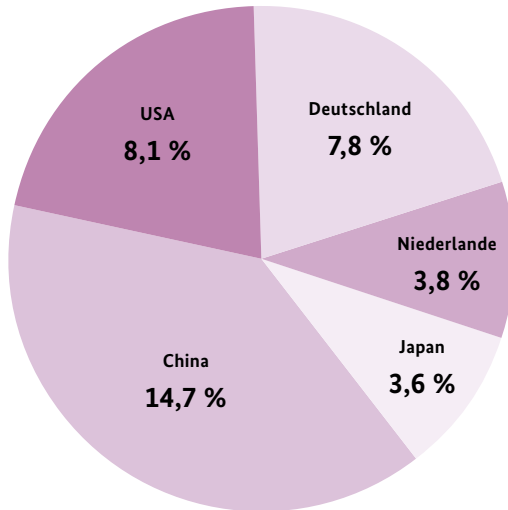
Die deutsche Greentech-Branche wächst rasant. Das Marktvolumen liegt laut GreenTech-Atlas bereits bei 392 Milliarden Euro, bis 2030 soll es sich demnach mehr als verdoppeln.

2021

Die neu gewählte Koalitionsregierung kündigt die Transformation der deutschen Wirtschaft in ein klimaneutrales Industrieland an. Das Ziel ist eine sozial-ökologische Marktwirtschaft.

Zahlen und Fakten zu Deutschlands Rolle in der Weltwirtschaft

DIE FÜNF GRÖSSTEN HANDELSNATIONEN
(Anteil am weltweiten Export)



2020, Quelle: UNCTAD



**1,4
BILLIONEN
EURO**

beträgt der Wert der
deutschen Exporte
2021.

FREIER UND FAIRER HANDEL



140 Standorte

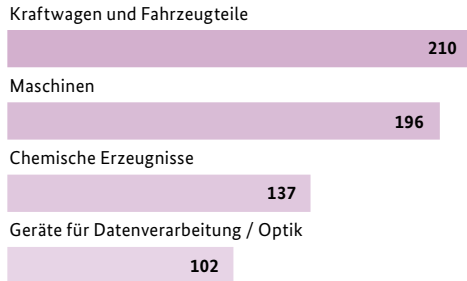
von Auslandshandelskammern in
92 Ländern zeigen: Deutschland setzt sich
für offene Märkte und einen freien und
fairen Handel ein.

„Um es ganz klar zu sagen: Die De-Globalisierung ist ein Holzweg. Natürlich müssen wir manch strategische Abhängigkeit reduzieren. Zugleich müssen wir achtgeben, dass aus notwendiger Diversifizierung kein Vorwand wird für Abschottung, Zollschränken und Protektionismus.“

BUNDESKANZLER
OLAF SCHOLZ

DIE VIER WICHTIGSTEN EXPORTBRANCHEN 2021

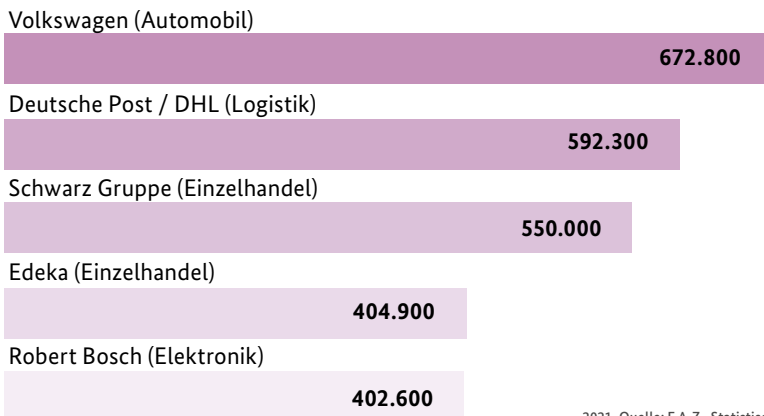
(in Mrd. Euro)



97 %
der Exporteure sind
mittelständische
Unternehmen.

43 %
aller deutschen
Unternehmen
investieren im
Ausland.

DIE FÜNF GRÖSSTEN DEUTSCHEN UNTERNEHMEN





MEDIZIN UND PFLEGE

5,8 Millionen

Menschen arbeiten im deutschen Gesundheitswesen. Die Pharmaindustrie unterstrich ihre internationale Bedeutung während der Pandemie. Ob in Kliniken, Forschung, Pflege oder Medizintechnik – überall werden Arbeitskräfte gesucht.

Mittelstand und Industrie 4.0

Das Herzstück der deutschen Wirtschaft bildet der Mittelstand. Trotz zahlreicher Global Player und weltweit bekannter Großkonzerne sind die 3,5 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Selbstständige und Freiberufler charakteristisch für die Struktur der deutschen Wirtschaft. Mehr als 99 Prozent der deutschen Unternehmen gehören dem Mittelstand an. Als mittelständisch gelten Firmen mit einem Jahresumsatz unter 50 Millionen Euro und mit weniger als 500 Beschäftigten. Im Mittelstand sind auch zahlreiche Zuwanderinnen und Zuwanderer aktiv: Mehr als 800.000 Menschen mit Migrationshintergrund besitzen ein Unternehmen. Migrantinnen und Migranten in Deutschland bilden damit einen wichtigen Wirtschaftsfaktor.

Der „German Mittelstand“ spielt auch international eine wichtige Rolle. Weltweit gibt es 2.700 „Hidden Champions“ – fast die Hälfte gehört zum deutschen Mittelstand. Europa- oder Weltmarktführer in ihren Bereichen sind sie dank hochinnovativer Produkte und Problemlösungen, einer großen Kundennähe und kurzer Entscheidungswege. Fest etabliert im Wirtschaftsgefüge hat sich die überwiegend mittelständische Kreativwirtschaft. Sie spielt eine Vorreiterrolle auf dem Weg in eine digitale und wissensbasierte Ökonomie und ist eine signifikante Quelle für Inno-

vationen. 2020 gab es rund 259.000 Unternehmen im Bereich Kreativwirtschaft. Ein internationaler Hotspot der „Creative Industries“ und Start-ups ist die Region Berlin-Brandenburg.

LEISTUNGSSTARKE INDUSTRIEUNTERNEHMEN

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands beruht neben dem Mittelstand entscheidend auf der Leistungskraft seiner Industrie und ihrer Innovationsfähigkeit. Vor allem die Automobilindustrie mit rund 800.000 Beschäftigten gilt als eine Paradedisziplin des „Made in Germany“. Mit den sechs großen Marken Volkswagen, BMW, Mercedes-Benz, den VW-Marken Audi und Porsche sowie Opel (Stellantis) gehört sie auch zu den weltweiten Vorreitern beim Umstieg auf eine nachhaltige Mobilität.

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, investieren die deutschen Unternehmen Milliardenbeträge in Forschung und Entwicklung (FuE). Elektroantrieb, digitale Vernetzung und assistiertes oder autonomes Fahren sind die Megatrends der automobilen Fortbewegung. Etwa zwei von drei Autos deutscher Hersteller werden in Fabriken im Ausland produziert.



Zu den traditionell starken Branchen der deutschen Wirtschaft gehören auch die Weltkonzerne der Chemieindustrie sowie des Anlagen- und Maschinenbaus. Die 1865 gegründete BASF mit Hauptsitz in Ludwigshafen ist mit rund 118.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 366 Produktionsstandorten in mehr als 90 Ländern der größte Chemiekonzern der Welt. Das führende deutsche Unternehmen im Anlagen- und Maschinenbau ist weltweit auch in der Schlüsselbranche der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie führend: Siemens ist ein in mehr als 200 Ländern aktiver Global Player mit hochinnovativen Anwendungslösungen – von der Mobilität bis zu erneuerbaren Energien.

WIRTSCHAFTSZENTREN IN DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Wirtschaftszentren in Deutschland sind die großen Metropolregionen wie das Ruhrgebiet, die Großräume München und Stuttgart (Hightech, Automobilbau), Rhein-Neckar (Chemie, IT), Frankfurt am Main (Finanzen), Nürnberg (Industrie, Dienstleistungen), Köln und Hamburg (Hafen, Flugzeugbau, Medien). Im Osten Deutschlands haben sich leistungsfähige Hochtechnologiezentren

gebildet, vor allem die „Leuchtturm-Regionen“ Dresden, Jena, Leipzig, Leuna und Berlin-Brandenburg.

Die Liste der größten deutschen Unternehmen – gemessen am Umsatz – wurde im Jahr 2021 angeführt von Automobilkonzernen: Volkswagen lag auf Platz 1, die Mercedes-Benz Group und die BMW Group belegten Rang 3 und 5.

Der Industriestandort Deutschland ist jedoch auch stark geprägt durch die Dienstleistungswirtschaft. Gut 80 Prozent aller Unternehmen sind in diesem Sektor tätig, sie erwirtschaften nahezu 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und stellen drei Viertel der Arbeitsplätze – das entspricht rund 30 Millionen Beschäftigten.

Digitalisierte Produktion ermöglicht maximale Flexibilität.

Aufgeschlossen und innovationsfreudig: Vernetzung, Austausch und Know-how machen die deutsche Wirtschaft zukunftsicher.

AUF DEM WEG ZUR INDUSTRIE 4.0

Deutschland ist eine der wichtigsten Industrienationen weltweit. Die Unternehmen sind spezialisiert auf die Entwicklung und Herstellung komplexer Güter, vor allem Investitionsgüter und innovative Produktionstechnologien. Als Triebfeder der wirtschaftlichen Stärke gilt die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Hier zeigen intensive Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) sehr positive Ergebnisse. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung setzt dabei entscheidende Impulse. So wurden die Bundesagentur für Sprunginnovation (SprinD GmbH, 2019) und die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI, 2021) gegründet. Insgesamt 106 Milliarden Euro wurden 2020 in Deutschland

für FuE aufgewendet, das entspricht einem Anteil von mehr als drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 2,4 Prozent.

EUROPAMEISTER IM ERFINDEN

Deutschland gilt als Europameister im Erfinden. 2021 reichten deutsche Unternehmen beim Europäischen Patentamt in München rund 26.000 Anträge auf Patentschutz ein. Beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) wurden in demselben Jahr 58.600 Erfindungen angemeldet. Am aktivsten waren der Automobilzulieferer Bosch mit knapp 4.000 Anmeldungen vor BMW (1.860) und der ebenfalls im Automobilbereich tätigen Schaeffler-Gruppe (1.800). Im Jahr 2021 waren exakt 134.715 deutsche Patente in Kraft.

DIGITALE TRANSFORMATION DER INDUSTRIE

Die Wirtschaft erlebt die vierte industrielle Revolution. Durch das Internet getrieben, wachsen reale und virtuelle Welt zu einem „Internet der Dinge“ zusammen. Ziel der Bundesregierung ist die Unterstützung von Wirtschaft und Wissenschaft bei der Entwicklung und Umsetzung einer Industrie 4.0, um Deutschland als einen Leitanbieter für diese Technologien zu positionieren. Industrie 4.0 ist gekennzeichnet durch eine starke Individualisierung der Produkte in einer hochflexiblen, digitalisierten Produktion. In vielen Fabrikhallen ist sie längst angekommen: Intelligente Monitoring- und Entscheidungsprozesse steuern und optimieren Unternehmen und ganze Wertschöpfungsnetzwerke nahezu in Echtzeit. Dieser grundlegende Wandel von Produktionsabläufen und Arbeitsprozessen erfordert hoch qualifizierte, eigenverantwortlich und teilautonom handelnde Angestellte. Die einzigartige duale Berufsausbildung in Deutschland und eine konsequente Weiterbildungsstrategie in den Betrieben legen hierfür die Basis. |

Attraktiver Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt ist stabil und bietet internationalen Fachkräften attraktive Karrierechancen. Anfang 2020 stand er sogar kurz vor der Vollbeschäftigung, 45 Millionen Menschen in Deutschland waren erwerbstätig. Basis dafür ist die starke Wirtschaft, aber auch erprobte Mittel der Regierung zur Krisenbekämpfung stützen den Arbeitsmarkt. So wurden mit dem Instrument der „Kurzarbeit“, das sich bereits in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 bewährt hatte, entscheidend die Folgen der Corona-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt abgemildert. Es ermöglicht Unternehmen bei einem krisenbedingten erheblichen Arbeitsausfall, die Arbeitnehmenden vorübergehend in staatlich unterstützte Kurzarbeit zu schicken. So werden Kündigungen vermieden und der Neustart nach der Krise erleichtert.

Zur Schaffung eines modernen, gerechten und transparenten Arbeitsmarktes hat die Bundesregierung zahlreiche wegweisende arbeitsmarktpolitische Vorhaben realisiert. Seit 2015 gilt ein gesetzlicher Mindestlohn, der regelmäßig angepasst wird. Eine Frauenquote führt zu mehr Gleichberechtigung in Führungspositionen. Börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen müssen seit 2016 für alle Aufsichtsratsposten eine Frauenquote von 30 Prozent einhalten. Das „Tarifeinheitsgesetz“ garantiert, dass in einem Betrieb für gleiche Tätigkeiten nicht unterschiedliche Tarifverträge gelten.

VIEL FLEXIBILITÄT FÜR BESCHÄFTIGTE

Deutschlands Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Dieser ist geprägt durch die Digitalisierung, aber auch

durch die Ortsunabhängigkeit vieler Tätigkeiten und die Möglichkeit, zumindest teilweise im Homeoffice zu arbeiten. Durch die Corona-Pandemie hat das mobile Arbeiten einen massiven Schub erlebt. Seither arbeiten bis zu einem Drittel der Beschäftigten zumindest teilweise von zu Hause aus. Die Bundesregierung sorgt dafür, dass ihre Rechte und ihr Schutz auch beim mobilen Arbeiten gewährleistet sind. Viele Beschäftigte in Deutschland haben auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit mehr Einfluss als noch vor einigen Jahren. Neben der Arbeit in Teilzeit können sie mit „Gleitzeit“ in einem gewissen Rahmen selbst entscheiden, wann ihr Arbeitstag beginnt und endet. Darüber hinaus haben Beschäftigte das Recht, für die Pflege von Angehörigen ihre Arbeitszeit bis zu sechs Monate lang zu reduzieren.

CHANCEN FÜR INTERNATIONALE FACHKRÄFTE

Ein wichtiger Trend ist die verstärkte Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Freizügigkeit ist eines der Grundprinzipien der EU. Für Fachkräfte spielt Migration innerhalb Europas deshalb eine große Rolle – Deutschland ist dabei ein wichtiges Zielland.

In Deutschland fehlen Fachkräfte. Angesichts des demografischen Wandels ist die Sicherung der



Fachkräfte aus aller Welt: Neue Regeln und Gesetze erleichtern ihnen die Jobsuche.

Fachkräftebasis für die deutsche Wirtschaft eine der vordringlichsten Aufgaben der Bundesregierung. Laut dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) konnten 2021 mehr als die Hälfte der Unternehmen Stellen nicht besetzen, weil es keine geeigneten Bewerberinnen oder Bewerber gab – das gilt vor allem für Pflege und Handwerk, aber auch für Ingenieurwesen und technische Berufe.

Deutschland ist auch auf lange Sicht auf die Zuwanderung von

Arbeitskräften eingestellt. Ein erster wichtiger Baustein dabei ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das seit dem 1. März 2020 in Kraft ist. Es ermöglicht Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern einen einfacheren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Zuvor hatten diesen nur Fachkräfte mit akademischer Ausbildung. Seit 2020 gilt das auch für Fachkräfte mit einer im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikation. Weil das duale Ausbildungssystem in Deutschland Besonderheiten aufweist und hohe Standards setzt, verbessert die Bundesregierung mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch die Möglichkeiten, für Qualifizierungsmaßnahmen nach Deutschland zu kommen. Nun können auch Ausbildungsinteressierte eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen.

Bildung und Forschung

STARKER WISSENSSTANDORT

Das deutsche Bildungs- und Wissenschaftssystem genießt international einen herausragenden Ruf. Die deutsche Forschung setzt neue Impulse, das Ausbildungssystem gilt vielen Staaten als Vorbild. Ein Überblick.

AMBITIONIERTER SPITZENFORSCHUNG

Deutschland ist ein Innovationsland. Das Rückgrat der Forschungslandschaft bilden neben den Hochschulen vor allem vier große außer-universitäre Forschungsorganisationen.

DYNAMISCHE HOCHSCHULLANDSCHAFT

Universitäten und Hochschulen in Deutschland sind das Herz des Wissenschaftssystems. Sie zeichnen sich durch ein vielfältiges Angebot, eine internationale Ausrichtung und exzellente Lehre aus.

ENGAGIERTE WISSENSCHAFTSDIPLOMATIE

Ein zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik sind Förderung und Schutz wissenschaftlicher Freiheit. Deutschland setzt dabei auf Austausch und Vernetzung.

DUALE AUSBILDUNG

Die duale Ausbildung bringt Theorie und Praxis zusammen und ist eine tragende Säule des deutschen Bildungssystems.

ATTRAKTIVES SCHULSYSTEM

Eine gute Schulausbildung soll allen Menschen in Deutschland gleiche Chancen ermöglichen. Die Zuständigkeit für die Schulen liegt vor allem bei den Bundesländern.



Für Bildung, Forschung
und Wissenschaft gab
Deutschland im Jahr 2020
241 Milliarden
Euro aus.

Deutschland gehört
zu den
10
innovativsten Ländern
der Welt.

BILDUNG UND FORSCHUNG

7 Tatsachen

An Schulen
in Deutschland
werden rund
10.800.000
Schülerinnen und
Schüler unterrichtet.

Die Ausgaben je
Schülerin bzw.
Schüler liegen in
Deutschland mit
14.200
US-DOLLAR

über dem OECD-
Durchschnitt von
11.800 US-Dollar.

Das Vakzin des deutschen Unternehmens
Biontech und seines US-Partners Pfizer hat als
1. CORONA-IMPfstoff
in den USA und der Europäischen Union
eine Zulassung erhalten.

420
HOCHSCHULEN
stehen Studierenden
in Deutschland zur
Auswahl.

Die älteste deutsche
Hochschule ist die
Universität Heidelberg.
—
Sie wurde im Jahr
1386
gegründet.

Starker Wissensstandort

Der **Wissenschaftsstandort Deutschland** zeichnet sich durch eine breite Ausbildungs- und Hochschullandschaft und exzellente Spitzenforschung aus.

Deutschland genießt weltweit den Ruf eines innovationsstarken Landes mit einer breiten Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Die Basis dafür bilden die 420 Hochschulen. Eine weitere wichtige Säule des Wissensstandorts stellt die Industrieforschung dar. Deren Stärke zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Deutschland bei den Patentanmeldungen zu den weltweit führenden Nationen gehört. Eine Schlüsselrolle nehmen zudem die vier großen, international renommierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft ein.

Deutschland investiert stark in Forschung und Wissenschaft, um diese Innovationskraft zu sichern



Die duale Ausbildung verbindet Theorie und Praxis.

und weiter zu stärken. Die Bundesrepublik gehört deshalb zur Spitzengruppe der Länder, die jährlich rund drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Bis 2025 soll der Anteil der gesamtstaatlichen Ausgaben auf mindestens 3,5 Prozent steigen.

VON DUALER AUSBILDUNG BIS ZUR SPITZENFORSCHUNG

Das deutsche Bildungssystem ist im internationalen Vergleich auch außerhalb der Spitzenforschung gut an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst. Mehr als 80 Prozent der Erwachsenen haben das Abitur oder eine abgeschlossene Berufsausbildung, damit liegt Deutschland über dem Durchschnitt der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Eine traditionell starke Rolle spielt dabei die duale berufliche Bildung, die international hohes Ansehen genießt.

In den vergangenen Jahren stieg die Zahl der Studierenden stark an. Darauf reagierten Bund und Länder mit dem Hochschulpakt 2020, der zusätzliche Studienplätze finanziert. Auf diesen Pakt baut der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ auf, der dauerhaft Studienbedingungen und Lehrqualität stärkt.



Forschende in Deutschland arbeiten international und vernetzt.

Elf Prozent aller Studierenden in Deutschland kommen aus dem Ausland. Die meisten stammen aus Asien und Pazifik, gefolgt von Nordafrika, Nahost und Westeuropa.

Die universitäre Spitzenforschung wiederum wird durch die Exzellenzstrategie unterstützt. Gefördert werden Exzellenzcluster zu bestimmten Forschungsfeldern sowie Exzellenzuniversitäten, die als herausragende Universitätsstandorte international als Leuchttürme wahrgenommen werden. Für das Gesamtprogramm stehen jährlich mehr als 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Bundesregierung will mit einer „Zukunftsstrategie Forschung“ ihre Ressourcen effektiv bündeln. Dafür hat sie zentrale Zukunftsfelder definiert, unter anderem moderne Technologien für eine wettbewerbsfähige und klimaneutrale Industrie, ein nachhaltiges Landwirtschafts- und Ernährungssystem, technologische Souveränität sowie ein modernes, krisenfestes Gesundheitssystem, das die Chancen biotechnologischer und medizinischer Verfahren nutzt. Als Musterbeispiel für erfolgreiche staatliche Förderung gilt die Entwicklung des ersten mRNA-Impfstoffs gegen das Coronavirus durch das Mainzer Unternehmen Biontech, deren Gründer Özlem Türeci und Uğur Şahin auch an der Universität Mainz lehren. Der Staat förderte die Impfstoffentwicklung dort und in anderen Fällen umfassend.

INTERNATIONALE AUSRICHTUNG

Die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen legen großen Wert darauf, sich international auszurichten. Im Zuge des sogenannten Bologna-Prozesses, der europäischen Studienreform, wurden in Deutschland die Studienangebote weitgehend auf die international etablierten Bachelor- und Masterabschlüsse umgestellt. Viele Studiengänge, insbesondere im Masterbereich, werden in einer Fremdsprache angeboten, vor allem auf Englisch.

Deutschland gilt schon seit Längerem als das beliebteste nicht englischsprachige Gastland für internationale Studierende. Insgesamt kommt etwa jeder zehnte der rund drei Millionen Studierenden aus dem Ausland. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern fallen für das Studium an den öffentlichen Hochschulen in Deutschland mit Ausnahme einzelner Bundesländer wie etwa Baden-Württemberg keine oder nur geringe Studiengebühren an. Die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind auch für internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr attraktiv: So liegt etwa an den vier größten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Anteil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die aus dem Ausland stammen, bei mehr als 25 Prozent.

Die Vernetzung mit internationalen Partnern spielt für deutsche Hochschulen ebenfalls eine zentrale Rolle. Sie bauen deshalb ihre weltweiten Kooperationen kontinuierlich aus. Deutschland unterstützt sie dabei zum Beispiel über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung aus Mitteln des Auswärtigen Amts. Zentral für die auswärtige Wissenschafts- und Hochschulpolitik sind Stipendienprogramme, die Aufenthalte ausländischer Studierender sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützen. Darüber hinaus fördert Deutschland weltweite Hochschulpartnerschaften. Es bestehen mehr als 37.000 Vereinbarungen zwischen deutschen Hochschulen und Partnereinrichtungen in mehr als 150 Ländern. **I**

Die Universität Leipzig steht für Tradition und Innovation.



Ambitionierte Spitzenforschung

Wissenschaft und Forschung genießen in Deutschland einen hohen Stellenwert. Wirtschaft und Politik steigern in den vergangenen Jahren kontinuierlich die Budgets für Wissensarbeit.

2020 betrug der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 3,13 Prozent; bis 2025 soll der Anteil auf 3,5 Prozent steigen. Damit liegt Deutschland international in der Spitzengruppe der Länder, die mehr als drei Prozent ihres BIP für Forschung und Entwicklung (FuE) ausgeben. Die Bundesrepublik liegt zudem auf Platz vier der forschungsintensivsten Volkswirtschaften der Welt. Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2020 knapp 107 Milliarden Euro für FuE aufgewendet. Davon entfielen 71 Milliarden Euro auf den Wirtschaftssektor, 19,3 Milliarden auf die Hochschulen und 15,6 Milliarden Euro auf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

Die Stärke der deutschen Spitzenforschung spiegelt sich auch in Publikationszahlen von Forschenden wider: Im „Nature Index“ des Jahres 2022, der die naturwissenschaftliche Publikationsleistung von Forschungseinrichtungen und Hochschulen auswertet, erreicht Deutschland die beste Wertung in Europa. Im weltweiten Vergleich kommt Deutschland auf Platz drei nach den Spitzenreitern USA und China.

HIGHTECH-STRATEGIE FÖRDERT INNOVATIONEN

Mit der Hightech-Strategie hat Deutschland seit 2006 ein besonderes Innovationsinstrument entwickelt. Seitdem sind viele Neuentwicklungen entstanden – von energiesparenden LED-Leuchten bis zur mitwachsenden Herzklappe. Mit der 2018 verabschie-

deten Hightech-Strategie 2025 sind sieben Themenfelder in den Vordergrund gerückt: Gesundheit und Pflege, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie, Mobilität, Stadt und Land, Sicherheit sowie Wirtschaft und Arbeit 4.0. Zu den Zielen der Hightech-Strategie 2025 zählen die Bekämpfung von Krebs, die Reduzierung von Plastik und eine weitgehend treibhausgasneutrale Industrie.

AUSSERUNIVERSITÄRE FORSCHUNGSORGANISATIONEN

In Deutschland arbeiten rund 1.000 öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen. Das Rückgrat der Forschungslandschaft bilden neben den Hochschulen vor allem vier große außeruniversitäre Forschungsorganisationen. Die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ist das wichtigste Zentrum der Grundlagenforschung für Natur-, Bio-, Geistes- und Sozialwissenschaften außerhalb der Universitäten. Rund 7.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, 3.400 Promovierende und 2.200 Gastforschende arbeiten an den 86 Max-Planck-Instituten und Forschungseinrichtungen, auch außerhalb Deutschlands. 54,6 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Seit ihrer Gründung wurden mehr als 20 Nobelpreise an Forschende der Max-Planck-Gesellschaft vergeben.

Die Helmholtz-Gemeinschaft betreibt Spitzenforschung in den sechs Forschungsbereichen Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit, Information, Materie sowie Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr. Mit mehr als 43.000 Mitarbeitenden an den 19 Helmholtz-Zentren, darunter das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), ist die Gemeinschaft Deutschlands größte Forschungsorganisation. In Zukunft soll ein neues Forschungszentrum für Altforschung entstehen.

Die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren 76 Instituten und Forschungseinrichtungen an Standorten in ganz Deutschland gilt als die größte Einrichtung anwendungsorientierter Entwicklung in Europa. Zu ihren zentralen Forschungsfeldern zählen etwa Gesundheit und Umwelt, Mobilität und Transport sowie Energie und Rohstoffe. Mit ihren acht selbstständigen Auslandsgesellschaften in Europa, Nord- und Südamerika sowie Asien, zahlreichen Representative Offices und den Senior Advisors ist die Fraunhofer-Gesellschaft in vielen Ländern weltweit aktiv.

Unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft versammeln sich 96 selbstständige Forschungseinrichtungen, deren Ausrichtung von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirt-

schafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften reicht. Ein übergreifender Schwerpunkt der rund 11.700 Forschenden liegt im Wissenstransfer in Richtung Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Für die Förderung von Wissenschaft und Forschung ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zuständig, Europas größte Organisation dieser Art. Die DFG unterhält neben ihrer Zentrale in Bonn Büros in Indien, Japan, Lateinamerika und Nordamerika sowie das Chinesisch-Deutsche Zentrum für Wissenschaftsförderung (CDZ). Sie fördert die Kooperation von Forschenden in Deutschland mit Kolleginnen und Kollegen im Ausland – besonders, aber keinesfalls nur im Europäischen Forschungsraum. **I**

In Deutschland entstehen viele wegweisende Innovationen.





SPITZENFORSCHUNG

148 Millionen

Euro bekommen zehn Exzellenzuniversitäten und ein Exzellenzverbund Berliner Universitäten pro Jahr. Sie wurden 2019 für eine siebenjährige Förderung im Rahmen der Exzellenzstrategie ausgewählt, mit der Bund und Länder die universitäre Spitzenforschung unterstützen.

Dynamische Hochschullandschaft

Die **deutsche Hochschullandschaft** ist außerordentlich vielfältig: Sie bietet Universitäten mit großen Namen in Metropolen wie Berlin oder München. Doch auch in Aachen, Heidelberg oder Karlsruhe gibt es exzellente Hochschulen. Forschungsstarke mittelgroße Universitäten und kleinere Hochschulen mit erstaunlicher Strahlkraft bilden den Kern der akademischen Welt. In internationalen Ranglisten sind deutsche Hochschulen zahlreich vertreten: Unter den Top 200 im Shanghai-Ranking finden sich neun deutsche Universitäten, im QS World University Ranking elf und im Times Higher Education World University Ranking 22. Besonders gut schneiden die Universitäten in München und die Universität Heidelberg ab.

2021 konnten Studierende in Deutschland nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zwischen 420 Hochschulen wählen (120 Universitäten, 243 Hochschulen für Angewandte Wissenschaften/Fachhochschulen, 57 Kunst- und Musikhochschulen). Zusammen bieten sie 20.593 Studiengänge an. 272 Hochschulen werden vom Staat, 38 kirchlich und 110 privat finanziert.

ANSPRUCHSVOLL UND PRAXISNAH

Grundsätzlich gibt es drei Typen von Hochschulen: Universität, Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW)/Fachhochschule (FH) sowie Kunst-, Film- und Musikhochschule. Sie unter-

scheiden sich in ihrem Aufbau und ihren Aufgaben.

Während die klassischen Universitäten ein breites Fächerspektrum anbieten, konzentrieren sich die Technischen Universitäten (TU) auf die Grundlagenforschung in den ingenieurtechnischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen. Die neun führenden TU haben sich 2006 zur TU9-Initiative zusammengeschlossen.

Die Universitäten verstehen sich nicht nur als Lehranstalten, sondern gleichermaßen als Orte der Forschung und verkörpern insofern bis heute das humboldtsche Bildungsideal von der Einheit von Forschung und Lehre. Die Universitäten haben das vorrangige Ziel, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, fundierte Fachkenntnisse zu vermitteln und selbstständig arbeitende und forschende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auszubilden.

Die 243 HAW/FH mit einer stark praxisorientierten Ausrichtung sind eine deutsche Besonderheit und tragen häufig die im angelsächsischen Sprachraum übliche Bezeichnung „University of Applied Sciences“ als Beiname. An HAW

sowie an kleineren und mittleren Universitäten entstehen zum Teil beachtliche soziale und technologische Innovationen. Ihren Transfer in die Wirtschaft fördert die Bundesregierung gezielt mit der Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI), für deren Start zunächst 15 Millionen Euro zur Verfügung standen. Die Start-up-Kultur deutscher Hochschulen soll insgesamt weiter gestärkt werden.

STEIGENDE ZAHL AN STUDIERENDEN

Die Akademisierung nimmt in Deutschland zu: Lag die Studienanfängerquote 2005 noch bei 37 Prozent, nahmen 2021 rund 52 Prozent der jungen Menschen in Deutschland ein Studium auf. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ermöglicht ihnen, unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Familie ein Studium zu absolvieren. Im Wintersemester 2021/2022 waren insgesamt rund 2,9 Millionen Studierende an den Hochschulen eingeschrieben. Auf die steigende Zahl der Studierenden reagierten Bund und Länder mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Im Rahmen des Hochschulpakts 2020 beschlossen sie schon Ende 2014, in den folgenden Jahren bis zu 760.000 zusätzliche Studienmöglich-

keiten zu finanzieren. Über die Gesamtlaufzeit des Hochschulpakts von 2007 bis 2023 stellen der Bund 20,2 Milliarden Euro und die Länder 18,3 Milliarden Euro bereit.

EXZELLENZ UND INTERNATIONALISIERUNG

Mit der Exzellenzstrategie stärken Bund und Länder die universitäre Spitzenforschung. Gefördert werden Exzellenzcluster zu bestimmten Forschungsfeldern sowie Exzellenzuniversitäten. Die Strategie knüpft an die vorhergehende Exzellenzinitiative an, die zwischen 2005 und 2017 herausragende Forschungsprojekte und -einrichtungen an den Hochschulen mit einem Gesamtvolumen von 4,6 Milliarden Euro förderte. Die Exzellenzstrategie besteht aus zwei Teilen. Mit den

WEGMARKEN

1995

Ein Team um den Elektrotechniker und Mathematiker Karlheinz Brandenburg entwickelt am Fraunhofer-Institut in Erlangen das MP3-Verfahren zur Audiodatenkompression, das heute weltweit Standard ist.

2005

Die Exzellenzinitiative wird unter den Universitäten ausgelobt. Der „Pakt für Forschung und Innovation“ fördert die außeruniversitären Forschungsorganisationen. 2007 schließen Bund und Länder zudem den ersten Hochschulpakt.

2008

Neun Jahre nach der Entdeckung des Riesenmagnetowiderstandseffekts, der den Durchbruch zu Gigabyte-Festplatten ermöglichte, erhalten der Deutsche Peter Grünberg und der Franzose Albert Fert den Physik-Nobelpreis.

Exzellenzclustern werden international wettbewerbsfähige Forschungsfelder an Universitäten projektbezogen gefördert. In den Exzellenzclustern arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler interdisziplinär an einem Forschungsvorhaben zusammen. Für eine erste, siebenjährige Förderrunde ab 2019 wurden 57 Exzellenzcluster ausgewählt. Das jährliche Fördervolumen für die Exzellenzcluster beträgt 385 Millionen Euro.

Universitäten mit mindestens zwei Exzellenzclustern konnten sich um den Titel Exzellenzuniversität bewerben. Seit Ende 2019 werden deutschlandweit zehn Exzellenzuniversitäten und der Berliner Exzellenzverbund aus Freier Universität, Humboldt-Universität, Technischer Universität und

Universitätsklinik Charité für zunächst sieben Jahre mit insgesamt rund 148 Millionen Euro jährlich gefördert.

WELTWEITE VERNETZUNG UND ERFAHRUNGEN IM AUSLAND

Die deutschen Hochschulen sind stark international ausgerichtet. Die Hochschulrektorenkonferenz zählt mehr als 37.000 Vereinbarungen deutscher Hochschulen mit Partnereinrichtungen in über 150 ausländischen Staaten. Dazu zählen vielfach auch Programme, die zu Doppelabschlüssen führen. Viele Hochschulen beteiligen sich an der Entwicklung transnationaler Studienangebote und der Gründung von Hochschulen nach deutschem Modell, die es in Ägypten, China, Jordanien, Kasachstan, der Mongolei, Oman, Singapur, Ungarn, Vietnam und in der Türkei gibt.

Die Auslandsmobilität deutscher Studierender wird ebenfalls gefördert. Rund 134.000 von ihnen absolvierten 2021 einen Auslandsaufenthalt. Stipendienangebote wie das Programm Erasmus+ unterstützen die wertvollen Studienaufenthalte im Ausland. **I**

2014

Stefan Hell, Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie, erhält zusammen mit zwei US-Forschern den Chemie-Nobelpreis für die Entwicklung der hochauflösenden Fluoreszenz-Mikroskopie.

2015

Die Umstellung auf die gestuften Bachelor- und Masterstudiengänge ist mit knapp 90 Prozent weitestgehend abgeschlossen. Eine Ausnahme bilden die staatlich geregelten Studiengänge Medizin und Rechtswissenschaften.

2020

Ein knappes Jahr nach Beginn der weltweiten Corona-Pandemie erteilen die USA und die EU die erste Zulassung für einen Impfstoff gegen das Virus. Entwickelt wurde er von dem deutschen Unternehmen Biontech in Zusammenarbeit mit Pfizer. Das Vakzin rettete Millionen Menschenleben.

Engagierte Wissenschaftsdiplomatie

Akademische Mobilität und wissenschaftliche Kooperationen spielen eine immer größere Rolle – auch für eine nachhaltige deutsche Außenpolitik. Deutschlands Wissenschaftsdiplomatie gestaltet diese Vernetzung aktiv mit und setzt sich weltweit für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ein. Denn globale Herausforderungen wie Frieden, Klimawandel und Pandemien können nur gemeinsam mit internationalen Partnern gelöst werden.

STIPENDIENPROGRAMME UND WISSENSCHAFTSKOOPERATIONEN

Eine zentrale Säule der auswärtigen Wissenschafts- und Hochschulpolitik bilden Stipendienprogramme, die Aufenthalte ausländischer Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland fördern. So vergeben zum Beispiel der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung Stipendien oder fördern wissenschaftliche Program-

me. Dabei arbeiten sie eng mit den deutschen Auslandsvertretungen zusammen und entwickeln Förderprojekte wie das Stipendienprogramm „Leadership for Africa“, das jungen Talenten aus Aufnahmeländern mit hohen Geflüchtetenzahlen ein Masterstudium in Deutschland ermöglicht.

Über die Stipendienprogramme hinaus fördert Deutschland weltweite Hochschulpartnerschaften. Der Hochschulkompass wies im Jahr 2021 rund 37.000 Kooperationen mit über 5.400 Partnerhochschulen in über 150 Ländern auf. Im Zuge dieser Kooperationen sind auch Doppelstudiengänge und binationale Hochschulen im Ausland entstanden, wie die Deutsch-Kasachische Universität in Almaty, die Deutsche Universität in Kairo oder die Türkisch-Deutsche Universität in Istanbul.

Leuchttürme der deutschen Wissenschaftskooperation mit Partnerländern sind auch Globale Zentren des DAAD für Gesundheit und Klima sowie DAAD-Fachzentren und Humboldt-Forschungshubs in Afrika. Sie bieten Plattformen für wissenschaftlichen Austausch zu globalen Herausforderungen zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland

WELTOFFENE WISSENSCHAFT

55.176

internationale Forschende arbeiteten im Jahr 2020 an deutschen Hochschulen. Die meisten – 34,5 Prozent – stammten aus Westeuropa, 20 Prozent aus Asien und dem Pazifik. Mit diversen Programmen fördert die Bundesregierung die Mobilität deutscher und internationaler Forschender.

und anderen Staaten, insbesondere im sogenannten globalen Süden.

WISSENSCHAFTSFREIHEIT STÄRKEN

Einen besonderen Schwerpunkt legt die deutsche Wissenschaftsdiplomatie auf akademische Schutzprogramme. Die Humboldt-Stiftung setzt etwa seit 2015 die Philipp Schwartz-Initiative um, ein Sonderprogramm für die Aufnahme und Integration gefährdeter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland. Ebenso ist es ein zentrales Anliegen der Bundesregierung, in Krisenzeiten und Konfliktregionen wissenschaftliche und akademische Perspektiven für junge Men-

schen zu schaffen. Durch Angebote für Geflüchtete vor Ort werden Erstaufnahmeland entlastet, Perspektiven im Arbeitsmarkt geschaffen und Sekundärmigration verhindert. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR ermöglicht die vom Auswärtigen Amt geförderte Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein seit 30 Jahren Geflüchteten ein Hochschulstudium in ihrem jeweiligen Aufnahmeland.

FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSSTANDORT DEUTSCHLAND

Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit ist für ein Hochtechnologieland wie Deutschland ein essenzielles Element jeder Zukunftsstrategie. Als „Schaufenster“ und dauerhafter gemeinsamer Auftritt deutscher Wissenschaftsorganisationen bewerben und vernetzen die Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) unter anderem in New York, Tokio, São Paulo und Neu-Delhi den Innovationsstandort Deutschland international. **I**



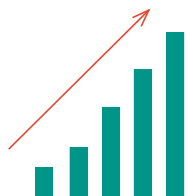
Voneinander lernen, miteinander arbeiten: Deutschland setzt sich für internationale und interdisziplinäre Kooperationen auf allen wissenschaftlichen Gebieten ein.

Zahlen und Fakten zu Bildung und Forschung



750 MILLIONEN EURO

gab das Bundesministerium für Bildung und Forschung für ein Sonderprogramm zur Impfstoffentwicklung und-produktion in Deutschland im Zuge der Covid-19-Pandemie aus. Außerdem flossen 350 Millionen Euro zusätzlich in die internationale Impfstoffinitiative CEPI.



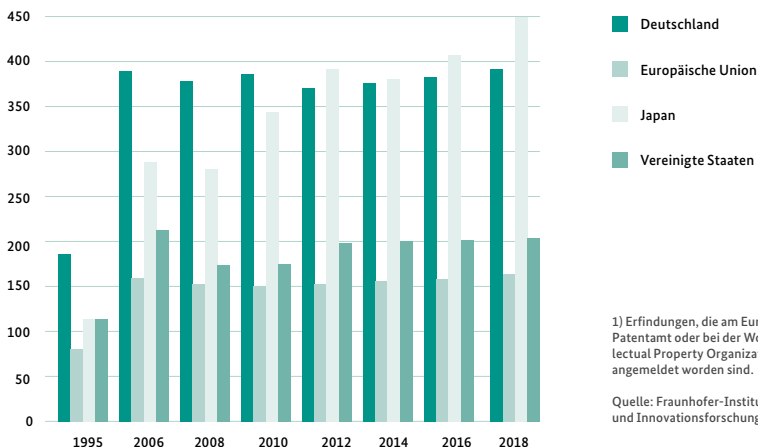
Bis 2025 sollen die Investitionen in Forschung und Entwicklung auf

3,5 %

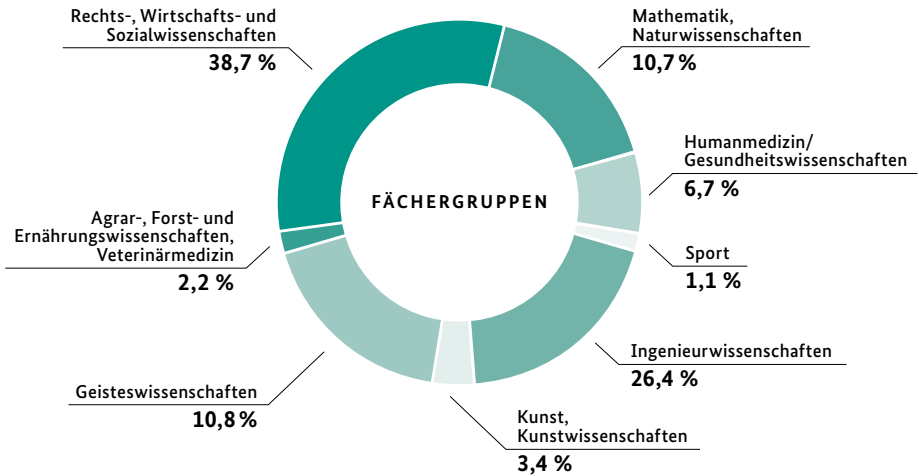
des Bruttoinlandsprodukts steigen.

WELTMARKTRELEVANTE PATENTE: DEUTSCHLAND, EUROPÄISCHE UNION, JAPAN UND VEREINIGTE STAATEN

Weltmarktpatente¹
pro Mio. Einwohner/-innen



STUDIERENDE AN DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN



Wintersemester 2021/2022, Quelle: Statistisches Bundesamt

„Unser Land ist arm an Rohstoffen, aber reich an Ideen, und in der Wissenschaft liegt unsere Zukunft. Vom Klimawandel über die Digitalisierung bis zu gesellschaftlichen und philosophischen Fragen.“

FRANK-WALTER STEINMEIER,
BUNDESPRÄSIDENT

EXASCALE-SUPERCOMPUTER



Eine Rechenleistung von mehr als
5 Millionen
modernen Notebooks wird der erste europäische Exascale-Supercomputer haben, der im Forschungszentrum Jülich stehen wird.



Weltweites Vorbild: Die duale Ausbildung nach deutschem Muster ist in vielen Ländern gefragt und beliebt.

Duale Ausbildung

Die Kombination aus Theorie und Praxis kennzeichnet das international gefragte Erfolgsmodell der deutschen dualen Ausbildung. Die im europäischen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit verdankt Deutschland auch diesem System.

Die duale Berufsausbildung unterscheidet sich von der rein schulischen Ausbildung, die in den meisten Ländern den Einstieg in das Berufsleben darstellt. Der praktische Teil eines Berufs wird dabei an drei bis vier

Wochentagen im Betrieb gelernt; an ein bis zwei Tagen erfolgt die fachtheoretische Ausbildung in der Berufsschule. Die duale Berufsausbildung dauert in der Regel zwischen zwei und dreieinhalb Jahren und wird vergütet.

Gut eine Million Jugendliche in Deutschland erlernen einen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf, im Jahr 2022 standen dabei 324 Berufe zur Auswahl. 2021 schlossen rund 467.000 Menschen einen neuen Ausbildungsvertrag im dualen System ab.



Für eine duale Ausbildung gibt es keine formalen Beschränkungen. Die Betriebe entscheiden über die erforderliche schulische Vorbildung ihrer Bewerberinnen und Bewerber.

Mehrere Akteure in Deutschland fördern die duale Berufsausbildung und sichern ihre Qualität: So beraten die Handelskammern die Ausbildungsbetriebe und überprüfen die betriebliche Ausstattung, sie organisieren zudem die Prüfungen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände verhandeln die Höhe der Ausbildungsvergütung und wirken bei der Gestaltung der Standards für die betriebliche Ausbildung mit. Der Staat finanziert und beaufsichtigt das öffentliche Berufsschulsystem und unterstützt auch arbeitslose oder benachteiligte Jugendliche bei der Ausbildungssuche.

INTERNATIONAL GROSSES

INTERESSE AM DEUTSCHEN MODELL

Die Verbindung aus theoretischem Wissen und praktischer Berufserfahrung ist bei vielen Firmen in Deutschland sehr gefragt. Auch international besteht ein großes Interesse an dem System: Viele Länder adaptieren zurzeit das System der dualen Berufsausbildung. Wegen der hohen Nachfrage hat die Bundesregierung am Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eine Zentralstelle für internationale Berufsbildungskooperation (German Office for International Cooperation in Vocational Education and Training, kurz: GOVET) eingerichtet.

Bei GOVET laufen alle Anfragen zum deutschen Berufsbildungssystem zusammen – viele davon aus dem Ausland. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit unterstützt die deutsche Bundesregierung Partnerländer bei der Entwicklung ihrer Berufsbildungssysteme und erhöht so die Chancen junger Menschen, einen qualifizierten Beruf zu erlernen. Den Rahmen dafür setzte die „Strategie der Bundesregierung zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit“, die 2013 beschlossen und 2019 fortgeschrieben wurde. |

Bildung für alle Kinder: Der Besuch einer öffentlichen Schule ist in Deutschland kostenfrei.



Attraktives Schulsystem

In Deutschland liegt die Zuständigkeit für das Schulwesen vor allem bei den 16 Ländern. Daher gibt es unterschiedliche Bildungssysteme, -pläne und Schulformen. Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) sichert die Übereinstimmung oder Vergleichbarkeit der Bildungsgänge und ihrer Abschlüsse.

Im Schuljahr 2021/2022 besuchten elf Millionen Schülerinnen und Schüler die 40.000 allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, an denen 798.000 Lehrkräfte unterrichten. Darüber hinaus lernen gut eine Million Schülerinnen und Schüler an den rund 5.800 allgemeinbildenden und beruflichen Privatschulen.

Generell gilt für alle Kinder ab sechs Jahren eine neunjährige Schulpflicht. Zugleich wird aber auch die frühkindliche Bildung im Vorschulalter und ihre Verzahnung mit dem Primarschulbereich stark gefördert. Rund 20.000 Ganztagschulen sind mittlerweile fest in der Bildungslandschaft verankert. Der Unterricht an diesen Schulen soll auch für mehr Chancengleichheit sorgen, vor allem für Kinder aus bildungsfernen Schichten.



gänge: den Hauptschulbildungsgang (Klassen 5 bis 9 bzw. 10), den Realschulbildungsgang (Klassen 5 bis 10, Abschluss Mittlere Reife) und den gymnasialen Bildungsgang (Klassen 5 bis 12 oder 13, Abschluss: Allgemeine Hochschulreife/Abitur). Sie werden in getrennten Schularten angeboten oder in Schulen, die zwei oder – wie die Gesamtschulen – drei der Bildungsgänge vereinen und Wechsel zwischen den einzelnen Schularten erleichtern. Die Bezeichnung für die Schularten unterscheidet sich je nach Land, nur das Gymnasium wird einheitlich unter diesem Namen geführt. 2021 erwarben rund 395.000 Schülerinnen und Schüler die Hochschul- oder Fachhochschulreife.

Für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es entsprechend ihrer Einschränkungen Sonder- oder Förderschulen. Allerdings soll das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung entsprechend der Behindertenrechtskonvention zur Regel werden. Ein besonderes Augenmerk richtet die Bundesregierung darauf, Kindern und Jugendlichen unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern bessere Bildungschancen zu ermöglichen.

KOSTENFREIER SCHULBESUCH

Der Besuch öffentlicher Schulen ist in Deutschland kostenfrei. Das Schulsystem gliedert sich vertikal in drei Stufen: den Primarbereich sowie die Sekundarstufen I und II. In der Regel besuchen alle Kinder im Primarbereich eine gemeinsame Grundschule, die von Jahrgangsstufe 1 bis 4 reicht (Berlin und Brandenburg: 1 bis 6). Danach gibt es drei weiterführende Standard-Bildungs-

DEUTSCHE SCHULEN IM AUSLAND

Die 137 Deutschen Auslandsschulen stehen in 70 Ländern für eine exzellente Ausbildung. Rund 84.000 Schülerinnen und Schüler lernen hier gemeinsam, 23.000 von ihnen mit Deutsch als Muttersprache. Die Schulen werden meist in privater Trägerschaft geführt, aber über die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) personell und finanziell gefördert. Seit 2008 arbeitet die vom Auswärtigen Amt koordinierte Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) zusammen mit der ZfA und dem Goethe-Institut an einem noch größeren Netzwerk der Deutschlernenden. Sie verbindet weltweit fast 2.000 Schulen, an denen mehr als 600.000 Schülerinnen und Schüler Deutschunterricht erhalten. **I**

Vielfältige Gesellschaft

BEREICHERNDE VIELFALT

Die Menschen in Deutschland können ihr Leben frei gestalten, unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Lebensentwürfen. Ein Überblick.

PLURALE LEBENSFORMEN

Viele verschiedene Formen des Zusammenlebens prägen die deutsche Gesellschaft. Die Bundesregierung fördert gezielt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genauso wie die Rechte queerer Menschen.

FREIE RELIGIONSAUSÜBUNG

Das Grundgesetz garantiert in Deutschland die Religionsfreiheit. Die religiöse Landschaft ist vielfältig, die Gesellschaft zugleich zunehmend säkularisiert.

STARKER SOZIALSTAAT

Deutschland schützt die Bürgerinnen und Bürger vor existenziellen Risiken. Wichtiger Bestandteil ist ein enges soziales Netz aus gesetzlichen Versicherungen.

FAMILIEN UND GLEICHBERECHTIGUNG

Die Bundesregierung stärkt die Rolle von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens und macht sich für Familien stark.

ENGAGIERTE ZIVILGESELLSCHAFT

Millionen Menschen in Deutschland sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich aktiv. Die Bedeutung von Stiftungen für die Zivilgesellschaft wächst.



Etwa
5,3 bis 5,6 Mio.
Musliminnen und Muslime
leben in Deutschland.

Die öffentlichen
Sozialausgaben
belaufen sich auf
**MEHR ALS
1 BIO. EURO.**

VIelfÄLTIGE GESELLSCHAFT

7 Tatsachen

52 %

der Studienanfänger
und -anfängerinnen
sind Frauen.

51 %

der deutschen
Bevölkerung bekennen
sich zu einer der beiden
großen christlichen
Konfessionen.

Die rund
100

JÜDISCHEN GEMEINDEN
werden vom 1950 gegründeten Zentralrat
der Juden in Deutschland vertreten.

**22,3 MIO.
MENSCHEN**

mit Migrations-
hintergrund leben in
Deutschland.

Rund
65.000

gleichgeschlechtliche
Ehepaare gibt es
Ende 2021 in
Deutschland.

Bereichernde Vielfalt

_____ In Deutschland leben Menschen aus aller Welt und mit den unterschiedlichsten Lebensentwürfen zusammen. Die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger ist dabei ein zentrales Anliegen der Bundesregierung.

Die Lebensentwürfe der mehr als 83 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland sind sehr unterschiedlich: Sie wohnen in Familien, Lebens- und Wohngemeinschaften oder alleine, haben verschiedene Religionen, politische Ansichten, soziale Voraussetzungen. Viele von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Hunderttausende Menschen kommen jedes Jahr für Studium oder Arbeit nach Deutschland, auch Geflüchtete finden hier eine neue Heimat. Sie alle eint, dass sie in Freiheit leben und ihre Vorstellung von einem erfüllten Leben umsetzen können. Für ein freiheitliches und selbstbestimmtes Leben aller Menschen in Deutschland setzt sich die Bundesregierung auf unterschiedlichen Ebenen ein.



Deutschland setzt sich für Akzeptanz und Vielfalt ein.

MODERNES EINWANDERUNGSLAND

Deutschland ist ein modernes Einwanderungsland mit einer aktiven und ordnenden Politik. Migration soll vorausschauend und realistisch gestaltet werden. Irreguläre Migration soll reduziert, reguläre Migration ermöglicht werden. Für Geflüchtete und Schutzsuchende, die etwa aus Krisen- und Konfliktregionen fliehen, übernimmt Deutschland humanitäre Verantwortung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nahm 2021 knapp 200.000 Asylanträge entgegen. Ein zentrales Ziel der Bundesregierung ist es, die Lebensbedingungen der Menschen so zu verbessern, dass sie ihre Heimat nicht verlassen müssen. Deutschland hat dafür zahlreiche Initiativen gegründet, die die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität in den Ländern fördern und Sicherheit schaffen.

Alle Eingewanderten und ihre Nachkommen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, werden aktiv in die deutsche Gesellschaft einbezogen und haben



Viele Programme fördern die Rahmenbedingungen für Familien.

„Eine der dringendsten Aufgaben für uns als Regierung ist es, entschieden für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen.“

Bundesfamilienministerin Lisa Paus

Anspruch auf Integrationsleistungen des Bundes. Dazu zählen zum Beispiel Sprach- und Integrationskurse, die es erleichtern sollen, in der Gesellschaft anzukommen. Zuwanderinnen und Zuwanderer, die voraussichtlich länger in Deutschland bleiben, sollen zeitnah Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Die Bundesregierung setzt zudem auf eine zukunftsorientierte und bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus aller Welt.

Die mehr als 22 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leisten einen bedeutenden Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und machen Deutschland zu einem Land der Vielfalt.

„BUNTE REPUBLIK DEUTSCHLAND“

In Deutschland spielt die Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger auf vielen gesellschaftlichen Ebenen eine wichtige Rolle. Deutschland setzt sich uneingeschränkt für die Akzeptanz von Diversität ein. Die Bundesregierung unterstützt deshalb LSBTIQ*(lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell, queer)-Rechte sowie den Abbau von Diskriminierungen. Die Regierung hat dafür auch das Amt eines oder einer Beauftrag-

ten für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt eingeführt.

GEZIELTE FÖRDERUNG FÜR FAMILIEN

Viele Menschen in Deutschland leben in einer Familie, insgesamt gab es 2021 rund 11,6 Millionen Familien. Sie zu unterstützen und zu fördern ist ein wesentliches Ziel der deutschen Familienpolitik. Die Bundesregierung setzt sich gezielt für die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie, finanzielle Stabilität und gute Kinderbetreuung ein: So kann jeder Elternteil bis zu drei Jahre Elternzeit nehmen, um den Nachwuchs zu betreuen und zu erziehen.

Der Staat zahlt zudem ein Elterngeld, das fehlendes Einkommen ausgleicht, wenn Eltern ihr Kind nach der Geburt betreuen. Weitere finanzielle Hilfen erhalten Familien zum Beispiel über das Kindergeld, den Kinderzuschlag oder das Mutterschaftsgeld.

Familiengründung bedeutet häufig insbesondere für Mütter immer noch einen Einschnitt im Berufsleben. Insgesamt sind Frauen noch öfter als Männer von Benachteiligungen am Arbeitsmarkt betroffen. Für die Arbeitswelt wurden deshalb

unterschiedliche Gesetze erlassen, die Gehälter transparenter machen oder auf mehr Frauen in Führungspositionen zielen, auch mithilfe von Quoten. Auch Allein- und Getrennterziehende erhalten zusätzlich gezielte Unterstützung wie einen steuerlichen Entlastungsbetrag oder bei Bedarf einen Unterhaltsvorschuss.

SOZIALSTAAT FÜR ALLE MENSCHEN

Deutschland ist ein Sozialstaat und setzt sich für wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit aller Bürgerinnen und Bürger ein. Im Jahr 2021 gab Deutschland 1,16 Billionen Euro – das entspricht 32,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – für Sozialleistungen aus.

Ein wesentlicher Bestandteil des Sozialstaats ist eine Kombination verschiedener Versicherungen: Die gesetzliche Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor existenziellen Gefahren. Rentnerinnen und Rentner, Mütter, Familien und dauerhaft Erwerbsunfähige werden in besonderem Maße mit Grundsicherungen oder etwa steuerlichen Leistungen gefördert. Das System der Grundsicherung wird die Bundesregierung zudem durch ein neues Bürgergeld weiterentwickeln.

ENGAGIERTE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Eine wichtige Säule des sozialen Miteinanders in Deutschland ist die lebendige Zivilgesellschaft. Ihr Engagement ist hoch: Rund 29 Millionen Menschen in Deutschland, das entspricht knapp 40 Prozent der Bevölkerung, engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich in Bereichen wie Sport, Kultur, Musik, Umwelt- und Naturschutz, Soziales oder Bildung. Sie leisten mit ihrem freiwilligen Engagement einen wichtigen Beitrag für Vielfalt, Gerechtigkeit und Freiheit in Deutschland. **I**



Die deutsche Gesellschaft ist bunt und offen. 22,3 Millionen Menschen haben einen Migrationshintergrund.

Zuwanderung und Integration

Deutschland hat sich zu einem beliebten Einwanderungsland entwickelt. 22,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben hier. Deutschland ist dabei das beliebteste Zielland für Zuwanderinnen und Zuwanderer in der EU und auch international in die Weltspitze aufgerückt. In keinem der 38 Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist die Zuwanderung in den vergangenen Jahren so stark gestiegen wie in Deutschland. Die Bundesregierung baut auf die qua-

lifizierte Zuwanderung von Fachkräften aus aller Welt. Zugleich steht Deutschland zu seiner humanitären Verantwortung für Geflüchtete und Schutzsuchende, die etwa aus Krisen- und Konfliktregionen fliehen.

VIELE MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Insgesamt lebten im Jahr 2021 rund 10,9 Millionen Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland. 22,3 Millionen Personen hatten einen Migrationshintergrund. Zu ihnen zählen



Zuwandererinnen und Zuwanderer, in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer sowie Menschen mit einem zugewanderten oder ausländischen Elternteil. Diese Gruppe entspricht etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Rund 11,8 Millionen Personen mit Migrationshintergrund hatten einen deutschen Pass. Mehr als die Hälfte von ihnen besaß die deutsche Staatsangehörigkeit seit ihrer Geburt. Ein weiterer großer Teil kam als (Spät-)Aussiedlerin oder Aussiedler nach Deutschland. Die

übrigen Menschen mit Migrationshintergrund sind eingebürgert. Allein 2021 wurden rund 131.600 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert.

SCHUTZ FÜR GEFLÜCHTETE – FLUCHTURSACHEN REDUZIEREN

Deutschland steht zu seinen internationalen Verpflichtungen zum Schutz von Geflüchteten und setzt sich dafür ein, weltweit Fluchtursachen zu bekämpfen. Im Jahr 2015 war die Zahl der zugezogenen Ausländerinnen und Ausländer mit zwei Millionen so hoch wie nie zuvor. Viele der Menschen kamen als Schutzsuchende, sie flohen vor Kriegen und Konflikten, zum Beispiel in Syrien und in Irak. Im Jahr 2021 gab es 190.800 Anträge auf Asyl.

Die Bundesregierung setzt sich für die Reduzierung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration sowie für die aktive Gestaltung und Steuerung von Migrationsprozessen ein. Hierzu gehören die Rückkehr von Menschen ohne Bleibeperspektive in Deutschland, die Förderung der Reintegration in den Herkunftsländern sowie die Unterstützung von Transit- und Aufnahmestaaten. Um Migration aktiver zu gestalten, strebt Deutschland auch partnerschaftliche Vereinbarungen mit Herkunftsländern an. Darüber hinaus engagiert sich die Bundesrepublik für eine grundlegende Reform des EU-Asylsystems mit dem Ziel einer gerechten Verteilung und fairen Standards in den Abläufen.

Gleichzeitig will Deutschland neue Chancen eröffnen: Gut integrierte Jugendliche sollen nach drei Jahren die Möglichkeit erhalten, ein Bleiberecht zu bekommen. Menschen, die seit fünf Jahren in Deutschland leben und bestimmte Voraussetzungen erfüllen, erhalten eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe, um in dieser Zeit die weiteren Bedingungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erreichen.

FACHKRÄFTEZUWANDERUNG AUS DRITTSTAATEN

Migrantinnen und Migranten leisten einen bedeutenden Beitrag zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Der wachsende Bedarf an Fachkräften zieht zunehmend gut qualifizierte Menschen aus dem Ausland an. Die Bundesregierung möchte weitere Zuwanderung ermöglichen, auch um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der sich aus dem demografischen Wandel ergibt.

Ergänzend zur verstärkten Aktivierung des inländischen Potenzials von Erwerbspersonen und zur Zuwanderung aus EU-Staaten sieht die Bundesregierung auch in der Fachkräftezuwanderung aus Drittstaaten einen Weg, um der demografischen Entwicklung entgegenzusteuern und einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Zudem will Deutschland die Visavergabe beschleunigen und verstärkt digitalisieren.

ERFOLGREICHE INTEGRATION

Die Integrationspolitik ist ein zentrales Politikfeld in Deutschland und wird als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen. Integration ist ein

Angebot, aber auch eine Verpflichtung zu eigener Anstrengung. Sie kann nur als wechselseitiger Prozess gelingen. Nach dem Aufenthaltsgesetz haben diejenigen Ausländerinnen und Ausländer, die rechtmäßig und auf Dauer im Bundesgebiet leben, Anspruch auf Integrationsleistungen des Bundes. Diese Leistungen dienen der Sprachvermittlung, der Integration in Ausbildung, Arbeit und Bildung sowie der gesellschaftlichen Integration. Ziel ist, die Menschen in die Gesellschaft einzubeziehen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen. Als zentrale Maßnahme wird der Integrationskurs angeboten, der aus einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs besteht. Die Bundesregierung will zudem Berufssprachkurse stärker fördern. Ein weiteres Ziel der Bundesregierung be-

WEGMARKEN

1955

Starkes Wirtschaftswachstum führt Mitte der 1950er-Jahre zu Arbeitskräftemangel in Deutschland. Anwerbeverträge mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien, Jugoslawien folgen.

1964

Der millionste Arbeitsmigrant, „Gastarbeiter“ genannt, wird willkommen geheißen. Mit der Ölkrise im Jahr 1973 setzt ein Anwerbestopp ein. Etwa vier Millionen ausländische Menschen leben nun in Deutschland.

1990

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie den Kriegen im damaligen Jugoslawien nimmt die Zuwanderung 1990 rasant zu. Zudem ziehen 400.000 Deutschstämmige aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland.

steht darin, die Bildungsbeteiligung gerade junger Ausländerinnen und Ausländer weiter zu erhöhen. Etwa ein Drittel der 20- bis 34-jährigen ausländischen Erwachsenen bleibt ohne Berufsabschluss.

Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 2014 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt. Für in Deutschland nach 1990 geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern wurde die „Optionspflicht“ abgeschafft: Zuvor mussten sie sich bis zum vollendeten 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

FINANZIELLE SICHERHEIT IN AUSBILDUNG ODER STUDIUM

Zuwanderinnen und Zuwanderer, die voraussichtlich länger in Deutschland bleiben, sollen

schnell eine Ausbildung beginnen oder in den Beruf einsteigen können. Daher hat die Bundesregierung 2019 das Gesetz zur Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung von Ausländern eingeführt. Wer eine gute Bleibeperspektive hat, kann nun zügiger einen Job beginnen. Die Vermittlung in Sprachkurse und andere Integrationsangebote verbessert das Gesetz ebenfalls.

Auch die Regelungen zu Asylbewerberleistungen hat die Bundesregierung 2019 geändert. Die Anpassungen sollen verhindern, dass Geflüchtete Ausbildung oder Studium aus finanziellen Gründen abbrechen müssen. Die Regierung will zudem den Zugang zur Gesundheitsversorgung unbürokratischer gestalten.

Auch das Ehrenamt spielt bei der Integration eine wichtige Rolle – sowohl durch zahlreiche Freiwillige, die sich mit Kursen und Alltagshilfen für Geflüchtete oder Migrantinnen und Migranten engagieren als auch durch Zugewanderte, die selbst Ehrenämter übernehmen. Die Übernahme von Ehrenämtern wird im Rahmen des angepassten Asylbewerberleistungsgesetzes ebenfalls gefördert. **I**

1997

Seit Mitte der 1980er-Jahre kommen zunehmend auch Asylsuchende nach Deutschland. Das Dubliner Übereinkommen regelt von 1997 an die Zuständigkeit der europäischen Staaten bei Asylverfahren.

2014

Die doppelte Staatsbürgerschaft wird eingeführt. In Deutschland aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern müssen sich unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

2020

Im März tritt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft. Es soll die qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland nach Deutschland stärken. Die Bundesregierung will das Einwanderungsrecht weiterentwickeln.

Plurale Lebensformen

Neue Formen des Zusammenlebens prägen die deutsche Gesellschaft. Doch auch in der individualisierten und hochmobilen Welt des 21. Jahrhunderts kommt der Familie eine zentrale Bedeutung zu. Laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach weisen mehr als drei Viertel der Bevölkerung (77 Prozent) der Familie den ersten Rang in ihrem Leben zu. Gleichzeitig verändert sich zunehmend die Vorstellung darüber, wie eine Familie typischerweise aussieht.

EHE FÜR ALLE

Es war ein Meilenstein der Gleichberechtigung: Im Jahr 2017 trat in Deutschland ein Gesetz in Kraft, das die Ehe für homosexuelle Paare ermöglicht. Zuvor konnten gleichgeschlechtliche Paare nur eine Lebenspartnerschaft eintragen, ein eheähnliches Konzept. Die „Ehe für alle“ öffnet die Heirat in Deutschland seitdem auch für homosexuelle Paare und bedeutet für Schwule und Lesben ein großes Stück gesellschaftliche Gleichberechtigung. Seit Einführung der „Ehe für alle“ wurden bis Ende 2021 in Deutschland 65.600 gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen.

Nur knapp die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt noch in einer Familie. Trotz der rückläufigen Entwicklung traditioneller Familienstrukturen waren Ehepaare mit minderjährigen Kindern 2021 mit rund 70 Prozent die häufigste Familienform. Die Zahl der Eheschließungen lag 2021 bei 357.800. Etwas mehr als jede dritte Ehe wird wieder geschieden. Etwa 42.000 Ehen wurden 2021 zwischen Deutschen und Ausländerinnen oder Ausländern geschlossen.

Deutlich steigt die Zahl der Paare mit Kindern in nicht ehelichen Lebensgemeinschaften. Zwischen 1999 und 2019 verdoppelte sich ihr Anteil an den heute 8,2 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern; mehr als jedes zehnte Paar mit Kind ist unverheiratet. Dazu kommen rund 2,6 Millionen Alleinerziehende, meist sind dies Frauen. Alleinerziehende sind häufig Armutsrisiken ausgesetzt, rund 38 Prozent von ihnen beziehen staatliche Unterstützungsleistungen.

MEHR GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERSCHAFTEN

In Deutschland wohnten 2019 rund 142.000 homosexuelle Paare zusammen – über die Hälfte mehr als zehn Jahre zuvor. Rund 34.000 von ihnen lebten in einer eingetragenen Partnerschaft, die



Freiheit und Gleichheit: Die Menschen in Deutschland entscheiden selbst darüber, wie und mit wem sie zusammenleben.

seit 2001 gleichgeschlechtlichen Paaren eine rechtliche Absicherung ihrer Beziehung ermöglicht. 2017 beschloss der Bundestag die sogenannte „Ehe für alle“. Homosexuelle Paare haben jetzt das Recht auf eine vollwertige Eheschließung und damit beispielsweise auch auf die Adoption von Kindern. Ende 2019 gab es rund 52.000 gleichgeschlechtliche Ehepaare. Die Bundesregierung will darüber hinaus das Prinzip der Verantwortungsge-

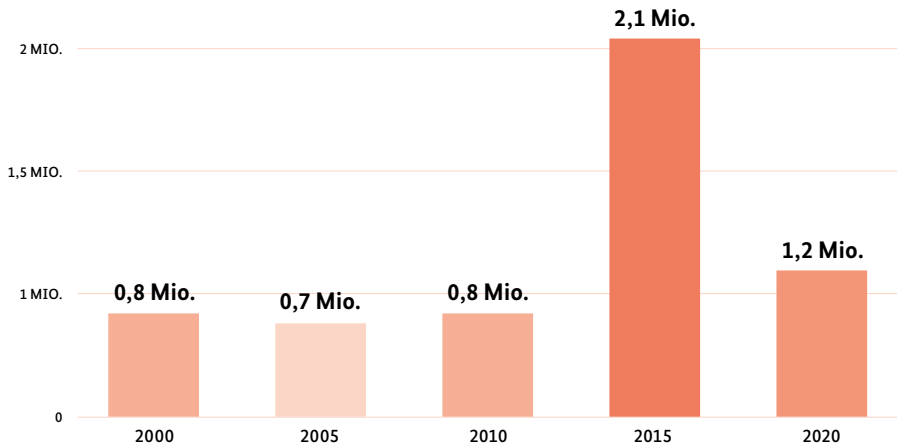
meinschaft einführen. Dabei soll es zwei oder mehr Personen ermöglicht werden, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen.

Während einerseits neue Formen des Zusammenlebens entstehen, wächst die Zahl der Ein-Personen-Haushalte. Mehr als 40 Prozent aller Privathaushalte sind Single-Haushalte. Diese Entwicklung ist einerseits Folge des demografischen Wandels, durch den sich die Zahl der alleinlebenden älteren Menschen erhöht, andererseits leben jedoch auch mehr junge Menschen als Single. Laut einer Vorausberechnung des Statistischen Bundesamts wird 2040 jeder vierte Mensch in Deutschland alleine wohnen. **I**

Zahlen und Fakten zu Zuwanderung und Integration

ZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND

Mehrere Hunderttausend Menschen kommen jedes Jahr nach Deutschland.
Eine Rekordzahl an Zuwanderinnen und Zuwanderern verzeichnete Deutschland im Jahr 2015.



Quelle: Statistisches Bundesamt

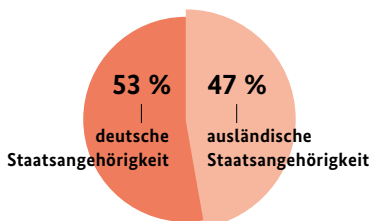
MEHRSPRACHIGKEIT



49 %

Knapp die Hälfte aller
Personen mit Migrationshintergrund
ist mehrsprachig und spricht
zu Hause sowohl Deutsch als auch
(mindestens) eine weitere Sprache.

MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND



Im Jahr 2021 hatten
22,3 Millionen Menschen
in Deutschland einen
Migrationshintergrund.

Quelle: Statistisches Bundesamt

„Heute ist Deutschland ein vielfältiges und starkes Land in der Mitte Europas. Wir sind dankbar für den Beitrag, den viele Menschen dafür geleistet haben, auch Einwanderinnen, Einwanderer, ihre Kinder und Enkel.“

REEM ALABALI-RADOVAN,
BEAUFTRAGTE DER
BUNDESREGIERUNG FÜR
MIGRATION, FLÜCHTLINGE
UND INTEGRATION

ASYL



2021 wurden in Deutschland rund

190.800

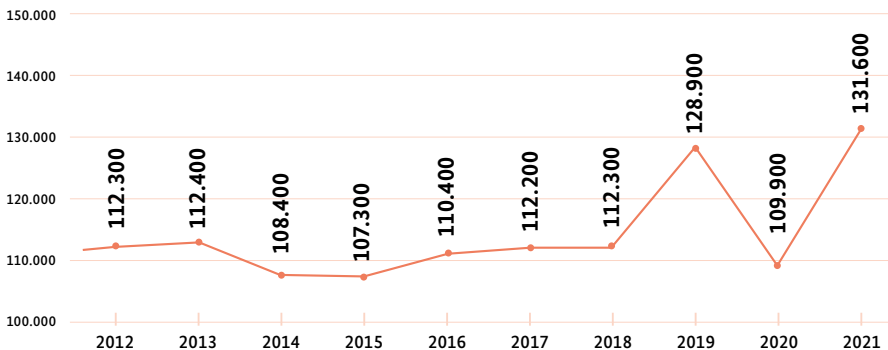
ANTRÄGE AUF ASYL

gestellt. Die drei häufigsten Herkunftsländer der Schutzsuchenden waren Syrien, Irak und Iran.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

ZAHL DER EINBÜRGERUNGEN

Jedes Jahr werden in Deutschland mehr als 100.000 Menschen eingebürgert.



Quelle: Statistisches Bundesamt



Freie Religionsausübung

Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist in Deutschland durch das Grundgesetz garantiert. „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich“, heißt es in Artikel 4 der Verfassung. Dies umfasst die Freiheit, seine Religion zu bekunden und auszuüben, oder auch zu entscheiden, keine Religion zu haben.

Wachsende Pluralität und zunehmende Säkularisierung kennzeichnen die religiöse Landschaft in Deutschland. Rund 51 Prozent der deutschen Bevölkerung bekennen sich zu einer der beiden großen christlichen Konfessionen, organisiert in den 27 katholischen Diözesen und der Deutschen Bischofskonferenz sowie den evangelischen Landeskirchen

und der Evangelischen Kirche in Deutschland als Dachverband. Die katholische Kirche mit mehr als 21 Millionen Mitgliedern in 9.900 Gemeinden gehört der Weltkirche mit dem Papst als Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche an. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist die Gemeinschaft der 20 selbstständigen evangelischen Landeskirchen lutherischen, reformierten und united Bekenntnisses. Mit rund 20 Millionen Mitgliedern umfasst sie den größten Teil der evangelischen Christen. Rund 41 Prozent der Bevölkerung gehören keiner Konfession an.

WACHSENDE BEDEUTUNG DES ISLAM

Der Islam gewinnt durch Migration an Bedeutung für das religiöse Leben. Die Zahl der aus 50 Natio-

Fünf Millionen Musliminnen und Muslime leben in Deutschland.

„Die Musliminnen und Muslime in Deutschland und ihre Religion sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser

nen stammenden Musliminnen und Muslime in Deutschland wird mit etwa 5,3 bis 5,6 Millionen beziffert, eine zentrale Ermittlung findet jedoch nicht statt. In vielen Städten haben sich größere muslimische Gemeinden gebildet. Mit der Deutschen Islam Konferenz (DIK) existiert seit 2006 ein offizieller Rahmen für den Austausch zwischen Staat und Musliminnen sowie Muslimen. Zudem gibt es etwa Ausbildungsprogramme für Imaminnen und Imame an deutschen Universitäten, die die Bundesregierung weiter ausbauen will.

Das jüdische Leben, das nach dem Holocaust völlig zerstört war, ist in Deutschland wieder fest verankert. Heute leben in Deutschland wieder rund 225.000 Jüdinnen und Juden. Rund 92.000 von ih-

nen sind in rund 100 jüdischen Gemeinden organisiert, die ein weites religiöses Spektrum aufweisen und vom 1950 gegründeten Zentralrat der Juden in Deutschland vertreten werden.

PARTNERSCHAFTEN ZWISCHEN STAAT UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Deutschland hat keine Staatskirche. Staat und Religionsgemeinschaften kooperieren auf partnerschaftlicher Basis. Der Staat beteiligt sich an der Finanzierung von Kindergärten und Schulen in Trägerschaft der Religionsgemeinschaften. Die Kirchen erheben eine Kirchensteuer, die vom Staat eingezogen wird, um soziale Dienste zu finanzieren. Schulen müssen Religion als reguläres Unterrichtsfach anbieten, in Berlin und Bremen gilt dies eingeschränkt.

Der islamische Religionsunterricht wird ausgebaut. Um muslimischen Kindern und Jugendlichen, die in Deutschland zur Schule gehen, Religionsunterricht anbieten zu können, werden zusätzliche Pädagoginnen und Pädagogen ausgebildet.



Jüdisches Leben in Deutschland: die Synagoge in Speyer

Starker Sozialstaat

Deutschland verfügt weltweit über eines der umfassendsten Sozialsysteme. Wie auch in anderen entwickelten Demokratien stellen die Sozialausgaben den größten Einzelposten der Staatsausgaben dar. Rund 1,19 Billionen Euro wurden 2020 für öffentliche Sozialausgaben aufgewendet, was einem Anteil von 33,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht.

Die wohlfahrtsstaatlichen Sozialsysteme haben eine Tradition, die bis in die Zeit der Industrialisierung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreicht und mit dem damaligen Reichskanzler Otto von Bismarck in Verbindung gebracht wird. Unter Bismarck wurde 1883 zunächst die verpflichtende Krankenversicherung für Arbeiterinnen

SOZIALSTAAT IM GRUNDGESETZ

In den Artikeln 20 und 28 bezeichnet das Grundgesetz den deutschen Staat als einen demokratischen und sozialen Bundes- und Rechtsstaat. Die Gesetzgebung muss sich also um soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger kümmern. Wichtige Bereiche sind unter anderen die Arbeitsgesetzgebung und die Steuer-gesetzgebung sowie die Sozialversicherung.

und Arbeiter eingeführt. Mit der Sozialgesetzgebung, die in den darauffolgenden Jahren ausgebaut wurde, entstand die Basis einer sozialstaatlichen Orientierung. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde das Sozialstaatsprinzip ebenfalls verankert. Wie es ausgestaltet wird, müssen Politik und Gesellschaft jeweils neu verhandeln, vor allem der demografische Wandel macht Anpassungen notwendig.

UMFASSENDE SCHUTZ DURCH VERSICHERUNGEN

Heute schützt ein eng gewebtes Netz aus gesetzlicher Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung die Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen existenzieller Risiken und Bedrohungen. Daneben umfasst das soziale Netz die Grundsicherung für Rentnerinnen und Rentner und dauerhaft Erwerbsunfähige oder steuerliche Leistungen wie den Familienleistungsausgleich. Familien erhalten monatlich ein Kindergeld. Zudem sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vor, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

Das 2014 in Kraft getretene Rentenpaket verbesserte vor allem die Situation älterer Menschen. Mit der Reform wurden unter anderem die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren und die sogenannte



Selbstbestimmtes Leben, gesellschaftliche Teilhabe: Seniorinnen und Senioren werden in Deutschland gezielt unterstützt.

Mütterrente eingeführt. Sie gilt als eine **Anerkennung für die erbrachte Erziehungsleistung**. Frauen, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, hatten nicht die Betreuungsmöglichkeiten, wie Eltern sie heute haben, und damit auch weniger Chancen in der Arbeitswelt. Diese Erziehungsleistung wird mit der Mütterrente gewürdigt. Rund 9,5 Millionen Frauen und wenige Männer erhalten seit Juli 2014 pro Kind und Jahr über 300 Euro mehr Rente. Langjährig Rentenversicherte mit 45 Beitragsjahren

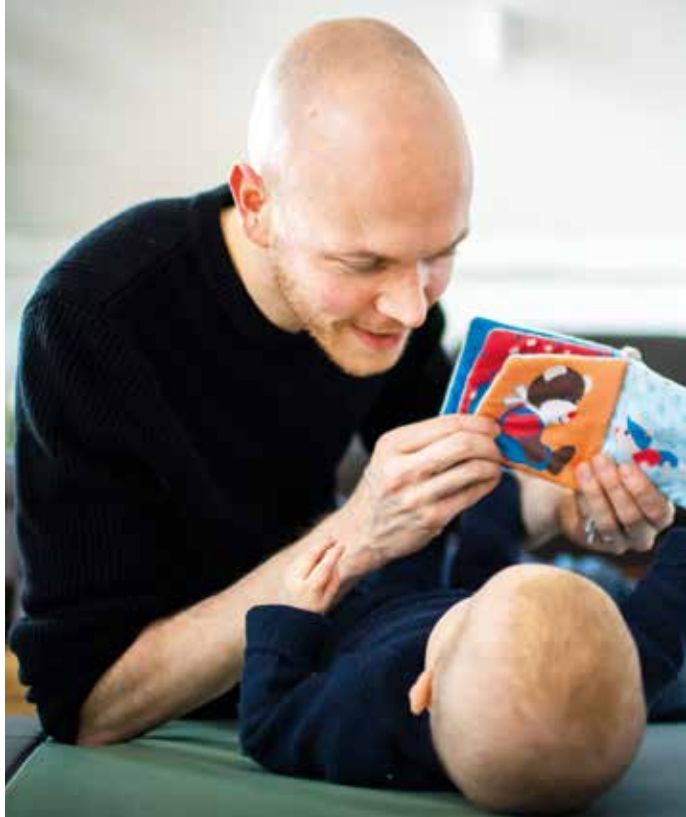
wiederum können seit dem 1. Juli 2014 mit 63 Jahren ohne Abschläge in Altersrente gehen.

ABSICHERUNG FÜR ÄLTERE MENSCHEN

Anfang 2021 wurde eine Grundrente eingeführt. Wer mindestens 33 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt und wenig verdient hat, soll künftig einen Zuschlag erhalten. Die Grundrente kommt rund 1,3 Millionen Menschen zugute, viele davon sind Frauen.

In Deutschland ist eine Krankenversicherung gesetzliche Pflicht. Die medizinische Versorgung der Menschen wird durch ein **breites Angebot an Krankenhäusern, Arztpraxen und Reha-Einrichtungen** gewährleistet. **I**

Neue Rollenverteilung:
Immer mehr Väter in Deutsch-
land nehmen Elternzeit.



Familien und Gleichberechtigung

Durch Elternzeit, Elterngeld und gute Betreuungsangebote unterstützt Deutschland Familien und stärkt die gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben. Damit trägt die Politik auch gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung. So ist der Anteil erwerbstätiger Mütter innerhalb von zehn Jahren um gut fünf Prozentpunkte auf rund 75 Prozent im Jahr 2020 gestiegen. Mehr als zwei Drittel der erwerbstätigen Frauen mit Kindern arbeiten auf Teilzeitbasis.

Die 2007 eingeführte Elternzeit macht die Familiengründung und die berufliche Weiterentwicklung leichter miteinander vereinbar. Sie erlaubt es beiden

Partnern, die Arbeit für bis zu drei Jahre ruhen zu lassen. Es besteht in dieser Zeit auch ein besonderer Kündigungsschutz. Fehlendes Einkommen durch die Betreuung der Kinder soll durch das Elterngeld ausgeglichen werden. Je nach vorherigem Einkommen liegt es zwischen 300 und 1.800 Euro. Gemeinsam steht die Unterstützung beiden Eltern 14 Monate zu. Beteiligen sich beide an der Betreuung der Kinder, kann jedes Elternteil



Elterngeld Plus lohnt sich der frühe Wiedereinstieg in den Beruf für sie nun mehr. Eltern, die in Teilzeit arbeiten, bekommen dadurch bis zu 28 Monate lang finanzielle Unterstützung.

Seit dem 1. August 2013 haben Kinder nach dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Insgesamt besuchen mehr als 2,6 Millionen Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt eine Kindertagesbetreuung. Die Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren betrug am 1. März 2021 34,4 Prozent.

GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER

Elternzeit, Elterngeld und verbesserte Rahmenbedingungen für die Betreuung schaffen weitere Voraussetzungen für die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung von Frauen. Im Bildungsbereich haben junge Frauen die jungen Männer zum Teil schon überholt. So lag im Wintersemester 2021/2022 der Frauenanteil unter den Studienanfängern bei 52 Prozent. Allerdings bestehen zwischen den Geschlechtern nach wie vor Unterschiede bei Verdienstmöglichkeiten und Karrierewegen. Selbst bei gleicher formaler Qualifikation und gleichen Merkmalen verdienen Frauen im Durchschnitt etwa sechs Prozent weniger als Männer. In Leitungspositionen sind sie weiterhin unterrepräsentiert. Die Bundesregierung setzt sich aber aktiv dafür ein, Unterschiede zu beseitigen. Neben der direkten Unterstützung etwa durch das Elterngeld sollen Regelungen wie das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz helfen, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Zudem sorgen Quotenregelungen dafür, dass Frauen mehr Führungspositionen bekleiden. Auch international engagiert sich die Bundesregierung für die Gleichstellung der Geschlechter. |

mindestens zwei und höchstens zwölf Monate Elterngeld bekommen. Auch immer mehr Väter nehmen dieses Angebot an und lassen ihren Job für ein paar Wochen oder Monate ruhen.

FRÜHER WIEDEREINSTIEG IN DEN BERUF LOHNT SICH

Es sind aber weiterhin vor allem die Mütter, die nach der Geburt des Kindes längere Zeit zu Hause bleiben. Mit dem 2015 ergänzten

Engagierte Zivilgesellschaft

Rund 29 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich und übernehmen Verantwortung für die Gesellschaft. Das bedeutet einen Anteil von knapp 40 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Dieser Wert ist in den vergangenen 20 Jahren deutlich gestiegen, 1999 lag er noch bei rund 31 Prozent. Eine Mehrheit von 60 Prozent der Befragten des 2021 erschienenen Fünften Deutschen Freiwilligensurveys investiert wöchentlich bis zu zwei Stunden in das Ehrenamt, 17 Prozent wenden sogar sechs und mehr Stunden für die freiwillige Tätigkeit auf. Ein weiteres zentrales Ergebnis der Studie: Das En-

gagement ist vielfältig und kommt verschiedenen Gruppen zugute. Die meisten Freiwilligen sind im Bereich Sport und Bewegung aktiv, es folgen die Bereiche Kultur und Musik, Soziales sowie Schule und Kindergarten.

Zivilgesellschaft kennzeichnet jenen Bereich der Gesellschaft, der nicht staatlich oder parteipolitisch ist, sondern sich freiwillig und öffentlich in gesellschaftlichen und politischen Fragen engagiert. Vereine spielen beim freiwilligen Engagement eine wichtige Rolle. Gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Genossenschaften, Hilfsorganisationen, gemeinnützigen Unternehmen und Privatinitiativen bilden die Mitglieder der 620.000 Vereine das Rückgrat des „dritten Sektors“.

GRENZENLOS ENGAGIERT

In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement. Ob im Kindergarten oder Seniorenheim, in der Behindertenhilfe oder beim Umweltschutz, bei Integrationsinitiativen oder im Sportverein – Freiwilligendienste sind vielfältig und richten sich an jedes Alter. Die Bundesregierung fördert diese Form des freiwilligen Engagements mit zahlreichen Angeboten. Beim Internationalen Jugendfreiwilligendienst etwa engagieren sich Teilnehmende weltweit im sozialen oder ökologischen Bereich sowie in der Friedens- und Versöhnungsarbeit.

EINSATZ IN BÜRGERSTIFTUNGEN

Vor allem Stiftungen gewinnen kontinuierlich an Bedeutung. Deutschland ist mit fast 25.000 rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts, der klassischen Rechtsform einer Stiftung, eines der stiftungsreichsten Länder Europas. Allein im Jahr 2021 wurden mehr als 800 neue Stiftungen errichtet. Im Bundesdurchschnitt kommen auf 100.000 Einwohner 29 Stiftungen. Alle Stiftungen sämtlicher Rechtsformen verfügen zusammen über ein Vermögen von etwa 110 Milliarden Euro.

Mehr als die Hälfte der Stiftungen (51,8 Prozent) verfolgt vor allem gesellschaftliche Zwecke. Auch die Bereiche Bildung und Erziehung (34,5 Prozent) sowie Kunst und Kultur (31,6 Prozent) werden häufig unterstützt. Die fünf größten privatrechtlichen Stiftungen, gemessen an ihren Ausgaben, sind die SRH Holding, die RAG-Stiftung, die Evangelische Stiftung Alsterdorf, die VolkswagenStiftung und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt.

Stark im Kommen sind Bürgerstiftungen, bei denen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen

gemeinsam als Stifter auftreten, um lokale oder regionale Vorhaben zu fördern. Erste Stiftungen dieser Art entstanden 1996. Es gibt inzwischen mehr als 250 Bürgerstiftungen, die das Gütesiegel des Bundesverbands Deutscher Stiftungen tragen.

Das bürgerschaftliche Engagement hat in den vergangenen Jahren leicht zugenommen, es verlagert sich aber von den größeren Verbänden stärker hin zu kleinen, selbstorganisierten Gruppen und wechselnden Projekten. Insbesondere während des starken Zuzugs von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 engagierten sich viele Menschen in Deutschland ehrenamtlich in lokalen Initiativen zur Unterstützung der Schutzsuchenden. Die Corona-Pandemie hat neue Aufgaben und Formen des ehrenamtlichen Engagements hervorgebracht, etwa Einkaufshilfen für Menschen aus Risikogruppen. |



Aktiv in der Freizeit: Viele Menschen in Deutschland unterstützen ehrenamtlich Projekte und Vereine.

Kultur und Medien

LEBENDIGE KULTURNATION

Deutschlands Kultur- und Medienlandschaft ist vielfältig, vom Föderalismus der Bundesrepublik geprägt und offen für neue Wege und Einflüsse aus aller Welt. Ein Überblick.

KULTURELLER DIALOG

Internationale Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Gesellschaften in Kultur und Bildung ist auch ein zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik.

FREIHEIT VON KUNST UND KULTUR

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Kultur in ihrer Vielfalt als Staatsziel zu verankern. Ihre Unabhängigkeit ist durch das Grundgesetz geschützt.

GARANTIERTE MEDIENFREIHEIT

Eine freie Presse zählt zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine Demokratie. Die Digitalisierung verändert die Medienbranche.

ATTRAKTIVE SPRACHE

Deutsch zu lernen liegt im Trend. Grund dafür sind attraktive Arbeitsmöglichkeiten und eine hohe Lebensqualität in Deutschland.



Rund
**130 MIO.
MENSCHEN**

sprechen Deutsch als Muttersprache
oder regelmäßig benutzte Zweitsprache.

1998
wurde das Amt der
oder des Beauftragten
der Bundesregierung
für Kultur und Medien
geschaffen.

KULTUR UND MEDIEN

7 Tatsachen

Weltweit schafft
das Goethe-Institut an
**158 INSTITUTEN
IN 98 LÄNDERN**
einen Zugang zur
deutschen Sprache
und Kultur.

**60 MIO.
MENSCHEN**

in Deutschland lesen
regelmäßig eine
gedruckte Zeitung oder
nutzen mindestens
einmal in der Woche
ein digitales
Zeitungsangebot.

51
NATUR- UND KULTURERBESTÄTTEN

in Deutschland stehen auf der
UNESCO-Welterbeliste. In Europa hat nur
Italien mehr Welterbestätten.

Von 1981 bis 2021
hat Deutschland
den Erhalt von mehr als

3.600
Kulturgütern in
144 Ländern gefördert.

Artikel 5
des Grundgesetzes
garantiert die Meinungs-
und Pressefreiheit sowie
die Freiheit der Kunst.

Lebendige Kulturnation

Das Kulturangebot in Deutschland ist vielfältig, sowohl von Traditionen geprägt als auch offen für neue Perspektiven. Die Kunstfreiheit wird genauso wie die Pressefreiheit vom Grundgesetz garantiert.

Große Namen wie Goethe, Schiller und Thomas Mann in der Literatur oder Bach, Beethoven und Brahms in der Musik haben Deutschlands Ruf als bedeutende Kulturnation begründet. Doch auch mit zeitgenössischen Autorinnen und Autoren wie Juli Zeh, Carolin Emcke und Navid Kermani oder Musiktalenten wie Robin Schulz, Zoe Wees und Milky Chance findet die deutsche Kulturbranche weltweit Beachtung.

In den vergangenen Jahren haben insbesondere junge Kunstschaffende mit Migrationshintergrund mit ihren Werken neue Perspektiven eröffnet und so die Kulturlandschaft bereichert. Stellvertretend dafür steht zum Beispiel die Arbeit am Maxim Gorki Thea-



Raum für internationale Kunst bietet die Kunsthalle Düsseldorf.

ter in Berlin, dessen Intendantin Shermin Langhoff den Begriff des „postmigrantischen Theaters“ prägte. Auch in der Literatur gibt es eine starke postmigrantische Strömung, vertreten etwa durch Nino Haratischwili, Abbas Khider oder Saša Stanišić.

FÖDERALE TRADITION

Zur Vielfalt der kulturellen Landschaft trägt auch der Föderalismus in Deutschland bei. Die 1949 gegründete Bundesrepublik, aber auch das seit 1990 wiedervereinigte Deutschland haben bewusst an föderale Traditionen angeknüpft und die Kulturhoheit den Ländern überantwortet. Ergebnis der aus vielen ehemaligen Klein- und Mittelstaaten sowie freien Städten bestehenden Struktur sind unter anderem rund 140 Stadt- und Landestheater, rund 200 Privattheater sowie 130 zum Teil an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gekoppelte Berufsorchester. Mehr als 7.200 Museen und Ausstellungshäuser bilden eine beispiellose Museumslandschaft. Dazu kommen weltweit beachtete Kulturveranstaltungen in ganz Deutschland wie die Berlinale – die Internationalen Filmfestspiele Berlin –, die Frankfurter Buchmesse, die Bayreuther Festspiele oder Rock am Ring.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört zudem zu den innovativsten

„Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. (...) Eine Zensur findet nicht statt.“

Grundgesetz, Artikel 5



Sängerin Zoe Wees mit dem Musikkorps der Bundeswehr in der Elbphilharmonie

Wirtschaftszweigen in Deutschland. Im Jahr 2020 lag ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt bei knapp drei Prozent. Die Bundesregierung will die Kultur- und Kreativwirtschaft stärken und hat dazu Förderungen und Finanzierungsmöglichkeiten weiterentwickelt.

DIALOG IN VORPOLITISCHEN RÄUMEN

Der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik kommt in Deutschland große Bedeutung zu. Sie ist neben der klassischen Diplomatie und der Außenwirtschaftspolitik zentraler Baustein des Außenpolitikspektrums. Über den Dialog zwischen Menschen und Zivilgesell-

schaft ermöglicht sie einen Austausch in sogenannten vopolitischen Räumen. Damit eröffnet sie Chancen für ein besseres gegenseitiges Verständnis. Krisen und Konflikte können entschärft werden, eine Gesprächsbasis bleibt auch in unruhigen politischen Zeiten erhalten. Zu dieser Gesprächsbasis trägt etwa bei, dass über Schutzprogramme des Auswärtigen Amtes in ihren Heimatstaaten gefährdete



Kunst- und Kulturschaffende Zuflucht in Deutschland oder einem Drittstaat finden und ihrer Arbeit im Rahmen von Stipendien weiter nachgehen können. Die Restaurierung und der Erhalt bedeutender Bauwerke und Kulturschätze der Welt sowie die Förderung der deutschen Sprache im Ausland sind ebenfalls Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Mit der Förderung von Überset-

zungen setzt sich das Auswärtige Amt zudem dafür ein, dass Deutschlands kulturelle Vielfalt auch einem internationalen Publikum offensteht.

IM GRUNDGESETZ VERANKERTE FREIHEITEN

Die Kunstfreiheit ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert. Die Bundesregierung hat sich zudem vorgenommen, die Kultur in ihrer Vielfalt als Staatsziel zu verankern. Bereits 1998 wurde das Amt der oder des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geschaffen. Das Grundgesetz garantiert auch die Meinungs- und Pressefreiheit. Denn freie Medien zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine Demokratie. „Eine Zensur findet nicht statt“, heißt es in der Verfassung.

In der Rangliste der Pressefreiheit der Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen lag Deutschland im Jahr 2021 auf dem 16. Platz von 180 Ländern. Die Presse befindet sich nicht in der Hand von Regierungen oder Parteien, sondern wird von privatwirtschaftlich geführten Medienunternehmen getragen. Deutschland ist nach China, Indien, Japan und den USA der fünftgrößte Zeitungsmarkt weltweit. Dazu kommt als weitere tragende Säule der unabhängige öffentlich-rechtliche Rundfunk, der aus allen Regionen Deutschlands frei von wirtschaftlichen und politischen Interessen objektiv und neutral berichtet.

VIelfältige Zugänge zur DEUTSCHEN SPRACHE

Knapp 15,5 Millionen Menschen lernen aktuell weltweit Deutsch als Fremdsprache – vor allem in Europa, aber zunehmend auch in Afrika und Asien. Deutschlands starke Wirtschaft und die Nachfrage nach Fachkräften sowie das leistungsfähige Hochschulsystem verleihen der deutschen Sprache eine große Attraktivität. Zugänge zur deutschen Sprache und Kultur schaffen weltweit auch 158 Goethe-Institute in 98 Ländern. |



Kultureller Dialog

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist zentraler Baustein einer umfassenden Außenpolitik. Der internationale Austausch und die Zusammenarbeit in Kultur und Bildung, Wissenschaft und Forschung schaffen vopolitische Räume und die Basis für eine nachhaltige Außenpolitik der Gesellschaften. Über den Dialog zwischen Menschen und Zivilgesellschaften eröffnen sich so Wege zu gemeinsamen Perspektiven. Dies schafft auch die Grundlage dafür, Krisen und Konflikte frühzeitig zu entschärfen oder sogar zu verhindern.

KULTUR- UND BILDUNGSPROGRAMME FÖRDERN DEN AUSTAUSCH

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik fördert darüber hinaus die deutsche Sprache in der Welt und

will Deutschland als Land einer reichhaltigen und vielfältigen Kulturszene bekannt machen. Zu den konkreten Initiativen gehören zum Beispiel die Förderung verschiedener Kulturprogramme wie Ausstellungen, Kooperationsprojekte deutscher Theater, Literatur- oder Filmförderung, dazu kommen Bildungsprogramme wie die Partnerschulinitiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) – einem Netzwerk von fast 2.000 Schulen, die Deutsch als Fremdsprache anbieten. Zu den Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gehören auch Projekte im Dialog mit der islamischen Welt oder das Angebot „kulturweit“, das jungen Menschen aus Deutschland einen Freiwilligendienst im Ausland ermöglicht.

Restaurierung und Katalogisierung der Handschriften von Timbuktu in Mali

Das Auswärtige Amt betraut mit der Umsetzung vor allem privatrechtlich organisierte Mittlerorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten wie das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK), die Deutsche Auslandsgesellschaft (DAG) oder die Alexander von Humboldt-Stiftung. Auch politische Stiftungen, private und unternehmensnahe Stiftungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und nachgeordnete Behörden sind Partner.

In allen Projekten legt die Auswärtige Kulturpolitik Wert auf einen umfassenden Kulturbegriff, der die außen- und gesellschaftspolitische Wirkung von Kultur im Blick hat. Dazu gehört zum Beispiel auch die Bedeutung des kulturellen Erbes für Gesellschaften: Das „Kulturerhalt-Programm“ unterstützt die Bewahrung bedeutender Kulturgüter in der ganzen Welt und trägt damit zu kultureller Identität bei. Dabei geht es etwa um den Erhalt der Handschriften von Timbuktu in Mali, die Digitalisierung traditioneller Musik aus Afghanistan oder die Restaurierung und Konservierung des UNESCO-

Weltkulturerbes in Angkor Wat. Von 1981 bis 2021 wurden mehr als 3.600 Projekte in 146 Ländern mit insgesamt fast 90 Millionen Euro gefördert.

WEGWEISENDE RÜCKGABE VON BRONZEN AN NIGERIA

Im Juli 2022 verständigten Deutschland und Nigeria sich auf die historische Rückgabe der sogenannten Benin-Bronzen aus Westafrika, die in Folge von Plünderungen in der Kolonialzeit in deutsche Museen gelangt waren. Damit wurde eine neue Phase der kulturellen Partnerschaft eingeleitet. Sie verstärkt die Zusammenarbeit zwischen den Museen und intensiviert gemeinsame archäologische Projekte, damit mehr Menschen Zugang zu den Kunstwerken erhalten. Die Vereinbarung, die von der Bundesregierung, den Ländern und Museen in Deutschland getragen wird, ist ein klares Zeichen dafür, dass Deutschland sich verstärkt mit der Verantwortung auseinandersetzt, die aus dem Kolonialismus resultiert. |



Einigung zu den Benin-Bronzen: Außenministerin Annalena Baerbock und Nigerias Kulturminister Lai Mohammed

Freiheit von Kunst und Kultur

Die **Unabhängigkeit von Kunst und Kultur** ist im deutschen Grundgesetz garantiert – in Artikel 5 heißt es: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass Impulse aus Kunst und Kultur für eine moderne demokratische Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Dementsprechend fördert der Staat Kulturschaffende und -institutionen, um ihre Unabhängigkeit vom freien Markt zu sichern.

Zugleich werden Kunst und Kultur in Deutschland auch privat gefördert, etwa von Unternehmen und Stiftungen. Häufig greifen öffentliche und private Förderung ineinander. Der Staat unterstützt das Engagement dieser Geber etwa durch Steuervergünstigungen und sorgt so über die eigentlichen Haushaltsmittel hinaus für eine mittelbare öffentliche Förderung. Darüber hinaus gibt es weitere Ansätze zur Subvention von Kunst und Kultur. Die vom Bund eingerichtete Künstlersozialkasse etwa sorgt dafür, dass selbstständige Kreativschaffende in der Sozialversicherung ähnlich gestellt sind wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie müssen nur die Hälfte der Versicherungskosten selbst tragen, die andere Hälfte ergibt sich aus Zuschüssen des Bundes und den Sozialabgaben von Unternehmen der Branche.

PROGRAMM „NEUSTART KULTUR“ IN DER CORONA-PANDEMIE

Die Corona-Pandemie hat insbesondere kleine Kultureinrichtungen und freischaffende Künstlerinnen und

Künstler in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Die Bundesregierung hat deshalb eine Reihe von Programmen aufgelegt, um sie zu unterstützen. Sogenannte Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen konnten beispielsweise Corona-Soforthilfen beantragen. Insgesamt wurden bis Ende Juni 2022 fast fünf Millionen Anträge auf Zuschüsse sowie rund 170.000 Anträge auf Kredite gestellt. 130 Milliarden Euro wurden als Wirtschaftshilfen ausgezahlt.

MANIFEST FÜR DIE FREIHEIT DER KÜNSTE

Das spezielle Programm „Neustart Kultur“ umfasst Subventionen von rund zwei Milliarden Euro und ist bis vorerst 2023 verlängert worden. Es richtet sich vor allem an Kultureinrichtungen, die überwiegend privat finanziert werden. Im Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen stehen bis zu 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um die Wiederaufnahme und Planbarkeit von Kulturveranstaltungen zu ermöglichen. Auch das Modell der Kurzarbeit kommt im Kulturbereich zum Einsatz.

Die Freiheit von Kunst und Kultur bleibt auch in der Corona-Pandemie ein hohes und damit schützenswertes Gut. Das gilt umso mehr, als diese Autonomie seit einigen Jahren durch rechtsna-



Sorgenfrei kreativ arbeiten: Der deutsche Staat unterstützt selbstständige Kreativschaffende.

tionale Parteien in Deutschland und anderen europäischen Ländern vermehrt infrage gestellt wird. Diese fordern, Kultursubventionen abhängig von den Inhalten zu machen. Um dem etwas entgegenzusetzen, haben sich auf Initiative der Berliner Akademie der Künste rund 60 Institutionen zur Allianz der Akademien in Europa zusammengetan und im Oktober 2020 in Berlin ein Manifest veröffentlicht. Demnach setzt sich die Allianz ein für „die Freiheit der Künste als Voraus-

setzung unserer kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebensform“.

NEUES KUNSTNARRATIV

In der künstlerischen Produktion ist in den vergangenen Jahrzehnten ein neues Narrativ entstanden, das von Einflüssen von außen, Migrationsbiografien und neuen Perspektiven geprägt ist. Vor allem junge Kunstschaffende haben Artikulationsformen gefunden, auf das Aufeinandertreffen und Verschmelzen unterschiedlicher Herkunftskulturen zu reagieren. Stellvertretend für postmigrantische Kunst steht beispielsweise die Arbeit am Maxim Gorki Theater in Berlin, aber auch ein Großteil der zeitgenössischen Musikkultur und Literaturproduktion. **I**

Garantierte Medienfreiheit

Eine freie Presse zählt zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine Demokratie. In Deutschland ist sie durch das Grundgesetz geschützt. In Artikel 5 heißt es zur Meinungs- und Pressefreiheit: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. (...) Eine Zensur findet nicht statt.“

Die Pressefreiheit wird von einer vielfältigen Medienlandschaft mit Leben gefüllt. In Deutschland können sich die Menschen aus den unterschiedlichsten Quellen informieren und sich so ihre eigene Meinung bilden. Die Presse liegt dabei nicht in der Hand von Regierungen oder Parteien, sondern wird von privatwirtschaftlich geführten Medienunternehmen verantwortet.

Deutschland ist nach China, Indien, Japan und den USA der fünfgrößte Zeitungsmarkt weltweit und der größte Europas. Zur Medienlandschaft zählen aktuell rund 320 zumeist regional verbreitete Tageszeitungen, 16 Wochenzeitungen sowie 1.300 Publikumszeitschriften.

In der Rangliste der Pressefreiheit der Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen lag Deutschland im Jahr 2021 auf dem 16. Platz von 180 Ländern.

KAMPF GEGEN FAKE NEWS UND DESINFORMATION

Das Angebot verändert sich auch in Deutschland stark durch die Digitalisierung. So wurden im Jahr 2021 rund 260 Titel mit einer Auflage von 2,2 Millionen als E-Paper täglich digital vertrieben. Auch das Mediennutzungs-

WEGMARKEN

1945

Nach der Nazi-Herrschaft erscheinen in Deutschland zunächst nur sogenannte Lizenzzeitungen. In der amerikanischen Besatzungszone wird die erste Lizenz am 1. August 1945 an die „Frankfurter Rundschau“ vergeben.

1950

In Bremen treffen die sechs westdeutschen Rundfunkanstalten eine „Vereinbarung über die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“.

1984

In Ludwigshafen am Rhein nimmt die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk, abgekürzt PKS, den Sendebetrieb auf. Es ist die Geburtsstunde des Privatfernsehens in Deutschland – nach einer 20 Jahre dauernden Debatte.

verhalten ändert sich signifikant: 78 Millionen Menschen in Deutschland (93 Prozent) waren im ersten Quartal 2022 regelmäßig im Netz unterwegs, 73 Millionen sind auf Social Media aktiv. Die digitale Revolution hat auch in Deutschland einen neuen Begriff von Öffentlichkeit hervorgebracht, denn über die sozialen Medien und Blogs kann jeder meinungsbildend am Diskurs teilnehmen.

Den Medien kommt dennoch weiter eine zentrale Rolle zu, etwa im Kampf gegen Fake News und Desinformation. Journalistinnen und Journalisten haben die Aufgabe, durch sorgfältige Recherche und wahrheitsgetreue Berichterstattung die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Den gesetzlichen Auftrag, mög-

lichst viele Menschen mit Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung zu erreichen, haben in Deutschland die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Sie sind nach britischem Vorbild als gebührenfinanzierte Körperschaften beziehungsweise Anstalten des öffentlichen Rechts aufgebaut und bilden die zweite Säule eines dualen Systems, das auf private und öffentlich-rechtliche Angebote setzt. Das Prinzip besteht im Kern unverändert seit der Gründung der Bundesrepublik 1949.

FERNSEHANGEBOT IN 30 SPRACHEN

Zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gehören die Sender des Verbunds der ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland), das ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen) und das Deutschlandradio. Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandsrundfunk Deutschlands und Mitglied der ARD. Die DW sendet in 30 Sprachen. Sie bietet Fernsehen, Radio, Internet sowie Medienentwicklung im Rahmen der DW Akademie. Kostenfreie Nachrichten in neun Sprachen bietet der German News Service für Interessierte und Medien. **I**

1995

Sechs Jahre nach der Geburt des World Wide Web gehen mit der linksliberalen „taz“, der „Schweriner Volkszeitung“ und der „Rhein-Zeitung“ die ersten Tageszeitungen online. Ihre Communitys entwickeln sich sprunghaft.

2001

Die rheinland-pfälzische „Rhein-Zeitung“ ist die weltweit erste Tageszeitung, die ein täglich erscheinendes E-Paper-Angebot bereitstellt. 2021 werden täglich rund 2,2 Millionen E-Paper von 261 Zeitungstiteln verkauft.

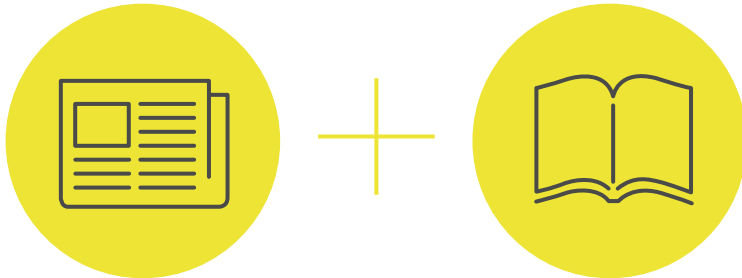
2022

93 Prozent der Menschen in Deutschland sind online (78 Millionen). 87 Prozent nutzen Social Media (73 Millionen) mit durchschnittlich fünf Accounts. Auf 83,2 Millionen Menschen kommen 118 Millionen Mobiltelefone.

Zahlen und Fakten zur deutschen Medienlandschaft

GRÖSSTER ZEITUNGSMARKT EUROPAS

Deutschland hat ein großes und vielfältiges Angebot an Zeitungen und Zeitschriften.



339 ZEITUNGEN

318 Tageszeitungen,
16 Wochenzeitungen,
5 Sonntagszeitungen
Auflage rund 15 Mio.

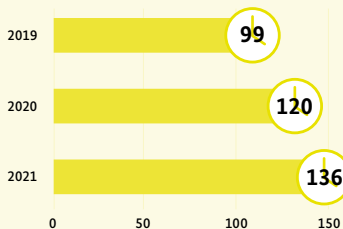
7.000 ZEITSCHRIFTEN

1.300 Publikumszeitschriften,
5.600 Fachzeitschriften

2. Quartal 2022, Quelle: BDZV

STEIGENDE MEDIENNUTZUNG IM INTERNET

Nutzungsdauer mediales
Internet pro Tag in Minuten

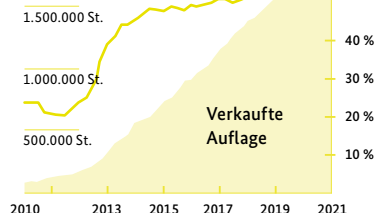


Quelle: ARD/ZDF Online-Studie 2021

E-PAPER

Mehr als zwei Millionen E-Paper verkaufen
die Zeitungen pro Erscheinungstag – die
meisten davon im regelmäßigen Abonnement.

2.207.995 Exemplare



Quelle: Auflagenstatistiken der ZMG, Basis: IVW-Quartalsauflagenlisten

„Freie, demokratische Gesellschaften kann es ohne freie und vielfältige Presse nicht geben. Sie ist nicht nur das Herzstück einer jeden Demokratie, sondern bildet auch wenn nötig ein lautstarkes Bollwerk zur Wahrung der Menschenrechte.“

AUSSENMINISTERIN
ANNALENA BAERBOCK

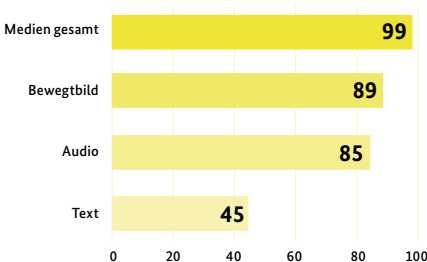
GARANT FÜR VIELFALT UND UNABHÄNGIGE BERICHTERSTATTUNG: DEUTSCHLANDS ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK



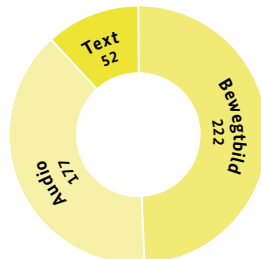
HOHE MEDIENNUTZUNG

Fast alle Menschen nutzen täglich Medien.
Die Nutzungsdauer liegt bei mehr als sieben Stunden pro Tag.

Tagesreichweite in Prozent



Nutzungsdauer in Minuten



Medien-nutzung gesamt netto:
451
MINUTEN

Tagesreichweite: Anteil der Personen, die im Verlauf eines Tages ein Medium genutzt haben.
Quelle: ARD/ZDF-Massenkommunikationstrends 2021



Deutschlernende vergrößern durch gute Sprachkenntnisse ihre Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt.

Attraktive Sprache

Deutsch ist die am weitesten verbreitete Muttersprache in der Europäischen Union und belegt den elften Platz der am häufigsten gesprochenen Sprachen weltweit. Knapp 130 Millionen Menschen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Liechtenstein und Südtirol (Italien) sprechen Deutsch als Muttersprache oder als regelmäßig benutzte Zweitsprache.

Deutsch gehört wie Englisch, Niederländisch und Schwedisch zu den etwa 15 germanischen Sprachen, einem Zweig der indogermanischen Sprachfamilie.

WELTWEIT BELIEBTE FREMDSPRACHE

Deutschlands starke Wirtschaft und die Nachfrage nach Fachkräften verleihen der deutschen Sprache eine hohe Attraktivität. Die 2020 veröffentlichte Studie „Deutsch als Fremdsprache weltweit“ spricht von knapp 15,5 Millionen Menschen, die aktuell



Deutsch als Fremdsprache lernen. Nach wie vor leben die meisten Deutschlernenden in Europa, aber vor allem in Afrika und Asien gewinnt Deutsch an Bedeutung. Auf dem afrikanischen Kontinent gab es seit 2015 eine Zunahme bei den Deutschlernenden um fast 50 Prozent. Grund dafür ist auch, dass die sprachliche Qualifizierung von Fachkräften zunehmend wichtiger wird. Das 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtert die Zuwanderung von Qualifizierten aus Nicht-EU-Ländern und verstärkt diesen Trend.

Deutschland unterstützt Sprachlehreinrichtungen im In- und Ausland, stellt Stipendien bereit und bietet Studienangebote für international mobile Studierende an. Über gezielte Programme der Mittlerorganisationen wie „Dhoch3“ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) oder „Deutsch Lehren Lernen“ des Goethe-Instituts fördert das Auswärtige Amt die Qualifizierung von Deutschlehrerinnen und -lehrern.

Wichtige Institutionen des Deutschlernens sind die rund 140 Deutschen Auslandsschulen und fast 2.000 Schulen mit verstärktem Deutschunterricht, die in die Partnerschulinitiative des Auswärtigen Amts „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) einbezogen sind. An den Sprachkursen des Goethe-Instituts, das in fast 100 Ländern Deutsch als Fremdsprache und Sprachprüfungen anbietet, nahmen im Jahr 2020 rund 309.000 Menschen teil – etwa 73.000 mehr als fünf Jahre zuvor.

Auch die Nachfrage nach digitalen Sprachlernangeboten hat zugenommen, verstärkt zuletzt durch die Corona-Pandemie. Die Lernplattform des Goethe-Instituts etwa verzeichnete im Mai 2020 rund 1,2 Millionen Zugriffe. Im gleichen Monat des Vorjahres waren es lediglich 326.000. Die Nutzung der Online-Kurse der Deutschen Welle hat sich im gleichen Zeitraum auf 4,2 Millionen Zugriffe verdoppelt.

DEUTSCH IN DER WISSENSCHAFT

Die Relevanz der deutschen Sprache als internationale Wissenschaftssprache lässt tendenziell nach. Nicht deutschsprachige Forschende publizieren nur noch ausnahmsweise auf Deutsch. Dagegen veröffentlichten deutschsprachige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler intensiv auf Englisch, besonders in den Naturwissenschaften. Über eine größere und traditionelle Bedeutung als Wissenschaftssprache verfügt Deutsch in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen.

Leben in Deutschland

LAND DER VIELFALT

Deutschland ist ein buntes, weltoffenes Land mit einer hohen Lebensqualität – ob in der Stadt oder auf dem Land. Ein Überblick.

ENTSPANNTES GENIESSEN

Gesund und lecker – die kulinarische Szene in Deutschland setzt auf regional angebaute Lebensmittel, innovative Küche und traditionsreiche Rezepte.

URBANE LEBENSQUALITÄT

Viele Menschen in Deutschland wohnen in Städten. Deren Lebensqualität wird auch international geschätzt. Die Bundesregierung fördert gerade in Städten den sozialen Wohnungsbau.

SPORTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

Internationale Erfolge in den unterschiedlichsten Sportarten und Millionen Menschen, die in ihrer Freizeit selbst Sport treiben: Deutschland ist eine Sportnation. Der Sport übernimmt zudem eine wichtige integrative Funktion.

BELIEBTES REISEZIEL

Urlaub in den Bergen oder am See, Städtetrips mit kulturellen Highlights – Deutschland ist ein Reiseland mit vielen Möglichkeiten. Umweltfreundliche Angebote werden immer beliebter.



Der Lebensstandard in Deutschland ist hoch.
Im Human Development Index (HDI) 2021 der
Vereinten Nationen nimmt die Bundesrepublik

Platz 9
von 191 Ländern ein.

Knapp
1 Stunde am Tag
nutzen Menschen
in Deutschland im
Durchschnitt für Sport,
Hobbys und Spiele.

LEBEN IN DEUTSCHLAND

7 Tatsachen

316

VEGANE
Gastronomiebetriebe
gibt es in
Deutschland.

In Deutschland
gibt es

80

Großstädte.

Die meisten
Bewohnerinnen und
Bewohner hat die
Hauptstadt Berlin mit
3,8 Mio.

Durchschnittlich leben in Deutschland
auf einer Fläche von einem Quadratkilometer

233 MENSCHEN.

Am dichtesten besiedelt sind die Stadtstaaten
Berlin (4.090 Personen je Quadratkilometer),
Hamburg (2.446) und Bremen (1.624).

327

RESTAURANTS
in Deutschland tragen
einen oder mehrere
Sterne des Guide
Michelin.

9 %

aller Erwerbstätigen
in Deutschland arbeiten
im Tourismus.

Land der Vielfalt

_____ **Deutschland ist ein lebenswertes und sehr vielseitiges Land. Es lockt mit faszinierenden Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München, aber auch mit abwechslungsreichen Landschaften von der Nordsee bis zu den Alpen.**

Deutschland ist mit rund 358.000 Quadratkilometern nach Frankreich, Spanien und Schweden das viertgrößte Land der Europäischen Union (EU). Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen im Süden gliedert sich Deutschland geografisch abwechslungsreich in das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen. Von Norden nach Süden beträgt die längste Distanz 876 Kilometer, von Ost nach West 640 Kilometer.



Schönes Reiseziel: Deutschlands Strände sind beliebt.

Deutschland gehört zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard der Welt. Der Human Development Index (HDI) 2021 der Vereinten Nationen platziert Deutschland auf Platz 9 von 191 Ländern. Mit mehr als 83 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist es das bevölkerungsreichste Land der EU und eines der am dichtesten besiedelten Länder; rund 77 Prozent der Menschen leben in dicht und mittelstark besiedelten Gebieten. Rund 30 Prozent der Bevölkerung wohnen in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, von denen es in Deutschland 80 gibt. Auch für Reisende haben die Städte große Anziehungskraft – gerade Berlin lockt viele Menschen an und erzielt immer neue Besucherrekorde. Im europäischen Vergleich liegt die 3,8-Millionen-Metropole bei den absoluten Übernachtungszahlen auf Platz drei nach London und Paris.

GLEICHWERTIGE LEBENS- VERHÄLTNISSCHAFFEN

Gute Lebensbedingungen für Menschen aller Nationalitäten in ganz Deutschland, in der Stadt und auf dem Land – dafür setzt sich die Bundesregierung ein. Seit der Deutschen Einheit im Jahr 1990 sind die Unterschiede insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland geringer geworden, die Lebensverhältnisse gleichen sich immer stärker einander an.



Malerische Städte: Die Welterbestadt Quedlinburg in Sachsen-Anhalt lädt zum Flanieren ein.

Ein neues „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ soll den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter fördern und den engen Zusammenhang von Deutschlands Einheit und der Demokratie in Europa aufzeigen.

Der demografische Wandel wiederum macht sich vor allem in strukturschwachen und ländlichen Regionen bemerkbar – hier wandern überdurchschnittlich viele Menschen in Städte ab. Die Bundesregierung fördert die betroffenen Regionen gezielt mit Maßnahmenpaketen, bei denen Arbeitsplätze, Mobilität und Infrastruktur im Fokus stehen.

HOHE LEBENSQUALITÄT IN STADT UND LAND

Die Digitalisierung, die Energiewende und neue Formen der Mobilität sorgen für tiefgreifende Veränderungen im Leben der Menschen und schaffen zugleich neue Möglichkeiten – zum Beispiel, wenn es um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Deutschland investiert deshalb in moderne Standards wie flächendeckende, vernetzte, alltagstaugliche, bezahl-

bare und klimafreundliche Mobilität, schnelle Mobilfunk- und Breitbandverbindungen, den Ausbau erneuerbarer Energien und eine moderne Gesundheitsversorgung. Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt in ländlichen Regionen, in kleineren Städten oder Gemeinden. Das Land bietet attraktive Möglichkeiten für Leben, Arbeit und Erholung. Knapp die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung wird in ländlichen Regionen erbracht. Aber auch die deutschen Städte ziehen viele Menschen an: Es gibt viele Arbeitsmöglichkeiten, zahlreiche Kultur- und Freizeitangebote, zugleich bieten viele deutsche Städte auch im internationalen Vergleich große Grünflächen wie Parks. Ob Stadt oder Land – Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Menschen unabhängig von ihren Einkünften dort leben können, wo es ihnen gefällt. Dafür stehen beispielsweise Initiativen wie die Mietpreisbremse oder die Wohnraumoffensive.

NACHHALTIGE ERNÄHRUNG

Der Sehnsucht nach Stadtleben steht zugleich ein Bedürfnis nach Regionalität gegenüber – vor allem bei der Ernährung. Die ökologische Lebensmittelwirtschaft hat einen festen Platz in der deutschen Agrarwirtschaft. Im Jahr 2021 gaben die Verbraucher in Deutschland 15,87 Milliarden Euro für Biolebensmittel und -getränke aus.

Mehr als 35.000 Biohöfe in Deutschland – jeder achte Betrieb gehört damit in diese Kategorie – bewirtschaften 10,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Über 64 Prozent davon werden nach den Richtlinien der Bio-Anbauverbände bewirtschaftet – fast zwei Drittel der gesamten deutschen Biofläche. Die Bioprodukte werden gestützt von Zertifizierungen, knapp 100.000 Produkte wurden bislang in der Bio-Siegel-Datenbank registriert. Etwa acht Millionen Menschen in Deutschland bezeichnen sich als Vegetarier; 1,6 Millionen leben nach eigener Aussage vegan. Genuss ist weiterhin gefragt: Dafür stehen die 327 Restaurants in Deutschland, die im Guide Michelin 2022 einen oder mehrere Sterne tragen – so viele wie nie zuvor. |

Direkt vom Bauern:
Märkte setzen auf regionales Angebot.





Vegetarisch, vegan, crossover oder traditionell: Die deutsche Gastronomieszene ist dynamisch und vielseitig.

Entspanntes Genießen

Deutsche Küche, deutsche Weine und deutsches Bier sind international beliebt und gefragt. Regionale und gesunde Angebote liegen besonders im Trend. Ungeachtet vieler internationaler Einflüsse greifen Hobby- und Profiköche zunehmend auf heimische Zutaten zurück. Zudem steigt der Anteil an Biolebensmitteln kontinuierlich an.

Seit Anfang des Jahrtausends erlebt der deutsche Wein eine internationale Renaissance, die eng mit

dem Begriff „Rieslingwunder“ verknüpft ist und weitgehend von einer jungen Winzergeneration verkörpert wird, die vor allem auf hohe Qualität statt große Erträge setzt. Die klimatischen Bedingungen machen die Weine aus Deutschland filigran und nicht zu alkoholreich.

LEBENDIGE UND WANDLUNGSFÄHIGE WEINKULTUR

Deutsche Weine wachsen in 13 Anbaugebieten, in denen auf rund 103.000 Hektar eine große Vielfalt regionaltypischer Weine



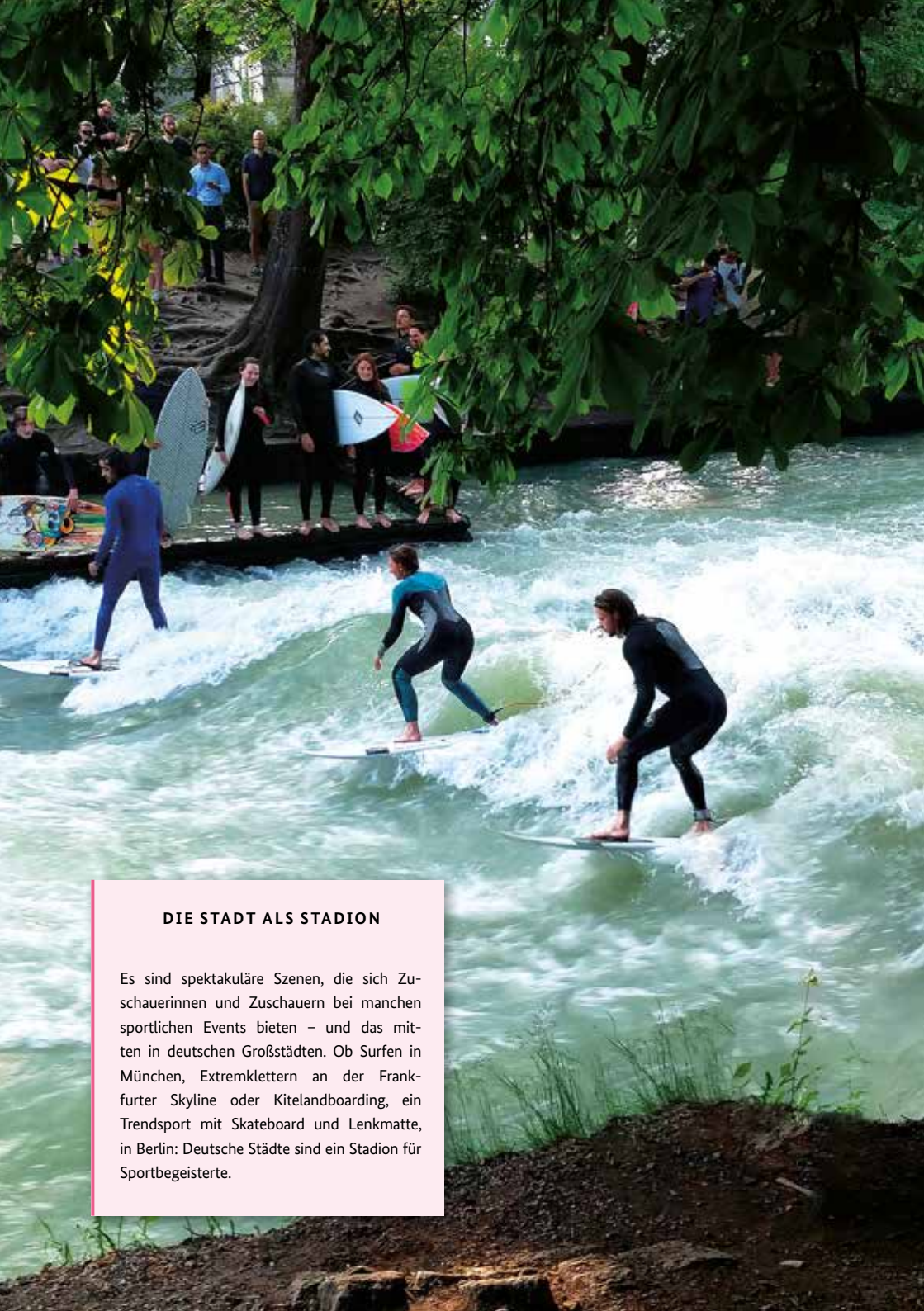
ausgebaut wird. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland mit seiner Rebfläche und rund 15.000 Weingütern eher zu den mittleren Weinanbauländern; 2021 lag die Produktion bei 8,45 Millionen Hektolitern. Auf etwa zehn Prozent der gesamten deutschen Rebfläche werden Bio-weine angebaut. Die deutschen Weinanbaugebiete gehören zu den nördlichsten der Welt. Außer Sachsen und Saale-Unstrut liegen sie vor allem im Südwesten und Süden des Landes. Die drei größten Anbaugebiete sind

Rheinessen, Pfalz und Baden. Mehr als 100 Rebsorten werden in Deutschland angebaut, größere Marktbedeutung haben rund 20, allen voran die Weißweine Riesling und Müller-Thurgau. Deutschland erzeugt zu rund 68 Prozent Weißwein und zu 32 Prozent Rotwein; Spätburgunder und Dornfelder sind hier die wichtigsten Rebsorten. Seit 2021 gehört die Weinkultur in Deutschland zum „Immateriellen Kulturerbe Deutschlands“ der Deutschen UNESCO-Kommission.

TRADITIONEN UND NEUE GEWOHNHEITEN

Deutschland ist auch ein Land des Bieres. Dabei wird deutsches Bier vor allem für seine teils jahrhundertealte Brautradition der vielen kleinen Familien- und Klosterbrauereien geschätzt. Für deutsche Biere gilt bis auf wenige Ausnahmen das Reinheitsgebot, die älteste lebensmittelrechtliche Vorschrift der Welt aus dem Jahr 1516. Sie besagt, dass außer Wasser, Hopfen und Malz keine anderen Zutaten verwendet werden dürfen. 5.000 bis 6.000 Biersorten werden in Deutschland hergestellt, die meisten in der Pilsener Brauart; insgesamt ist der Bierkonsum jedoch rückläufig. Im Trend liegen seit einigen Jahren sogenannte Craftbiere von kleinen, unabhängigen Brauereien, die auf ungewöhnliche Geschmacksrichtungen setzen.

Die deutsche Gastronomie gilt als dynamisch und vielseitig – und sie zählt zu den besten in Europa. Neben der Topgastroonomie, dem Crossover-Stil und einer zunehmend vegetarisch und vegan ausgerichteten Küche erleben alte Gemüsesorten wie Pastinaken, Butternüben und Topinambur eine Renaissance. Sie sind Säulen des aktuellen Booms des Gesunden, Saisonalen, Regionalen und des Geschmacks von Heimat. Dabei werden die Klassiker von einer jungen Kochszene interpretiert und mit globalen Einflüssen aufgewertet.



DIE STADT ALS STADION

Es sind spektakuläre Szenen, die sich Zuschauerinnen und Zuschauern bei manchen sportlichen Events bieten – und das mitten in deutschen Großstädten. Ob Surfen in München, Extremklettern an der Frankfurter Skyline oder Kitelandboarding, ein Trendsport mit Skateboard und Lenkmatte, in Berlin: Deutsche Städte sind ein Stadion für Sportbegeisterte.

Urbane Lebensqualität

Deutsche Großstädte schneiden in Rankings zur Lebensqualität sehr gut ab. Immer mehr Menschen möchten in Deutschland urban wohnen. Gute Arbeitsplätze, saubere Umwelt, geringe Kriminalität, viele Freizeit- und Kulturangebote, gute Verkehrsverbindungen: Diese Eigenschaften werden deutschen Städten häufig bescheinigt. In einer 2022 veröffentlichten Rangliste des britischen „Economist“ zur Bewertung der Lebensqualität in Metropolen auf aller Welt landeten drei deutsche Städte in den Top 25: Frankfurt am Main belegt Platz 7, Hamburg Platz 16, Düsseldorf Platz 22.

In Deutschland gibt es 80 Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie 618 Mittelstädte zwischen 20.000 und 99.999 Einwohnern; rund drei Viertel der Menschen leben bereits in Städten. Fachleute diskutieren allerdings, ob der starke Trend zum Leben in der Stadt durch die Corona-Pandemie zumindest zeitweise gebremst werden könnte. Vielen Menschen dürfte es angesichts der neuen flexiblen Arbeitsmöglichkeiten – zum Beispiel im Homeoffice – zunehmend weniger wichtig sein, möglichst nah an ihrer Arbeitsstelle zu wohnen.

SOZIALE VIELFALT AUF DEM WOHNUNGSMARKT BEWAHREN

Die Nachfrage nach urbanem Wohnraum hat zu einem starken Anstieg der Mietpreise bei Neuver-

mietungen sowie der Immobilienpreise geführt. Deutschland liegt bei der Wohneigentumsquote innerhalb der OECD-Staaten an vorletzter Stelle. 47 Prozent der Haushalte wohnen in den eigenen vier Wänden. Die Mehrheit zahlt dagegen Miete. 27 Prozent der Einkünfte entfallen im Durchschnitt auf Ausgaben fürs Wohnen. Die Bundesregierung hat daher eine Mietpreisbremse auf den Weg gebracht, die in Gegenden mit angespanntem Wohnungsmarkt die soziale Vielfalt bewahren soll. Mit der Mietpreisbremse können die Bundesländer Gebiete bestimmen, in denen die Miete bei Wiedervermietung bestehender Wohnungen nur noch um höchstens zehn Prozent teurer ist als eine vergleichbare Wohnung.

Der Bedarf an Wohnungen ist in vielen Regionen hoch. Dem wird die Bundesregierung mit dem Vorhaben gerecht, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Bis 2026 möchte die Bundesregierung 14,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau ausgeben. Auch Wohneigentum soll auf verschiedene Weise gefördert werden, etwa durch eigenkapitalersetzende Darlehen oder Zinsverbilligungen. **I**

Sportliche Herausforderungen

Deutschland ist ein sportbegeistertes Land und eine erfolgreiche Sportnation. Im ewigen Medaillenspiegel der Olympischen Spiele lag Deutschland 2022 mit mehr als 1.800 Medaillen auf Platz zwei hinter den USA. Rund 27 Millionen Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem der knapp 90.000 Sportvereine. Die Vereine übernehmen neben den sportlichen Aufgaben vor allem in der Jugendarbeit und der Integration wichtige gesellschaftliche und partizipative Funktionen. Praktisch alle Vereine haben Mitglieder mit Migrationshintergrund in ihren Teams.

Das Programm „Integration durch Sport“, das das Bundesinnenministerium gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fördert, betrachtet Zuwanderung als Bereicherung für die deutsche Sportlandschaft. Der DOSB ist eine Dachorgani-

sation des deutschen Sports und versteht sich als die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Er fördert den Spitzen- und den Breitensport. Dem DOSB gehört auch der Deutsche Fußball-Bund (DFB) mit rund 7,2 Millionen Mitgliedern an.

EHRENAMTLICHE ARBEIT MIT GEFLÜCHTETEN

Gemeinsam mit dem DFB und der DFB-Stiftung Egidius Braun hat die deutsche Bundesregierung eine weitere Integrationsinitiative gestartet. Unterstützt werden etwa Projekte zur Integration von Flüchtlingen im Sport. Das von der deutschen Fußballnationalmannschaft unterstützte Projekt „1:0 für ein Willkommen“ und die Weiterführung „2:0 für ein Willkommen“ hat seit 2015 mehr als 3.700 Vereine bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten finanziell gefördert.

WEGMARKEN

1954

Deutschland wird in der Schweiz zum ersten Mal Fußball-Weltmeister (3:2 im Finale gegen Ungarn). Das „Wunder von Bern“ wird für das Nachkriegsdeutschland zum dauerhaften Symbol.

1972

Die Olympischen Sommerspiele in München werden überschattet von der Geiselnahme und Ermordung israelischer Athleten durch palästinensische Terroristen.

1988

Steffi Graf erreicht als erste Tennisspielerin den sogenannten Golden Slam, den Gewinn aller vier Grand-Slam-Turniere plus der olympischen Goldmedaille innerhalb eines Kalenderjahres.

Die größte Strahlkraft des deutschen Sports geht von der Fußball-Bundesliga aus. Sie gilt international als eine der stärksten Ligen. Die Nationalmannschaften der Frauen und Männer gehören zu den erfolgreichsten der Welt. Neben Fußball sind zum Beispiel Turnen, Leichtathletik und Handball Sportarten mit hohem Zuspruch.

Großen Anteil an den sportlichen Erfolgen hat auch die Stiftung Deutsche Sporthilfe, die im Jahr rund 4.000 Athletinnen und Athleten unterstützt. Die Förderung von Aktiven mit Handicap gehört ebenfalls zu den wichtigen Aufgaben. Auch hier sind Sportlerinnen und Sportler aus Deutschland bei internationalen Wettbewerben und Paralympischen Spielen überdurchschnittlich erfolgreich.

SPORT ALS MITTEL DER VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Über die Internationale Sportförderung setzen sich deutsche Sportorganisationen für die Entwicklung des Sports in verschiedenen Ländern des globalen Südens ein. Partner der Internationalen Sportförderung ist das Auswärtige Amt. Seit Beginn der 1960er-Jahre wurden mehr als 1.500 Kurz- und Langzeitprojekte in über 130 Ländern umgesetzt. |



Königin des Weitsprungs: Malaika Mihambo

2006

Die FIFA-Fußballweltmeisterschaft unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ wird zum unvergesslichen „Sommermärchen“, das Deutschland international viele Sympathien einbringt.

2014

Die deutsche Fußballnationalmannschaft der Männer wird nach einem starken Turnier in Brasilien erneut Weltmeister (1:0 im Finale gegen Argentinien). Es ist Deutschlands vierter WM-Titel seit 1954.

2022

Die Weitspringerin Malaika Mihambo wird zum zweiten Mal Weltmeisterin. Die in Heidelberg geborene Leichtathletin ist auch Olympiasiegerin und Europameisterin.



Beliebtes Reiseziel

Die Deutschen verreisen gern – auch und gerade im eigenen Land. Alpen, Küste, Seenplatte, Naturparks, Flusstäler stehen schon seit Jahren auf Platz eins der Reiseziele. Eine Leidenschaft für die Vielfalt der Landschaften, für die Sightseeing-, Sport- und Erholungsoptionen, die man längst mit Gästen aus dem Ausland teilt. Schon unmittelbar mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 hat der positive Trend zum Deutschland-Tourismus eingesetzt und bis zur Corona-Pandemie zu einem kontinuierlichen Anstieg der Übernachtungszahlen von ausländischen Gästen um rund 88 Prozent geführt. Die Zahl der Übernachtungen lag im Jahr 2021 bei 310,3 Millionen; 31 Millionen entfielen auf Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland. Die meisten internationalen Gäste kommen aus Europa, vor allem aus den Niederlanden, der Schweiz, Polen und Österreich.

Auch die Messebranche zieht viele Menschen nach Deutschland. Vor Beginn der Pandemie war Deutschland Tagungs- und Kongressstandort Nummer eins in Europa und belegte im internationalen Ranking der Kongressstandorte Platz zwei hinter den USA, rund 253.000 internationale Aussteller kamen zu Messen in Deutschland.

VOM KULTUR- BIS ZUM AKTIVURLAUB

Zu den touristischen Publikumsmagneten in Deutschland zählen weltberühmte Bauwerke wie das Brandenburger Tor, das Schloss Neuschwanstein und der Kölner Dom. Beliebt sind auch die zahlreichen UNESCO-Welterbestätten, darunter das Schloss Sanssouci in Potsdam, der Naumburger Dom oder die Klassikerstadt Weimar.

Spaß für die ganze Familie: Paddeln auf dem Staffelsee in Bayern

Große Anziehungskraft hat Deutschland zugleich durch die vielfältigen Möglichkeiten für einen Aktivurlaub. Da gibt es zum Beispiel das rund 200.000 Kilometer lange markierte Wanderwegenetz mit vielen herrlichen Aussichten, etwa in den Nationalparks vom Wattenmeer bis zum Bayerischen Wald oder vor dem Alpenpanorama. Dazu kommen mehr als 200 gut ausgebaute Radfernwege über Zehntausende Kilometer, wie etwa der Europaradweg Eiserner Vorhang (1.131 Kilometer) oder der 818 Kilometer lange Deutsche Limes-Radweg. Wer preisgünstig übernachten möchte, findet zum Beispiel in einer der mehr als 400 Jugendherbergen oder auf einem der knapp 3.000 Campingplätze ausreichend Gelegenheiten.

Die fünf ostdeutschen Länder spielen beim Tourismus eine starke Rolle. Landschaften wie der Spreewald, traditionsreiche Kulturstädte wie Dresden oder Weimar und Ostseebäder wie Binz auf Rügen ziehen Touristen aus Deutschland und dem Ausland an. Die Zahl der Übernachtungen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hat sich seit 1993 bis zum Beginn der Coronapandemie mehr als verdoppelt.

WOHLFÜHLURLAUB UND UMWELTFREUNDLICHES REISEN

Wellness ist ein großes Thema im Reiseland Deutschland. Dazu gehören so ungewöhnliche Angebote wie die Flusssauna in der Emser Therme, aber auch die zahlreichen Wohlfühl Landschaften der Kurorte und Heilbäder wie Bad Wörishofen oder Bad Oeynhausen mit seiner Gründerzeitarchitektur. Insgesamt gibt es in Deutschland über 350 Heilbäder und Kurorte, die ein vom Deutschen Heilbäderverband anerkanntes Prädikat führen. Auch die Qualität der medizinischen Behandlung und Rehabilitation führt zahlreiche Gäste nach Deutschland.

In Deutschland wächst auch die Nachfrage nach Ökotourismus und nachhaltigem Reisen. Einer Studie aus dem Jahr 2021 zufolge halten drei Viertel der deutschen Reisenden nachhaltiges Reisen für wichtig. Immer mehr Anbieter kennzeichnen sich und ihre Leistungen mit verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards und tragen entsprechende Zertifikate und Labels. Dies betrifft etwa den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Wasser, klimafreundliche Transporte, die Reduzierung des Abfallaufkommens oder das Engagement in Artenschutzprojekten. Biohöfe bieten Urlaubszimmer sowie regionale und saisonale Speisen an, Ecocamping-Unterkünfte setzen sich für mehr Umwelt- und Naturschutz ein.

Reisende in Deutschland verbringen ihre Zeit gerne in der abwechslungsreichen Natur. Vielfältige Möglichkeiten dafür bieten unter anderem 103 Naturparke und 16 UNESCO-Biosphärenreservate. Damit jeder sich im Reiseland Deutschland gut bewegen kann, sorgen viele Initiativen dafür, das Reisen uneingeschränkt auch für Menschen mit Handicap barrierefrei zu ermöglichen. **I**

Zahlen und Fakten zum Tourismus

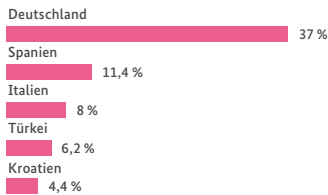
WOHIN REIST DEUTSCHLAND?

Die beliebtesten Urlaubsziele der Deutschen im In- und Ausland

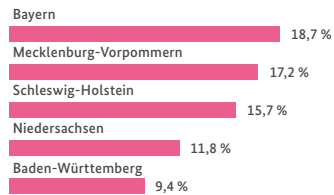
55,1 Mio.
URLAUBSREISEN
insgesamt

20,2 Mio.
URLAUBSREISEN
im Inland

Top 5 weltweit



Top 5 in Deutschland



2021, Quelle: Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e. V.

In Deutschland
gibt es rund



7.000
Museen und Ausstellungshäuser.



51

UNESCO-Welterbestätten
gibt es in Deutschland. 48 davon sind Kultur-, drei sind Naturstätten. Zehn der Welterbestätten sind transnational oder grenzüberschreitend, sie liegen zum Teil in weiteren Staaten.

DIE BELIEBTESTEN STÄDTE IM INLAND

Anteile an allen Kurzurlaubsreisen, Reisedauer zwei bis vier Tage



Berlin
8,8 %



Hamburg
6,9 %



München
3,2 %



Dresden
2,5 %



Köln
2,1 %



Bremen
1,5 %

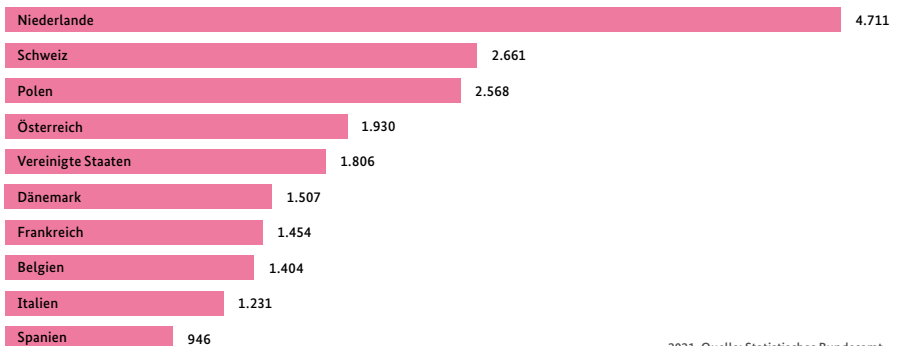
2021, Quelle: Deutscher Reiseverband

„Deutschland ist zunehmend ein Land, in dem man erleben kann, dass Erlebnis und Schutz der natürlichen Ressourcen gut miteinander verbunden werden können.“

ROBERT HABECK,
BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ

ÜBERNACHTUNGEN VON GÄSTEN AUS DEM AUSLAND IN DEUTSCHLAND

nach häufigsten Herkunftsländern, in Tausend



2021, Quelle: Statistisches Bundesamt

DEUTSCHLAND IM NETZ ENTDECKEN

Wer mehr über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur in Deutschland erfahren will, findet spannende und nützliche Informationen unter www.tatsachen-ueber-deutschland.de und www.deutschland.de. Viel Hintergrund zu einzelnen Themen gibt es auch auf den folgenden Seiten:

Staat und Politik

Wichtige Vorhaben der Regierung – Zusammensetzung des Parlaments – Die 16 Bundesländer – Aufgaben des Bundespräsidenten – Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts

Bundespräsident:

→ www.bundespraesident.de

Bundesrat (die Länderkammer):

→ www.bundesrat.de

Bundesregierung:

→ www.bundesregierung.de

Deutscher Bundestag:

→ www.bundestag.de

Bundesverfassungsgericht:

→ www.bundesverfassungsgericht.de

Partner in Europa und in der Welt

Die deutsche Außenpolitik – Weltweite Förderung nachhaltiger Entwicklung – Einsätze der Bundeswehr – Engagement in internationalen Organisationen

Wirtschaft und Digitalisierung

Arbeiten in Deutschland – Informationen für Fachkräfte – Internationale Handelsbeziehungen – Finanzstandort

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: → www.bmas.de

Bundesministerium für Digitales und Verkehr: → www.bmvi.de

Bundesministerium der Finanzen: → www.bundesfinanzministerium.de

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: → www.bmwk.de

Bundesagentur für Arbeit: → www.arbeitsagentur.de

Deutsche Auslandshandelskammern: → www.ahk.de

Klima und Umwelt

Klimaschutz- und Umweltpolitik der Bundesregierung – Umsetzung der Energiewende – Einsatz für Naturschutz – Ökologische Landwirtschaft – Nachhaltiges Bauen

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: → www.bmel.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz: → www.bmu.de

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: → www.bmwsb.bund.de

Deutsche Energie-Agentur: → www.dena.de

Umweltbundesamt: → www.umweltbundesamt.de

Bildung und Forschung

Forschungsstandort Deutschland – Universitäten und Forschungseinrichtungen –
Weltweite Vernetzung in der Wissenschaft

Bundesministerium für Bildung und Forschung: → www.bmbf.de

Alexander von Humboldt-Stiftung: → www.humboldt-foundation.de

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen: → www.mpg.de,
www.fraunhofer.de, www.helmholtz.de, www.leibniz-gemeinschaft.de

Deutscher Akademischer Austauschdienst: → www.daad.de

Deutsche Forschungsgemeinschaft: → www.dfg.de

Wissenschaftsrat: → www.wissenschaftsrat.de

Auswärtiges Amt: → www.auswaertiges-amt.de
Bundesministerium der Verteidigung: → www.bmvg.de
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung: → www.bmz.de
Bundeswehr: → www.bundeswehr.de
Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit: → www.giz.de
Europäische Union: → www.europa.eu

Kultur und Medien

Internationale Kultur- und Kunstszene – UNESCO-
Welterbestätten – Sprachkurse in Deutschland und
im Ausland – Vielfältige Medienlandschaft

Deutsche UNESCO-Kommission: → www.unesco.de

Deutsche Welle: → www.dw.com

Goethe-Institut: → www.goethe.de

Institut für Auslandsbeziehungen: → www.ifa.de

Vielfältige Gesellschaft

Sozialstaat Deutschland – Zuwanderung
und Integration – Gleiche Rechte –
Ehrenamtliches Engagement von
Bürgerinnen und Bürgern

Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend:
→ www.bmfsfj.de

Bundesministerium für Gesundheit:
→ www.gesundheitsministerium.de

Bundesministerium des Inneren
und für Heimat: → www.bmi.de

Bundesministerium der Justiz:
→ www.bmj.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:
→ www.bamf.de

Bundesverband Deutscher Stiftungen:
→ www.stiftungen.org

Leben in Deutschland

Reiseziele von der Nordsee bis zu den Alpen – Breiten- und Spitzensport –
Zahlen und Fakten zur Bundesrepublik Deutschland

Deutscher Fußball-Bund: → www.dfb.de

Deutscher Olympischer Sportbund: → www.dosb.de

Deutsche Zentrale für Tourismus: → www.germany.travel

Statistisches Bundesamt: → www.destatis.de

BILDNACHWEISE

Titel	Nikada/ISTock; FrancescoZivoli/Unsplash	S.116-117	Rawpixel Ltd./ISTock
S.3	TimHufner/Unsplash	S.119	picture alliance/Panama Pictures
S.4-5	Joe Daniel Price/GettyImages	S.120	gpointstudio/ISTock
S.8	dpa/picture alliance	S.122	shironosov/ISTock
S.10	dpa/picture alliance	S.127	JLco - Julia Amaral/ISTock
S.11	Daniel Kalker/picture alliance	S.130	picture alliance/dpa
S.14-15	dpa/picture alliance	S.131	picture alliance/dpa
S.18	manfredxy/shutterstock	S.133	bbernard/Shutterstock
S.22-23	ClaudioSchwarz/Unsplash	S.134	picture alliance/photothek
S.25	picture alliance/dpa/dpa Pool	S.137	picture alliance/dpa
S.26	picture alliance/dpa	S.138-139	DrewDizzyGraham/Unsplash
S.28	andersphoto/Shutterstock	S.141	picture-alliance/dpa/dpaweb
S.30	picture alliance/dpa	S.142	picture alliance/dpa
S.34	picture alliance/photothek	S.144	ThomasImo/GettyImages
S.37	picture alliance/photothek	S.145	picture alliance/dpa
S.39-40	urbazon/ISTock	S.147	UniversitätderKünsteBerlin/MatthiasHeyde
S.41	picture alliance/photothek	S.152	picture alliance/dpa
S.42	picture alliance/dpa	S.154-155	alvarez/GettyImages
S.45	picture alliance/dpa	S.157	pkazmierczak/AdobeStock
S.49	picture alliance/dpa	S.158	picture alliance/imageBROKER
S.50	picture alliance/dpa	S.159	Maskot/GettyImages
S.55	https://www.flickr.com/photos/unisgene/va/5235093462/	S.160	Maskot/GettyImages
S.56	AktionDeutschlandHilft/ThorstenThor	S.162	LuisFernandoFelipeAlves/Unsplash
S.57	arche noVa/AxelFassio	S.165	picture alliance/dpa
S.58	PRASANNAPIX/Shutterstock	S.166	Ted Levine/GettyImages
S.60-61	kamisoka/ISTock		
S.63	JulianHochgesang/Unsplash		
S.65	PhilippeOursel/Unsplash		
S.66	AndresSiimon/Unsplash		
S.69	picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild		
S.74	picture alliance/dpa		
S.75	picture alliance/SvenSimon		
S.77	picture alliance/photothek		
S.78-79	Westend61/Getty Images		
S.81	JanPhilippThiele/Unsplash		
S.83	picture alliance/dpa		
S.84	picture alliance/Zoonar		
S.87	picture alliance/photothek		
S.90	picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild		
S.92	UniversitätStuttgartIFF/Fraunhofer IPA/ RainerBez/HeikeQuosdorf		
S.95	CecilieArcurs/ISTock		
S.96-97	Westend61/GettyImages		
S.99	picture alliance/photothek		
S.100	picture alliance/RupertOberhäuser		
S.101	picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild		
S.103	Fraunhofer IGCV mit Airbus		
S.104	TomWerner/GettyImages		
S.109	Kosamtu/ISTock		
S.112	HinterhausProductions/GettyImages		
S.114	skynesher/ISTock		

REGISTER

A

Abgeordnete
8–9, 12–13, 30, 32,
33, 40, 44, 46
Alleinerziehende 126
Alpen 20, 76, 156, 166
Alternative für Deutschland
(AfD) 12–13, 25
Arbeitslose 113, 120–133
Arbeitsmarkt 78, 82, 94–95,
99, 109, 120–121, 152
Atomkraft 64, 67, 73
Auslandshandelskammer 84, 88
Auslandsschulen 115, 153
Auslandsvertretungen
40, 42, 84, 108
Außenpolitik 27, 38,
42–48, 108, 144
Außenwirtschaftspolitik 142
Auswärtige Kultur- und
Bildungspolitik 144
Auswärtiges Amt 170
Automobilindustrie
74, 81, 86, 91

B

Bach, Johann Sebastian 141
Bachelor 100, 107
Baden-Württemberg
13, 30, 101, 168
Baerbock, Annalena 12, 25–26,
35, 41–42, 49, 53, 57, 64, 145,
151
Bayern 7, 12–13, 20,
25, 29, 167–168
Beethoven, Ludwig van 141
Berlin 6–7, 11, 13, 20, 29,
30–31, 36–37, 42, 56, 65, 72,
104–105, 107, 115, 131, 141,
147, 151, 156–157, 162, 169
Berlinale 141
Berufsausbildung
82, 93, 99, 112–113
Bevölkerung 18, 31, 37,
45, 118, 121, 126, 130, 157

Bier 160–161
Bildung 29, 59, 96,
98–99, 110, 114, 121,
124, 137, 138, 144, 149
Biodiversität 64, 76
Biosphärenreservate 76, 167
Bologna-Prozess 101
Brahms, Johannes 141
Brandenburg 7, 13, 91,
106, 115, 167
Bremen 7, 13, 29, 131,
148, 151, 156, 169
Bronzen 145
Bruttoinlandsprodukt (BIP)
26, 80–81, 92–93, 99, 102,
110, 121, 142
Bundesadler 16
Bundesamt für Migration
und Flüchtlinge 118, 164
Bundesausbildungsförderungs-
gesetz (BAföG) 106
Bundeskanzler 4, 6, 9–12,
14, 22, 24–29, 42, 47, 71,
82, 89
Bundesliga 165
Bundesministerien 11
Bundespräsident 4, 8–10 , 14,
16, 24, 30–31, 33, 111, 170
Bundesrat 4, 7, 9, 13, 16, 24,
29–30, 170
Bundesregierung 11–12,
22, 25–29, 31, 38, 41, 43,
47–48, 51, 53–58, 63–65,
67–68, 72–78, 81–84,
86–87, 93–95, 100, 106, 109,
113, 115–116, 119–136, 138,
140, 142–143, 145–146,
154, 157–158, 163–164, 170
Bundestag 4, 6, 8–13, 16,
24–32, 48, 51, 56, 170
Bundesverfassungsgericht
9–10, 12, 16, 22, 31, 170
Bundesversammlung 8–9, 30
Bundeswehr 40, 48–50, 142
Bündnis 90/Die Grünen 12–13,
22, 24, 31, 42, 82

C

Chemieindustrie
68, 81, 92
Christlich Demokratische Union
(CDU) 12–13, 25
Christlich-Soziale Union
(CSU) 12–13, 29

D

Deutsche Demokratische
Republik (DDR) 22, 30, 37, 86
Deutsche
Forschungsgemeinschaft
(DFG) 103
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) 171
Deutsche Sprache 144
Deutsche Welle 149, 171
Deutsche Zentrale für
Tourismus (DZT) 171
Deutscher Akademischer
Austauschdienst (DAAD) 171
Deutscher Fußball-Bund (DFB)
171
Die Linke 12–13, 25
Diplomatie 142
Dresden 7, 20, 92, 167, 169
Duale Ausbildung 96, 99, 112–113
Düsseldorf 7, 20, 141, 162

E

Ehrenamt 125, 136
Einwanderer 43, 129
Einwohner 6–7
Elektromobilität 60, 67, 74–75
Elektrotechnik- und
Elektronikindustrie 92
Elterngeld 121, 134–135,
Elternzeit 122–125
Elysée-Vertrag 40, 46
Energieeffizienz 66
Energiewende 26, 59, 63–64,
66, 68–69, 70, 75, 158

Entwicklungszusammenarbeit 43, 95
Erfurt 7, 50
Erinnerungskultur 22, 36
Ernährung 159
Ernährungssicherung 53, 59
Erneuerbare Energien 63, 67
Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 67, 73
Europäische Union (EU) 45–46, 48, 110
Evangelische Kirche 130
Export 78, 81, 84, 88
Exzellenzinitiative 106

F

Fachhochschulen 104
Fachkräfte 27, 78, 83, 94–95, 120, 122, 124, 143, 152–153
Familie 106, 117, 119, 120–121, 126, 132, 134, 158, 161, 167
Fernsehen 148–149
Fläche 20–21
Flagge 16
Föderalismus 4, 7, 22, 138, 141
Forschung 77, 81, 90, 96, 98–111
Forschung und Entwicklung (FuE) 27, 68, 81, 91, 93, 99, 102, 110
Frauenquote 94
Fraunhofer-Gesellschaft 99, 103
Freie Demokratische Partei (FDP) 12–13, 25
Freihandelsabkommen 84–85
Friedensmissionen 43, 50
Fußball 164–165

G

Gastronomie 161
Geburtenrate 18
Geografie 20
Germany Trade and Invest (GTAI) 84
Gesamtschule 115
Gesetzgebung 4, 6, 9, 28, 132
Gewerkschaften 112
Global Player 91–92

Goethe, Johann Wolfgang von 141
Goethe-Institut (GI) 115, 140, 143, 145, 153
Greentech 87
Grundgesetz 4, 7–8, 10–12, 16, 24, 31, 35, 43, 48, 54, 62, 65, 72, 76, 116, 130, 132, 135, 138, 140–143, 146, 148
Grundschule 115
Grundsicherung 121, 132
Gymnasium 115

H

Habeck, Robert 12, 25–26, 82, 169
Hamburg 7, 13, 20, 29, 92, 151, 156–157, 163, 169
Hannover 7
Hauptstadt 6–7, 11, 20, 156
Helmholtz-Gemeinschaft 99, 103
Hessen 7, 13
Hidden Champions 78, 81, 91
Hightech-Strategie 93, 102
Hochschulen 96, 98–102, 104–108
Hochschulrektorenkonferenz (HRK) 105, 107
Humboldt-Stiftung 101, 108–109, 145

I

Import 81
Industrie 4.0 78, 83, 91, 93
Infrastruktur 83, 158
Innovation 27, 81–83, 93, 103, 106
Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) 145
Integration 38, 42, 44–46, 109, 122, 124–125, 128, 164
Internet 83, 93, 149–150
Islam 130–131

J

Judentum 36–37, 118, 131
Jugendliche 112–113, 115, 123, 131

K

Katholische Kirche 130
Kiel 7, 84

Kinder 18, 52, 83, 114–115, 125–127, 129, 131, 133–135
Kirchensteuer 131
Klima 20–21, 59, 108
Klimaaußenpolitik 64–65, 72
Klimaschutz 42, 58–59, 63, 64–65, 72–73, 75, 82, 102, 169
Kreativwirtschaft 91, 141–142
Küche 154, 160–161
Küste 21, 50, 166
Kultur 136–137, 138, 140–147, 159, 166, 168
Kulturerhalt-Programm 145

L

Länder 6
Lebenserwartung 18–19
Lebensqualität 138, 154, 158, 163
Lebensstandard 156–157
Leibniz-Gemeinschaft 99, 103
Lindner, Christian 12, 25–26
Literatur 141, 144

M

Magdeburg 6, 20
Mainz 7, 100, 151
Mann, Thomas 141
Maschinen- und Anlagenbau 81
Master 108
Max-Planck-Gesellschaft (MPG) 98, 102
Mecklenburg-Vorpommern 7, 13, 167–168
Medien 35, 92, 138, 140, 143, 149, 151
Menschenrechte 27, 38, 41, 43, 48, 54, 56, 59, 78, 86–87, 151
Merkel, Angela 15, 25, 29, 31
Messen 166
Migration 94, 119, 123, 129–130, 164
Mindestlohn 26, 94
Mittelstand 78, 80–82, 91
München 7, 92–93, 105, 151, 157, 162–164, 169
Musikhochschulen 105

N

Nachhaltigkeit 26–27, 83, 102
 Nationalfeiertag 16
 Nationalhymne 17
 Nationalparks 62, 76, 167
 Nationalsozialismus 22, 36
 Niedersachsen 7, 13, 168
 Nordrhein-Westfalen 7, 13

O

Organisation für Sicherheit und
 Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
 43, 51

P

Parlament 4, 9, 12, 24,
 28–29, 31, 40, 44,
 Parteien 4, 12, 25, 28–30, 35
 Partnerschaften 42, 58, 68,
 72, 126, 131
 Patente 93, 110
 Potsdam 7, 166
 Presse 138, 143, 148, 151
 Pressefreiheit 140–143, 148

R

Radfernwege 166
 Religion 130–131
 Religionsfreiheit 116
 Rente 132–133
 Rhein 20–21
 Rheinland-Pfalz 7, 13
 Riesling 161
 Rundfunk 142–143, 151

S

Saarbrücken 7, 151
 Saarland 7, 13
 Sachsen 7, 13, 161, 167
 Sachsen-Anhalt 7, 13, 158, 167
 Schiller, Friedrich von 141
 Schleswig-Holstein 13, 20, 168
 Scholz, Olaf 10–12, 15, 22,
 24–27, 29, 31, 42, 47, 71, 89
 Schulsystem 96, 114–115

Schwerin 7

Solarstrom 70
 Sozialdemokratische Partei
 Deutschlands (SPD) 12–13, 25
 Soziale Marktwirtschaft
 63, 82, 86
 Sozialstaat 116, 121, 132
 Sport 111, 121, 136, 154, 156,
 164, 166
 Sportförderung 165
 Staatsbürgerschaftsrecht 125
 Städte
 29, 156, 158–159, 162–163, 169
 Steinmeier, Frank-Walter
 10, 15, 24, 30–31, 33, 111
 Stiftungen
 116, 136–137, 145–146
 Stuttgart 7, 92, 151

T

Theater 140, 144, 147
 Thüringen 7, 13, 30, 167
 Tourismus 156, 166–168

U

Umwelt 60, 62, 72, 76, 87,
 102, 136, 163
 Umweltbundesamt 170
 Umweltschutz 62, 64, 72, 136
 Universität 98, 100–101, 104,
 107–108

V

Vereinte Nationen (VN) 54

W

Wahlen 8, 12, 30, 32–33
 Wahlsystem 12
 Währung 16, 47
 Wanderwegnetz 167
 Wein 160
 Wellness 167
 Welterbestätten 140, 166, 168
 Wiesbaden 7
 Windkraft 68

Wirtschaft 26, 44, 78, 81–84,
 86–87, 91–95, 102–103, 106,
 143, 152, 169
 Wissenschaft 93, 98–99,
 102–103, 108, 111, 114,
 146, 153
 Wohnen 55, 119, 127, 154,
 157, 163

Z

Zentralstelle für das
 Auslandsschulwesen 115
 Zentrum für Internationale
 Friedenseinsätze (ZIF) 51
 Zivilgesellschaft 26, 56, 86,
 116, 121, 136
 Zugspitze 20
 Zuwanderung
 95, 120, 122, 124–125,
 128, 153, 164

IMPRESSUM

Herausgeber

Fazit Communication GmbH, Frankfurt am Main,
in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, Berlin

Konzeption und redaktionelle Leitung

Carsten Hauptmeier, Janet Schayan

Redaktion

Arnd Festerling, Clara Krug, Dr. Helen Sibum,
Sarah Kanning

Art-Direktion

Stefanie Schwary

Produktion

Stefan Reichart, Viktoria Vieweg

Fazit Communication GmbH

Pariser Straße 1
60486 Frankfurt am Main, Deutschland
Internet: www.fazit.de
E-Mail: kontakt@fazit.de

Auswärtiges Amt

Abteilung für Kultur und Gesellschaft
Werderscher Markt 1
10117 Berlin, Deutschland
Internet: www.auswaertiges-amt.de
E-Mail: 608-R@auswaertiges-amt.de

Druck

Krüger Druck+Verlag GmbH & Co. KG
66663 Merzig, Deutschland
Printed in Germany 2022

Redaktionsschluss

Oktober 2022

ISBN

978-3-96251-156-2

© Fazit Communication GmbH

Alle Rechte an Text und Bild vorbehalten.

Nachdruck mit Genehmigung und Quellenangabe möglich.

„Tatsachen über Deutschland“

erscheint in folgenden Sprachfassungen

Arabisch, Chinesisch, Deutsch, Englisch, Französisch,
Indonesisch, Italienisch, Japanisch, Koreanisch,
Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch,
Türkisch und Ukrainisch

„Tatsachen über Deutschland“ im Internet

www.tatsachen-ueber-deutschland.de

Die Herausgeber legen Wert auf eine Sprache, die
Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt.
In dieser Publikation finden sich allerdings nicht
durchgängig geschlechtergerechte Formulierungen,
da die explizite Nennung beider Formen in manchen
Texten die Lesbarkeit erschwert.

IN DEUTSCHLAND UNTERWEGS

Vom Visum bis zur Stromspannung: Nützliche Informationen und wichtige Telefonnummern für Reisende in Deutschland

Ausweise und Visa: Ausländer brauchen bei der Einreise einen gültigen Reisepass oder ein Passersatzpapier. Für Angehörige der meisten westeuropäischen Staaten genügt ein gültiger Personalausweis. Kinder brauchen in den meisten Fällen ein eigenes Reisedokument. Für Staatsangehörige bestimmter Länder ist zur Einreise ein Visum erforderlich. Für Informationen sind die deutschen Auslandsvertretungen (Botschaften und Konsulate) Ansprechpartner.

→ auswaertiges-amt.de

Mit dem Flugzeug: Deutschland wird von allen großen internationalen Luftverkehrsgesellschaften angeflogen. Das globale Streckennetz verbindet 22 Verkehrsflughäfen in Deutschland mit allen Regionen der Welt. Die größten Airports befinden sich in Frankfurt am Main, München, Berlin und Düsseldorf. Alle Flughäfen sind gut an das jeweilige Verkehrsnetz angebunden.

→ frankfurt-airport.de

→ munich-airport.de

→ berlin-airport.de

→ dus.com

Mit der Bahn: Deutschland hat ein flächendeckendes Bahnnetz von rund 38.000 Schienenkilometern. Fern- und Nahverkehr sind aufeinander abgestimmt und bieten gute Anschlüsse. Von Deutschland aus führen täglich rund 250 grenzüberschreitende Verbindungen der Deutschen Bahn zu mehr als 80 europäischen Städten.

Hotline der Deutschen Bahn AG:

Tel.: +49 30 2970

→ bahn.de

Mit dem Bus: Auch mit Linienfernbusen lässt sich Deutschland gut bereisen: Es gibt mehrere Hundert Fernbuslinien. Besonders groß ist das Angebot zwischen Städten: Jede deutsche Metropole, aber auch viele kleinere Städte werden von Fernlinienbussen angesteuert. Auskünfte über Verbindungen:

→ busliniensuche.de

→ fernbusse.de

Mit dem Auto: Deutschland hat ein hochmodernes Straßennetz. Hunderte Raststätten und Tankstellen sind an dem rund 13.000 Kilometer langen Autobahnnetz Tag und Nacht geöffnet. Tanken kann man folgende bleifreie Benzinsorten: Super (95 Oktan), Super Plus (98 Oktan), außerdem Diesel. Dazu kommt ein kontinuierlich wachsendes Netz an Ladestationen für Elektroautos.

Auf den Bundesautobahnen gibt es – sofern keine Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgeschildert sind – kein Tempolimit, empfohlen ist eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h. In geschlossenen Ortschaften gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h, außerhalb von 100 km/h. Autobahngebühren werden nicht erhoben. Das Anlegen von Sicherheitsgurten ist vorgeschrieben. Kinder bis zu einer Körpergröße von 150 cm brauchen einen Kindersitz. Rettungsdienste oder eine Pannenhilfe können über Notrufsäulen herbeigerufen werden. Die großen Automobilclubs (ADAC, AvD) halten Informationen für Autotouristen bereit.

Pannendienst des ADAC

Tel.: +49 89 20 20 4000,

→ adac.de

Notruf des AvD

Tel.: +49 80 09 90 99 09,

→ avd.de

Unterkunft: Unterkünfte gibt es in jeder Kategorie: vom Privatzimmer über die Ferienwohnung bis hin zum Luxushotel. Auch in den unteren Preisklassen werden Standards gesetzt und kontrolliert. Tourismusverbände und Fremdenverkehrsämter bieten spezielle Gastgeberverzeichnisse an.

→ germany.travel

Jugendherbergen: Mehr als 400 Jugendherbergen in Deutschland nehmen Mitglieder jedes Jugendherbergsverbandes auf, der der International Youth Hostel Federation angeschlossen ist. Gegen Gebühr gibt es auch einen internationalen Ausweis.

Deutsches Jugendherbergswerk

→ jugendherberge.de

Geld und Währung: Gesetzliches Zahlungsmittel ist der Euro (1 Euro = 100 Cent). Bargeld kann man rund um die Uhr an Geldautomaten mit EC-Karte oder internationalen Kreditkarten abheben, alle gängigen Kreditkarten werden akzeptiert. Preise sind Inklusivpreise.

Notfall-Rufnummern:

Tel.: 110 für Notruf, Polizei

Tel.: 112 für Feuerwehr und Unfall

Zeitzone: In Deutschland gilt die mitteleuropäische Zeit (MEZ). Zwischen Ende März und Ende Oktober werden die Uhren eine Stunde vorgestellt (Sommerzeit). Die Zeitumstellung erfolgt am letzten Sonntag im März und am letzten Sonntag im Oktober.

Strom:

Die Stromspannung beträgt 230 Volt





Tatsachen über Deutschland

Alles, was Sie über das Deutschland von heute wissen wollen, steht in „Tatsachen über Deutschland“. Wie das politische System funktioniert. Welche Leitlinien die Außenpolitik prägen. Was die Wirtschaft auszeichnet. Welche Diskurse die Gesellschaft beschäftigen. Was neu ist in Kunst und Kultur – und viele Themen mehr.

Aktuell, zuverlässig und kompakt, mit vielen Zahlen, Fakten und Schaubildern bietet das praktische Handbuch profundes Basiswissen und Einblick in alle Bereiche des modernen Lebens in Deutschland.

tatsachen-ueber-deutschland.de



978-3-96251-156-2